Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (4. 10. 2009)

Sand im Getriebe 77

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

Die Lehren aus der Krise:

Deglobalisierung, Süd-Süd-Kooperation, Mut zu sozialen Protesten



(Demonstration gegen die G20 in Pittsburgh)

Die illegitimen Treffen der G8 sind vorbei. Die Aktionen der globalisierungskritischen Bewegung von Genua bis Heiligendamm haben ihren kleinen Teil dazu beigetragen, diese anmaßenden Treffen der Reichen und Mächtigen zu delegitimieren. Die Erweiterung des exklusiven Clubs der G8 zur G20 ist einerseits Ausdruck der veränderten Kräfteverhältnisse und der abnehmenden Gestaltungskraft der nördlichen Triade. Andererseits wurden die „Neuen" **nur kooptiert** mit der Absicht, die Strukturen der Herrschaft des globalen Kapitals (inklusiv IWF, WTO und Weltbank) möglichst unverändert zu lassen. Es soll sich wohl einiges ändern, damit das Wesentliche so bleibt wie es ist. So kritisiert **Samir Amin** auch den **„Stiglitz Report"** der UN als butterweich und inkonsequent:

„So wie die Dinge stehen, wird das Chaos des globalen Systems nicht überwunden. Im Gegenteil: Die Welt steuert auf ein noch größeres Chaos zu. Der beste Alternativvorschlag muss lauten, die Gelegenheit beim Schopf zu packen und die ***Autonomie des Südens*** *auszurufen, ohne – zumindest sofort – den Norden zu einem fadenscheinigen "Konsens" überreden zu wollen."*

Zum G20-Treffen in Pittsburgh geht **Attac Frankreich** alle Themen durch, die eigentlich hätten angepackt werden müssen. Schlussfolgerung: Schaumschlägerei! *„Die Rettung der Banken und des gesamten Finanzsystems ohne jegliche Gegenleistung für die Gesellschaft, die Wiederbelebung der Wirtschaft mit Hilfe von Defiziten in den öffentlichen Haushalten ohne sich über einen ökologischen Entwicklungsweg Gedanken zu machen, die Ausflüchte angesichts der Klimakrise, deren Lösung dem Markt überlassen wird, das alles schafft leider die Bedingungen für eine nächste noch schlimmere Krise."*

Die Geduld der von den Krisen am stärksten betroffenen armen Länder geht zu Ende. **Fidel Castro** kommentierte das G20-Treffen lakonisch: *„Die große Illusion, die die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten den teilnehmenden Schwellenländern verkaufen wollen, ist die Idee von einer kapitalistischen Entwicklung ohne Krise."* So kamen nach dem G20 Treffen in Pittsburgh die Führer der Staaten Afrikas und Lateinamerikas auf der Insel Margarita (vor Venezuela) zusammen und zogen praktische Lehren aus der kapitalistischen Weltkrise. Um sich vor weiteren Krisen zu schützen, verpflichteten sie sich zu intensiver Süd-Süd-Kooperation, u. a. durch die Unterzeichnung der Gründungsdokumente der „Bank des Südens". Sie setzen damit einen Prozess fort, den **Walden Bello** in dieser Nummer mit dem Begriff „**Deglobalisierung**" theoretisiert und den **Samir Amin** als **verhandlungsbasierte Globalisierung** oder **Globalisierung ohne Hegemonie** bezeichnet, *„in der verschiedene Länder und Regionen (einschl. Europas) die Möglichkeit haben, ihre Binnen- und Regionalmärkte zu begünstigen."*

Zwei Beiträge dieses Heftes befassen sich mit sinnvollen Strategien zum **Klimagipfel** in Kopenhagen.

Drei weitere Beiträge – unter anderem von **Arundhati Roy** –beleuchten, wie Indien in die Globalisierungsfalle hinein manövriert wurde und stellen die Dringlichkeit der Kämpfe der Bauern um das Land dar.

Der scheidende Präsident der 63.UN-Vollversammlung **Miguel d'Escoto Brockmann** beobachtet einen deutlichen Prozess der **Revitalisierung der UN-Vollversammlung**, die er sowohl gegenüber dem UN-Sicherheitsrat als auch gegenüber den Bretton-Woods-Institutionen (IWF, Weltbank) stärken möchte.

Nach den Wahlen in Deutschland ist eine **neue neoliberale Welle** zu erwarten. Die Aufgaben für Attac nehmen eher zu als ab. Im Aufruf **Den Mut zu sozialen Protesten mit alternativen Konzepten kombinieren** heißt es deshalb: "*Ein tragfähiges Bündnis von sozial orientierten Menschen aus allen gesellschaftlichen Zusammenhängen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften der neuen Beweglichkeit ist dringend angesagt."*

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung!   www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis   Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft   Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.
Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)

Attac Frankreich
G20: Schaumschlägerei

Attac Frankreich analysiert die Abschlusserklärung des G20-Treffens von Pittsburgh(1).

Zum dritten Mal in weniger als einem Jahr liefern die G20-Staaten den Beweis dafür, dass sie daran festhalten, das Weltfinanzsystem mit seinen schlimmsten Fehlern zu stärken, Fehler, die zur schwersten Krise seit 80 Jahren geführt haben.

Die Beschlüsse

Boni: Vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen

Der G20-Gipfel richtet seine Scheinwerfer auf die Managerboni: Die Boni können künftig "*in einem Prozentsatz zum Nettogewinn der Bank*" festgelegt werden, wenn eine Bank "*nicht über genügend Eigenkapital"* verfügt. Die Händler würden entlohnt, wenn sie ihrer Bank Gewinne bringen, machen sie aber Verluste würden sie bestraft. Was ist diese Regelung anderes als die Rechtfertigung von Profiten für ein per Definition "sozial nutzloses" Finanzprodukt, wie es Adair Turner, Präsident der Finanzbehörde Großbritanniens ausdrückt?

G20 und IWF (Weltwährungsfonds): die neuen Weltwirtschaftsregierungen

Der G20-Gipfel verkündet das Ende der G8-Treffen, macht sich selbst zur neuen Weltwirtschaftsregierung und lässt dabei einen großen Teil der Menschheit außen vor, und zwar den Teil, der am ärmsten ist. Die geringfügige Änderung des Stimmrechts innerhalb des Weltwährungsfonds zugunsten der Schwellenländer kann weder die Kräfteverhältnisse im IWF noch die Grundlagen seiner Politik der Strukturanpassungen wirklich ändern.

WTO: Die Liberalisierung der Märkte bleibt die einzige Lösung

Der G20-Gipfel hat sich noch einmal für den Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde für die WTO im nächsten Jahr eingesetzt. *"Wir halten fest an der Öffnung und der Freiheit der Märkte und bestätigen erneut die Verpflichtungen, die wir in Washington und London eingegangen sind: Wir verzichten darauf, Hindernisse für Investitionen oder den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zu errichten oder gar neue aufzubauen*" und "*wir verzichten auf Protektionismus gegenüber den Finanzmärkten, vor allem auf Maßnahmen, die den freien weltweiten Kapitalverkehr beeinträchtigen würden*". Die neoliberale Ideologie bleibt unangetastet, trotz der Schäden, die sie seit 30 Jahren anrichtet.

Was fehlt...

Werden die Steuerparadiese geschlossen?
Nein, sie werden rein gewaschen, obwohl kaum 5% von ihnen Kooperationsverträge unterzeichnet haben, Verträge, die sie zu nichts Wesentlichem verpflichten, solange die Banken und die spekulativen Fonds dort von Betrug und Steuerflucht geprägte Operationen durchführen können. Und die meisten Geheimnisse der Banker bleiben gut verborgen.

Wird der außerbörsliche Handel und werden die Hedge-Fonds verboten? Werden die Derivate und die Verbriefungen stark kontrolliert? Werden Depot-Banken und Geschäftsbanken voneinander getrennt?
Nein, alle praktisch unkontrollierbaren Finanzmechanismen bleiben unberührt und werden weiterhin exorbitante Renditekriterien vorgeben und Finanzwerte schaffen, die umso fiktiver sind, je höher sie werden.

Werden die Finanztransaktionen besteuert?
Nein. Zur Ablenkung sprechen einige Regierungsverlautbarungen von der Tobinsteuer, aber nur um sie sogleich als unverbindlich zu erklären, um einen lächerlich niedrigen Steuersatz festzulegen oder um ihre Verwirklichung an die Zustimmung aller Börsenplätze zu binden. So beruhigt man die Banker.

Werden auf internationaler Ebene konkrete und wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen?
Nein, der Aufruf der G20-Länder bezüglich dieser Frage klingt vollkommen hohl, da kein einziger konkreter Vorschlag für Maßnahmen und Finanzierungen vorgebracht wird. Ihre öffentlich verkündete Absicht, "*keine Anstrengungen zu scheuen, um in Kopenhagen ein Abkommen zu schließen*", darf nicht vergessen machen, dass die derzeitigen Positionen der reichen Länder jegliches ernst zu nehmende Abkommen, das den ökologischen Erfordernissen entspräche, verhindern.

Die Schlussfolgerungen von Attac

Die drei G20-Gipfeltreffen von Washington (November 2008), London (April 2009) und Pittsburgh bestätigen die Meinung der Regierungen der mächtigsten Staaten, dass dem Finanzsystem wieder in den Sattel geholfen werden muss, dass es nicht in Frage gestellt werden darf: Der Glaube in die Fähigkeit der Märkte sich selbst zu regulieren bleibt weltweit unbeschädigt. Allerdings hätte die Schwere der Krise, die sich vom Finanzwesen auf die Wirtschaft, auf den Sozialbereich und die Ökologie erstreckt, als letzte Warnung dienen müssen.

Die Rettung der Banken und des gesamten Finanzsystems ohne jegliche Gegenleistung für die Gesellschaft, die Wiederbelebung der Wirtschaft mit Hilfe von Defiziten in den öffentlichen Haushalten ohne sich über einen ökologischen Entwicklungsweg Gedanken zu machen, die Ausflüchte angesichts der Klimakrise, deren Lösung dem Markt überlassen wird, das alles schafft leider die Bedingungen für eine nächste noch schlimmere Krise.

Die Öffentlichen Dienste, die Krankenversicherungen und die Rentenkassen werden in den G20-Staaten unter dem Druck der Versicherungsgesellschaften und der Pensionsfonds - den Hauptakteuren der Finanzspekulation - weiter privatisiert.

Die Kapitaleinkünfte werden nicht begrenzt, demgegenüber müssen die Arbeitseinkünfte weiter auf eine Erhöhung warten. Der G20-Gipfel schweigt sich zu dieser Frage aus, eine Frage, die deswegen so entscheidend ist, weil das außerordentliche Ansteigen der gesellschaftlichen Ungleichheit einer der wesentlichen Gründe für den systemischen Charakter der Krise ist.

Attac bestätigt noch einmal seine radikale Gegnerschaft zu einem räuberischen Wirtschafts- und Finanzsystem, das die gesellschaftlichen Ungleichheiten verstärkt.
Attac tritt ein:
- für eine Vergesellschaftung des Banken- und Finanzsektors unter einer bürgernahen öffentlichen Kontrolle;
- für eine internationale Besteuerung der Finanztransaktionen;
- für eine strikte Begrenzung der Kapitaleinkünfte;
- für das Herausnehmen der globalen öffentlichen Güter aus dem Markt;
- für eine globale Regulierung der Finanzmärkte, der Wirtschaft und der Ökologie (insbesondere des Klimas) unter der Schirmherrschaft der UNO

http://www.france.attac.org/spip.php?article10337

(1) Abschlusserklärung auf Englisch unter: http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae69c9114ea401.php

Attac Frankreich

4 Grundsätze und 10 Maßnahmen zum Finanzwesen

G20-Gipfel von Pittsburgh - Hört auf mit dem Mummenschanz!

Anlässlich des G20-Gipfels schlägt Attac Frankreich **4 Grundsätze und 10 Maßnahmen** vor, um das Finanzwesen auf den ihm gebührenden Platz zurückzuversetzen und um uns wirklich auf den Weg zu einem dauerhaften Ausstieg aus der Krise zu machen.

A/ Für eine demokratische Kontrolle der Banken und des Finanzwesens

1. Eine öffentliches Bankwesen errichten

Man kann von den Bürgern nicht die Rettung der Banken ohne Gegenleistung verlangen. Der private Sektor hat bereits bewiesen, dass er unfähig ist, diese öffentlichen Güter, nämlich die Kreditvergabe und das Geldwesen, zu verwalten. Das Banksystem muss als eine öffentliche Dienstleistung anerkannt werden, die allen Bürgern offen steht. Das macht eine gesellschaftliche Kontrolle der Handels- und Zentralbanken erforderlich, sowie die Festlegung von Prioritäten für die Finanzierung von Aktivitäten, die den ökologischen und sozialen Fortschritt begünstigen.

2. Die Vereinten Nationen ins Zentrum der Reform des Finanzsystems stellen

Der G192-Gipfel, also die reformierte und demokratisierte UNO, hätte in der Tat mehr Chancen, auf die globale Krise eine Antwort zu geben, die nicht nur die Regierungen einiger reichen Länder zufrieden stellt, sondern die Gesamtheit der Mitgliedsstaaten.

B/ Die Spekulation stoppen

3. Die Steuerparadiese zerschlagen

Gegen die Banken, Unternehmen und Staaten, die nicht zur Zusammenarbeit bereit sind, müssen wirksame Sanktionen ergriffen werden; und für die Gebiete, die sich verpflichten, ihre geheimen Praktiken zu beenden, müssten Hilfen für eine Umorientierung bereitgestellt werden. Das würde zum Beispiel über eine Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene möglich sein.

4. Den Wahnsinn "innovativer Finanzprodukte" beenden

Hedge-Fonds sind Spekulationsfonds, die hauptsächlich ihren Sitz in den Steuerparadiesen haben. Da sie sich jeglicher Regulierung entziehen, erhöhen sie die Instabilität der Finanzmärkte und müssen beseitigt werden. Der außerbörsliche Handel, der jeglicher öffentlicher Kontrolle entkommt, muss ebenfalls verschwinden. Der Gebrauch von Derivaten und Verbriefungen muss strikt kontrolliert werden.

5. Die Benutzer dieser spekulativen Instrumente bestrafen

Die Besteuerung der Finanztransaktionen findet hier eine ihrer wesentlichen Begründungen: jeglicher spekulative Gebrauch von Geldströmen und Finanzinstrumenten soll geahndet werden.

6. Die Spekulation mit natürlichen Rohstoffen ausmerzen

Beginnen sollte man mit Energie und landwirtschaftlichen Produkten; deren Preise sollten öffentlich reguliert werden. Die natürlichen Rohstoffe sind zu seltene und zu wertvolle Ressourcen, als dass man sie nur den Gesetzen des Marktes überlassen sollte. Wir können nicht hinnehmen, dass die Bedingungen für neue Hungerrevolten wie die aus dem Jahr 2008 weiter andauern. Das aber macht es erforderlich, dass man einträgliche Preise für die Bauern weltweit garantieren kann.

C/ Die Ungleichheit verringern

7. Die Ungleichheit der Einkommen verringern

Auf nationaler Ebene befürwortet Attac ein System progressiver Besteuerung und die Festlegung von prohibitiven Steuersätzen auf die hohen Einkommen, um schließlich auf einem Höchstabstand zwischen den niedrigsten und den höchsten Einkommen von 1 zu 5 zu gelangen. Die Abschaffung der Boni, der Aktienoptionen, das Deckeln der von den Unternehmen ausgeschütteten hohen Einkommen einerseits und die generelle Einführung eines Mindestlohns andererseits sind unerlässlich, um zu einer Skala der Einkommen von 1 zu 5 zu gelangen.

8. Annullierung der unerträglichen und illegitimen Schulden

Die Schuldenlast der Entwicklungsländer ist höher als die öffentliche Entwicklungshilfe. Diese Schuld lastet schwer auf diesen Ländern. Sie ist eine Waffe in den Händen der reichen Länder, die verschwinden muss, um Platz zu schaffen für gerechte Verschuldungsmechanismen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden.

D/ Förderung öffentlicher Güter

9. Die Öffentlichen Dienste müssen aufrechterhalten und gestärkt werden, indem sie aus dem Einflussbereich von Finanzinvestoren genommen werden

Die Rente darf nicht mehr den Finanzmärkten überlassen werden. In den Ländern mit kapitalgestützter Rente haben sich die Ersparnisse von Millionen von Lohnempfängern in Luft aufgelöst. Pensionsfonds wie Hedge-Fonds, grundsätzlich unfähig auch nur den geringsten Reichtum zu schaffen, dienen nur dazu, spekulative Blasen zu nähren und müssen daher verschwinden.

10. Globale Steuern einführen, um die öffentlichen Güter zu finanzieren

Diese Steuern würden Finanztransaktionen betreffen, die Profite multinationaler Konzerne und den Energieverbrauch. Attac beziffert die Gelder, die dank dieser Steuern zusammen kämen, mit 1.500 Milliarden Dollar - Attac stützt sich dabei auf anerkannte Zahlenangaben. Diese Gelder würden der Finanzierung der Entwicklungshilfe dienen, der Erhaltung der globalen öffentlichen Güter, der Konversion der Wirtschaft zu einem nachhaltigen, für den Planeten verträglichen Modell und der Schaffung von gesellschaftlich und ökologisch nützlichen Arbeitsplätzen.

Montreuil, 22. September 2009
http://www.france.attac.org/spip.php?article10308http://www.france.attac.org/spip.php?article10308

Walden Bello
Die Vorzüge der Deglobalisierung

Der gegenwärtige weltweite Abschwung – der stärkste seit der Weltwirtschaftskrise vor 70 Jahren – hat den letzten Nagel in den Sarg der Globalisierung getrieben. In den vergangenen beiden Jahren hat sich die Globalisierung endgültig diskreditiert, nachdem sie sich schon lange in der Defensive befand wegen der immer deutlicheren Anzeichen von wachsender weltweiter Armut und Ungleichheit. Als der viel begrüßte Prozess der Interdependenz von Finanzen und Handel sich umkehrte, wurde er zum Treibriemen nicht etwa von Wohlstand, sondern von ökonomischer Krise und Zusammenbruch.

Ende einer Ära

In ihren Reaktionen auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise legten die Regierungen ein Lippenbekenntnis zur globalen Koordinierung ab, beeilten sich aber, getrennte Programme zur Stimulierung der nationalen Märkte aufzulegen. Damit verabschiedeten sich die Regierungen stillschweigend vom exportorientierten Wachstum, das lange der Motor vieler Wirtschaften gewesen war und dem die Patentrezepte zur Förderung der Handelsliberalisierung galten, die, durch Komplettierung der Doha-Runde der Handelsbeziehungen unter der Regie der WTO, ein Gegenmittel zum globalen Abschwung sein sollten. Inzwischen bricht sich die Erkenntnis Bahn, dass es keine Rückkehr zu einer Welt geben wird, die im Kern von ausgabefreudigen amerikanischen Konsumenten abhängt, da viele von diesen bankrott sind und niemand ihre Stelle eingenommen hat.

Gleichgültig ob diese Maßnahmen nun international vereinbart oder einseitig durch nationale Regierungen getroffen worden sind, wird dem Finanzkapital, dessen ungehinderte Mobilität der Hauptfaktor der gegenwärtigen Krise war, ganz sicher ein umfangreiches Bündel von Beschränkungen auferlegt werden.

Der intellektuelle Diskurs hat jedoch noch nicht viele Anzeichen für einen solchen Bruch mit der orthodoxen Lehre aufzuweisen. Mit seiner Betonung von Freihandel, dem Primat von Privatkapital und einer stark reduzierten Rolle des Staates bleibt der Neoliberalismus weiterhin das herrschende rückständige Denkmodell bei politischen Entscheidungsträgern. Ins System integrierte Kritiker des Marktfundamentalismus wie Joseph Stiglitz oder Paul Krugman haben sich in endlose Debatten darüber verwickeln lassen, wie umfangreich Förderprogramme zu sein hätten , ob der Staat sich weitere Interventionen vorbehalten sollte oder ob die Gesellschaften und Banken nach ihrer Stabilisierung wieder dem privaten Sektor überlassen werden sollten. Während sie deren sozialen Kosten beklagen, glauben solche Kritiker wie Stiglitz weiter an das, was sie für den wirtschaftlichen Nutzen der Globalisierung halten.

Die Trends sind aber im Begriffe, sowohl die Apologeten als auch die Kritiker der neoliberalen Globalisierung zu überholen, wobei bis vor wenigen Jahren noch als unmöglich erachtete Entwicklungen mit voller Kraft Fahrt aufnehmen. „*Die Integration der Weltwirtschaft ist an beinahe allen Fronten auf dem Rückzug*, " schreibt „The Economist". Während das Magazin einerseits sagt, dass die Gesellschaften weiterhin an die Effizienz globaler Versorgungsketten glauben, so „*sind diese Ketten immer nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Ein gefährlicher Punkt wird erreicht sein, wenn die Firmen feststellen, dass diese Art der Organisation von Produktionsprozessen der Vergangenheit angehört*."

„Deglobalisierung" – so der Begriff, den „The Economist" mir zuschreibt – ist eine Entwicklung, die das Magazin - diese erstrangige Inkarnation der marktliberalen Ideologie - mit negativem Vorzeichen versieht. Ich glaube jedoch, dass die Deglobalisierung eine Chance bedeutet.

Tatsächlich haben meine Kollegen und ich bei ´Focus on the Global South´ Deglobalisierung bereits vor beinahe einem Jahrzehnt als umfassendes Paradigma zur Ablösung der neoliberalen Globalisierung thematisiert, als nämlich die von letzterer ausgelösten Spannungen und Widersprüche in schmerzhafter Weise offenkundig wurden. Ursprünglich vor allem als Alternative für Entwicklungsländer ausgearbeitet, ist das Paradigma der Deglobalisierung auch nicht ohne Bedeutung für die zentralen kapitalistischen Ökonomien.

Die 11 Säulen der Alternative

Das Paradigma der Deglobalisierung umfasst 11 Kernpunkte:

1. Statt der Produktion für den Export muss die Produktion für den **Binnenmarkt** wieder das Gravitationszentrum der Wirtschaft werden.

2. Das **Subsidiaritätsprinzip** sollte im wirtschaftlichen Leben hochgehalten werden durch Förderung der Warenproduktion auf den Ebenen der Gemeinschaft und des Staates, sofern dies bei vernünftigen Kosten geleistet werden kann, um die Gemeinschaft zu bewahren.

3. Die **Handelspolitik**, d.h., Quoten und Zölle, sollte eingesetzt werden, um die lokale Wirtschaft vor der Zerstörung durch subventionierte Waren mit Dumpingpreisen zu schützen.

4. Die **Industriepolitik** – einschließlich Subventionen, Zöllen und Handel – sollte verwendet werden, um den Sektor der industriellen Produktion zu revitalisieren und zu stärken.

5. Lange aufgeschobene Maßnahmen zur gerechten **Umverteilung** des Einkommens und des Landbesitzes (einschließlich einer städtischen Landreform) können einen vitalen Binnenmarkt schaffen, der als Anker für die Wirtschaft dient und lokale Finanzressourcen für Investitionen bereitstellt.

6. Verlagerung des Schwergewichts vom Wachstum auf die Verbesserung der **Lebensqualität** und auf die Maximierung von **Gerechtigkeit** wird die Schieflage der Umwelt vermindern.

7. Die Entwicklung und Verbreitung von **umweltfreundlich** kongenialer Technologie in Landwirtschaft und Industrie sollte gefördert werden.

8. Wirtschaftliche Entscheidungen von strategischer Bedeutung können nicht dem Markt oder Technokraten überlassen werden. Stattdessen sollte die Reichweite **demokratischer Entscheidungsfindung** in der Wirtschaft erweitert werden, so dass alle wirklich entscheidenden Fragen Gegenstand demokratischer Diskussion und Entscheidung werden, etwa solche Fragen wie: welche Industrien sollen entwickelt, welche sollen zurückgefahren werden; welcher Teil des Staatshaushaltes

soll für die Landwirtschaft verwendet werden etc. –

9. Die **Zivilgesellschaft** muss den privaten Sektor und den Staat überwachen; ein Prinzip, das institutionalisiert werden sollte.

10. Die **Eigentumsverhältnisse** sollten in eine „gemischte Wirtschaft" transformiert werden, die kommunale Kooperativen, private und staatliche Unternehmen umfasst und transnationale Gesellschaften ausschließt.

11. Zentrale globale Institutionen wie Weltwährungsfonds und Weltbank sollten durch **regionale Institutionen** ersetzt werden, die nicht auf Freihandel und Mobilität des Kapitals gegründet sind, sondern auf Prinzipien der Kooperation, welche „*die Logik des Kapitals überschreiten*", um es in den Worten von Hugo Chavez bei der Beschreibung der Bolivarischen Alternative für Amerika (ALBA) zu sagen.

Vom Kult der Effektivität zu effektiver Wirtschaft

Das Paradigma der Deglobalisierung zielt darauf ab, die Ökonomie der eng gefassten Effizienz zu überwinden, in welcher das Hauptkriterium die Verminderung der Stückkosten ist, ungeachtet der sozialen und ökologischen Destabilisierung durch diesen Prozess. Es bedeutet ein System der ökonomischen Kalkulation zu überwinden, von dem John Maynard Keynes sagt, „*dass es die ganze Lebensführung ... in das Paradox eines Buchhalteralbtraumes*" verwandelte. Eine effiziente Ökonomie stärkt vielmehr die soziale Solidarität, indem sie die Operationen des Marktes den Werten der Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaft durch Vergrößerung des Bereiches der demokratischen Entscheidungsfindung unterordnet. Der Deglobalisierung ist es um die „Wiedereinbettung" der Ökonomie in die Gesellschaft zu tun anstatt es dabei zu belassen, dass die Gesellschaft von der Ökonomie getrieben wird – um es in den Worten zu sagen, die der große ungarische Denker Karl Polanyi in seinem Buch ´Die große Transformation´ verwendet.

Das Paradigma der Deglobalisierung stellt auch die These auf, dass ein „Einheitsgrößenmodell" wie der Neoliberalismus oder der zentralisierte bürokratische Sozialismus dysfunktional und destabilisierend ist. Stattdessen sollte Diversität wie in der Natur erwartet und gefördert werden. Es gibt gemeinsame Prinzipien einer alternativen Ökonomie, die sich im Kampf gegen und in kritischer Reflexion über das Versagen des zentralisierten Sozialismus und des Kapitalismus herausgebildet haben. Wie jedoch diese Prinzipien, von denen ich die wichtigsten oben skizziert habe, konkret ausformen, wird von den Werten, Rhythmen und den strategischen Entscheidungen einer jeden Gesellschaft abhängen.

Der Stammbaum der Deglobalisierung

Obwohl dies radikal klingen mag, ist Deglobalisierung doch nichts wirklich Neues. Ihr Stammbaum schließt die Schriften des überragenden britischen Ökonomen Keynes ein, der auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise freiheraus bemerkte: „ *Wir wollen nicht ... auf Gedeih und Verderb abhängig sein von Weltkräften, die ein einheitliches Gleichgewicht nach den Prinzipien des laissez-faire Kapitalismus schaffen oder schaffen wollen.*"
Tatsächlich, so fährt er fort, „*bin ich bei einer ständig wachsenden Palette von industriellen und vielleicht auch landwirtschaftlichen Produkten im Zweifel darüber, ob die ökonomischen Kosten der wirtschaftlichen Unabhängigkeit groß genug sind, um die anderen Vorteile zu überwiegen, die entstehen, wenn Produzent und Konsument schrittweise in den Umkreis der gleichen nationalen, wirtschaftlichen und finanziellen Organisation gebracht werden. Es gibt mehr und mehr Erfahrungen, die belegen, dass die meisten Prozesse moderner Massenproduktion in den meisten Ländern und Klimaten mit nahezu gleicher Effizienz umgesetzt werden können*."
Keynes schloss mit sehr modern klingenden Worten: „ *Ich sympathisiere eher mit denen, die ökonomische Verknüpfungen zwischen den Ländern minimieren wollen als mit denjenigen, die sie maximieren möchten. Gedanken, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – dies sind Dinge, die ihrem Wesen nach international sein sollten. Belassen wir es aber bei ´hausgemachten´ Waren, wann immer dies vernünftig und bequem zu bewerkstelligen ist. Vor allem aber, bleiben wir dabei, dass die Finanzen vorherrschend national zu sein haben*."

Walden Bello ist Mitglied des Parlaments der Philippinen und leitender Analyst des in Bangkok ansässigen Forschungs- und Rechtsinstituts ´Focus on the Global South´.
Originaltext unter
http://focusweb.org/the-virtues-of-deglobalization.html?Itemid=5

Übersetzung: Homir Kutar, Helga Heidrich (coorditrad), SiG

Bello über Keynes: S. auch http://www.forumdesalternatives.org/EN/readarticle.php?article_id=6425

Mehr über die G20:

Attac De: http://www.attac.de/aktuell/krisen/g20-proteste/

Walden Bello über das G20-Treffen in Pittsburgh:
http://www.tni.org/detail_page.phtml?act_id=19879&banner=banner2&keywords=

Einschätzungen von Susan George u. a.:
http://www.tni.org/detail_page.phtml?act_id=19872&banner=banner2&keywords=

Fidel Castro
Pittsburgh und das Gipfeltreffen von Margarita

Die Abschlusserklärung des Gipfeltreffens der G20 in Pittsburgh am Freitag, 25. September, erscheint unwirklich. Schauen wir uns die Schwerpunkte ihres Inhalts an:

»Wir versammeln uns inmitten des kritischen Übergangs von der Krise zur Erholung, um eine Ära der Verantwortungslosigkeit hinter uns zu lassen und eine Reihe von politischen Maßnahmen, Regelungen und Reformen vorzunehmen, die den Anforderungen der globalen Ökonomie des XXI. Jahrhunderts gerecht werden.« (...)
»... Wir verpflichten uns, die notwendigen politischen Maßnahmen zu ergreifen, um die Grundlagen für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum für das XXI. Jahrhundert zu schaffen.«
»Wir wollen Wachstum ohne extreme Zyklen und Märkte, welche die Verantwortung unterstützen.« (...)

Die **G20** besteht aus den sieben am meisten industrialisierten und reichsten Ländern USA, Kanada, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan sowie Rußland, den elf wichtigsten Schwellenländern China, Indien, Südkorea, Indonesien, Südafrika, Brasilien, Argentinien, Australien, Saudi-Arabien, Türkei, Mexiko sowie der Europäischen Union. Mit zahlreichen dieser Länder unterhalten wir ausgezeichnete wirtschaftliche und politische Beziehungen. Seit drei Gipfeltreffen nehmen Spanien und Holland als Gäste daran teil.

Die große Illusion, die **die Vereinigten Staaten** und ihre Verbündeten den teilnehmenden Schwellenländern verkaufen wollen, ist die Idee von einer kapitalistischen Entwicklung ohne Krise.

Fast alle Länder der Dritten Welt, die nicht zu den Verbündeten der USA gehören, beobachten, wie dieses Land ohne Goldreserve Papiergeld druckt, das auf der ganzen Welt als konvertierbare Devise im Umlauf ist, Aktien und Unternehmen, natürliche Ressourcen, bewegliche und unbewegliche Güter sowie Staatsschuldverschreibungen kauft, seine Produkte schützt, anderen Ländern ihre beste Gehirne entzieht und seinen Gesetzen exterritorialen Charakter verleiht. Dazu kommen die überwältigende Macht seiner Waffen und das Monopol über die wichtigsten Massenmedien.

Die Konsumgesellschaften sind unvereinbar mit der Einsparung von natürlichen und Energieressourcen, die für die Entwicklung und Bewahrung unserer Gattung benötigt werden.

China hörte dank der Revolution in einem kurzen historischen Zeitraum auf, ein halbkoloniales und halbfeudales Land zu sein, und seine Wirtschaft wuchs in den vergangenen 20Jahren um mehr als zehn Prozent jährlich. Dadurch ist es zum Hauptmotor der Weltwirtschaft geworden. Nie zuvor hat ein riesiger, multinationaler Staat ein solches Wachstum erreicht. China besitzt heute die größten konvertierbaren Währungsreserven und ist der größte Gläubiger der Vereinigten Staaten. Der Unterschied zu den beiden am meisten entwickelten kapitalistischen Ländern der Welt, den USA und Japan, ist gewaltig. Die Schulden dieser beiden Länder summieren sich auf 20 Billionen US-Dollar.

Die Vereinigten Staaten können kein Modell für die Wirtschaftsentwicklung mehr sein. (...)

Ausgehend von der Tatsache, dass in den letzten Jahren die **Welttemperatur** um 0,8 Grad Celsius gestiegen ist, hat die Haupt-Presseagentur der USA am Tag des Abschlusses des Pittsburgh-Gipfels einen Artikel veröffentlicht, wonach die Welttemperatur *„laut UNO Bericht noch bis zum Ende des Jahrhunderts um fast drei Grad steigen wird, sogar wenn jedes Land seine Treibhausgas Emissionen, wie vorgeschlagen, verringert*." (…)

„Es wird einen Anstieg von 2,7 Grad Celsius der Welt-Temperatur für das Ende des Jahrhunderts geben.“, meinte Robert Corell, ein wichtiger US-Klimaexperte *„Die europäische Präsidenten und Staatschefs und der US-Präsident Barack Obama haben sich das Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf einige Grade zu begrenzen.“*

Sie haben aber nicht erklärt, wie sie dieses Ziel erreichen werden, wie hoch der Beitrag des BIP sein wird, um in den armen Ländern zu investieren und den Schaden auszugleichen, der durch die Menge unweltverschmutzender Gase verursacht wurde, welche die am stärksten industrialisierten Länder in die Atmosphäre ausgestoßen haben. Die öffentliche Welt-Meinung muss sich eine solide Bildungskultur bezüglich des Klimawandels aneignen. (…)

Als Obama sich in Pittsburgh mit seinen G-20-Gästen traf, (...) begann auf der Insel Margarita das **Gipfeltreffen der Staatschefs der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und der Organisation für Afrikanische Einheit.** Dort kamen mehr als 60 Präsidenten, Premierminister und hohe Vertreter aus den Ländern Südamerikas und Afrikas zusammen. Anwesend waren dort auch Lula, Cristina Fernández und der Präsident von Südafrika, Jacob Zuma, die aus Pittsburgh gekommen waren, um einen wärmeren und herzlicheren Gipfel zu genießen, bei dem mit großer Offenheit die Probleme der Dritten Welt behandelt wurden. (...)

Kuba dankt für die Unterstützung und die Solidarität, die von diesem Gipfel ausging, bei dem nichts in Vergessenheit geraten ist.

Komme, was komme, die Völker werden sich ihrer Rechte und Pflichten immer mehr bewußt werden!
Was für eine große Schlacht wird sich in Kopenhagen geliefert werden!

27. September 2009
Übersetzung: Botschaft der Republik Kuba in Berlin, SiG-Redaktion
http://emba.cubaminrex.cu/Default.aspx?tabid=22373

»Bank des Südens« auf dem Margarita Treffen gegründet

Die Staatschefs von Venezuela, Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador, Uruguay und Paraguay unterzeichneten die Gründungsurkunde des als Alternative zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds gedachten Finanzinstituts, das zunächst mit einem Kapital von 20 Milliarden US-Dollar ausgestattet werden soll. Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet nahm an der Zeremonie als Beobachterin teil und erklärte, ihr Land könne der Initiative »bald« beitreten. Die Bank soll ihren Hauptsitz in Caracas haben und zwei untergeordnete Zentralen in Argentinien und Bolivien betreiben. Angesichts der Verzögerungen, die während der Vorbereitungen für die Gründung der Bank immer wieder aufgetreten waren, zeigte sich die argentinische Präsidentin Cristina Fernández erleichtert, dass diese nun überwunden zu sein scheinen: »Es hat gedauert, doch wir sind angekommen. Aber eigentlich ist die Verzögerung gar nicht so groß, wenn wir von einer Institution dieser Art sprechen. «

Hugo Chávez schlug vor, dass die Staaten Südamerikas und Afrikas auch eine gemeinsame Süd-Süd-Bank schaffen sollten. Es könne doch nicht sein, dass die Länder des Südens ihre Finanzmittel und Währungsreserven in die Metropolen des Nordens transferieren, die dann wiederum Darlehen an Afrika und Lateinamerika vergeben. *»Sie geben uns Kredite von unserem eigenen Geld. Das ist doch bescheuert«*, urteilte der venezolanische Präsident.

Aus: Junge Welt 30.9.09

Samir Amin

Kritik am Stiglitz-Report

Die Grenzen der liberalen Weltanschauung

Samir Amin übt harsche Kritik an der Krisenanalyse im so genannten „Stiglitz Report“. Eine UN-Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Joseph Stiglitz, dem früheren Chefvolkswirt der Weltbank, hatte Reformvorschläge für das internationale Währungs- und Finanzsystem ausgearbeitet. Samir Amin hält die Analyse der Krise für verkürzt und die empfohlenen Maßnahmen für unzureichend. Er fordert Alternativen in Form von "selbstbestimmten Entscheidungsmechanismen für die Länder des Südens" anstatt "Top-down-Lösungen", mit denen nur die weltweite Vorherrschaft der Oligopole und die Hegemonie der Vereinigten Staaten wiederhergestellt werden soll.

Dieser Artikel ist eine kritische Betrachtung zum Bericht der sog. "Stiglitz-Kommission" (Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System), jener vom Vorsitzenden der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Padre **Miguel D'Escoto**, einberufenen ExpertInnenkommission, die Reformvorschläge zum internationalen Währungs- und Finanzwesen ausarbeiten sollte. Der Bericht wurde der Versammlung am 24.-26. Juni 2009 vorgelegt. Er steht eindeutig im Zeichen der persönlichen Ansichten des Kommissionsvorsitzenden Prof. Stiglitz, womit ich den Titel meines Aufsatzes rechtfertige, "Kritik am Stiglitz-Report". Eine eingehende Analyse der Vorschläge im Stiglitz-Report ist ein leidvolles Unterfangen von zweifelhaftem Interesse. Denn insgesamt unterscheiden sich diese Vorschläge nicht vom herkömmlichen Einheitsdenken liberaler ÖkonomInnen, einmal abgesehen von den – heute minderheitlichen – extremliberalen Dogmatikern.

Der Report geht von der Analyse aus, bei der gegenwärtigen Krise handle es sich um ein kurzfristiges Phänomen, ausgelöst durch eine exzessive Kreditausweitung. Es wird lediglich eingeräumt, dass die Krise mit "Strukturproblemen" einhergehe, die in tiefer liegenden Ursachen begründet seien. Es sei eine Krise mit V-förmigem Verlauf, sodass ein rascher Aufschwung möglich sei. Das unausweichliche Wachstum werde durch die Finanzexpansion wieder angekurbelt werden, genau so wie vor dem Zusammenbruch 2008. Vorkehrungen seien allein dort vonnöten, wo Nebenerscheinungen dieser Expansion unterbunden werden müssen.

Das System in seiner globalen Dimension sollte innerhalb desselben "offenen" liberalen Rahmens, durch den es sich seit drei Jahrzehnten auszeichnet, zum Wachstum zurückfinden; "protektionistische" Ansätze zur Überwindung aktueller Schwierigkeiten seien zu vermeiden. Das zugrunde liegende Verständnis von der Zukunft des Weltgefüges ist ähnlich dem im CIA-Bericht, "The world in 2010" (vgl. dazu meine Kritik: Samir Amin, Beyond liberal globalization, Monthly Review, New York, Dezember 2006). Beide Berichte schließen jegliche "Umwälzungen" aus, sieht man einmal von der verstärkten Bedeutung Chinas und weiterer Schwellenländer im Welthandel ab. Ich halte diese Vision für hochgradig unrealistisch...

Der Stiglitz-Bericht setzte sich offensichtlich ein paar allgemeine Ziele wie die "Verbesserung der Weltwirtschaft zum Wohle aller BewohnerInnen des Planeten", ohne auf das Streben nach "entfernten Idealen nachhaltigen Wachstums" u. dgl. zu verzichten.

Doch handelt es sich dabei um nicht mehr als um Lippenbekenntnisse und Stilübungen. Kein Bericht eines UNO-Organs oder einer Regierung könnte davon abweichende Zielvorgaben aufstellen.

Dennoch tritt der Report mit der Intention an, in zweierlei Hinsicht über die Maxime liberaler Extremisten hinauszugehen.

Er unterstützt die Notwendigkeit von "Maßnahmen zur Bereinigung grundlegender **Strukturprobleme**" und anerkennt, dass "souveräne **Märkte** an sich über keine Selbstkorrektur verfügen".

Im Zusammenhang mit den erwähnten "strukturellen" Problemen stellt sich eine Reihe von Fragen. Um welche Probleme geht es? Wie sieht ihre Wahrnehmung und Analyse aus? Welche Politikmaßnahmen werden angesichts der daraus resultierenden Herausforderungen vorgeschlagen? Und gleichermaßen: Welche "Strukturprobleme" lässt der Bericht unerwähnt?

Ein zweiter Fragenkomplex betrifft die Korrekturmaßnahmen, die hinsichtlich der **Launen des Marktes** angeregt werden.

"Ökologische Fragen" bilden die erste Gruppe der betrachteten "Strukturfragen". Diese können heute nicht mehr ignoriert werden – und keine politische Macht würde dies noch tun. Doch auch hier hält Stiglitz am Glauben an den Liberalismus fest und spricht sich für die Kommodifizierung von umweltbezogenen Rechten aus. Eine solche Betrachtungsweise weicht jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen Fragen aus und begründet darüber hinaus eine Hypothek auf die Zukunft der Gesellschaften im Süden. (Vgl. Samir Amin, The ecology issue and would-be sustainable development, Pambazuka News, 2009)

Tatsächlich bleiben bei den im Bericht erörterten "Strukturproblemen" zwei große Gruppen von Fragen unberücksichtigt, die die Herausforderungen bestimmen, mit denen das heutige System konfrontiert ist.

Die erste Gruppe berührt die Organisation der Produktion und der Arbeit. Im Report wird beispielsweise die "(endgültige) **Krise des Fordismus**" nicht einmal erwähnt – dabei ist das der Ursprung der Krise, die seit drei Jahrzehnten andauert. Ohne eine Überlegung in diese Richtung lässt sich etwa der Niedergang der Automobilindustrie nicht schlüssig erklären. Bleibt die strukturelle Krise der fordistischen Akkumulation außen vor, wird nicht nachvollziehbar, wie diese die Grundlagen für eine Offensive gegen die Arbeit schuf und inwiefern die Finanzialisierung als Mittel innerhalb eben dieser Offensive fungierte. Doch Stiglitz ist ebenso wenig wie andere orthodoxe AnhängerInnen des Wirtschaftsliberalismus in der Lage, solche Fragen ins Feld ihrer "Marktökonomie" einzubeziehen.

Die zweite Gruppe der vernachlässigten Fragen hat mit der Art und Weise der Verwaltung (von Kapital) zu tun. Auf den **Oligopolismus der Konzerne** wird im Bericht nur bruchstückhaft eingegangen, und zwar mit einem Vorschlag zur "Überarbeitung der Business-Governance"! Im Gegensatz jedoch zu den rechten, orthodox-liberalen

(und de facto unverhohlen reaktionären) Positionen, die Stiglitz einnimmt, wächst in der Öffentlichkeit das Bewusstsein, dass die Legitimität der privaten Verwaltung dieser Konzerne hinterfragt werden muss. Zum Beispiel versteht man im medizinischen Bereich sehr wohl, dass die pharmazeutische Industrie sozialen Bedürfnissen genügen muss und dass sie zu diesem Zweck u. U. sogar zu verstaatlichen ist.

Eine Reihe weiterer "großer" Fragen betrifft ganz eindeutig die Kluft, die im globalen Zusammenhang zwischen den "entwickelten Staaten" (**Norden**) und den "Entwicklungsländern" (**Süden**) klafft. In einem UN-Bericht dieser Art, der in der Globalisierungsdebatte angesiedelt ist, kann doch diese Unterscheidung nicht einfach "vergessen" werden. Doch wie wir weiter unten sehen werden, reichen die Stiglitzschen Vorschläge nicht über die simple Vision von Rostows Stadientheorie ("Stages of Growth") hinaus, die dem liberalen Glauben verhaftet ist und die Frage de facto ausblendet.

Das liberale Einheitsdenken kann keine wirklich ernsthaften oder wirksamen Vorschläge zur "Marktregulierung" hervorbringen. In dieser Hinsicht liest sich der Stiglitz-Bericht überdies wie eine Sammlung von Arbeiten aus der alterhergebrachten Wirtschaftslehre.

Die Stiglitz-Vorschläge befassen sich praktisch ausschließlich mit dem "Umgang mit Finanzrisiken". Die fundamentale Frage, ob nämlich "finanzmarktgetriebenes" Wachstum ein lebensfähiges Modell ist, oder – ganz im Gegenteil – eine Antwort auf eine Krise der Akkumulation, wird schlichtweg ignoriert. Stiglitz ist sich mit den VerfechterInnen des Liberalismus im rechten Lager darin einig, dass das Wachstumsschema während der 2 Dekaden bis zur Überhitzung 2008 von Grund auf "solide" war, sodass einige Verbesserungen im "Umgang mit dem Finanzrisiko" völlig ausreichen. Liberalen Ökonomen sind Analysen, die einen historischen Bezug herstellen zwischen der Finanzialisierung von Systemen und dem Zerfall von Hegemonien (hervorragend dargelegt in **Giovanni Arrighi**, "The long twentieth century", Verso 1994), schlicht und einfach nicht bekannt. Bereits 2002 qualifizierte ich das gegenwärtige Muster der Finanzialisierung als "Achillesferse" der Globalisierung, die eine unmittelbar bevorstehende Finanzkatastrophe nährt. Und schon lange vor unserer Zeit hatte Marx das Schema, dass Geld ohne den Umweg über die Schaffung eines realen Werts mehr Geld erzeugen könne, als Gipfel der kapitalistischen Entfremdung erkannt – einen Satz, den ich in meinen Analysen zur Globalisierung immer wieder zitiere.

Überhaupt werden diese Risiken von den Oligopolen selbst geregelt – in der Tat sind diese Risiken ihr Interventionsmittel auf den Finanzmärkten. Wie von den Regierungen der G7 wird dieses "Recht" auch von Stiglitz nicht hinterfragt. Er überlässt die Verantwortung für die (Selbst-)Regulierung damit den betreffenden Konzernen selbst.

Die weitere Lektüre des Reports lässt am Eindruck von der Zaghaftigkeit – und beinahen Bedeutungslosigkeit – der Vorschläge nicht den geringsten Zweifel bestehen. Es offenbart sich auch Stiglitz' standhaftes Festhalten an der üblichen vorgefassten Überzeugung von der "Überlegenheit" des "angelsächsischen" Modells. So verteidigt Stiglitz beispielsweise den Grundsatz eines "am Marktwert der Anlagen ausgerichteten Rechnungswesens" (US-Modell), während das "Rechnungswesen auf der Grundlage historischer Realpreise" (europäische Tradition) ohne Wenn und Aber verworfen wird. Zweifel am US-amerikanischen Schema, das großflächiger Spekulation Tür und Tor öffnet, finden sich dafür nicht einmal ansatzweise. Und ganz offensichtlich verachtet er sogar seine zahlreichen liberalismusgläubigen KollegInnen, die seine Ansicht nicht teilen (welche genau genommen den Wall Street Brokern näher ist als so manchen seriösen VertreterInnen der konventionellen Wirtschaftslehre).

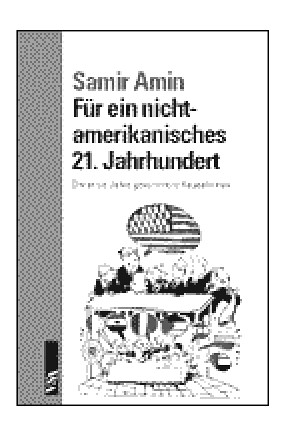
Folglich ist es auch nicht überraschend, dass Vorschläge zu einer Rückkehr zur Trennung zwischen Handels- und Investmentbanken von Stiglitz nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden. Wir müssen uns allerdings vor Augen halten, dass diese – von zahlreichen liberalen ÖkonomInnen befürwortete – Aufspaltung wahrscheinlich wirkungslos bleiben würde. Solange die Banken denselben oligopolistischen Gruppen angehören, würden sie – ungeachtet einer rechtlichen Trennung in zwei Bankengattungen – Mittel und Wege zu Absprachen finden, um die Effekte der Aufspaltung wettzumachen.

Und weiter: Es ist kaum verwunderlich, dass der Bericht zur Frage der "Ratingagenturen" nichts zu sagen bzw. vorzuschlagen weiß.

Die Anregung, die Finanzregulierung nicht im Herkunfts-, sondern im Niederlassungsland anzusiedeln, wird weiter unten im Lichte der Nord-Süd-Beziehungen ausführlich erörtert.

Der Stiglitz-Bericht liefert **keine** Aussichten auf **selbstbestimmte Entscheidungsmechanismen für die Länder des Südens**. Allein die Vorstellung einer solchen Unabhängigkeit ist dem orthodox-liberalen Konzept der "Globalisierung" rundweg fremd.

Sicherlich macht Stiglitz ein scheinbares Zugeständnis, wenn er eine "*differenzierte Behandlung von Industrie- und Entwicklungsländern*" für notwendig erachtet und erstere dazu aufruft, "*ihre Märkte für Exporte aus dem Süden zu öffnen*". Die Haltung, die hinter der Formulierung dieser Konzession steht, läuft de facto darauf hinaus, während einiger Jahre eine "Vorzugsbehandlung" walten zu lassen: Stiglitz knüpft offen an die Schlussfolgerungen der Doha-Runde an, wo eben dies vorweg genommen wird. Der Report zeugt von völligem und zweifelsfrei schändlichem Unwissen von den schweren und begründeten Vorwürfe gegen die WTO. Die Leser seien diesbezüglich auf die erdrückenden Analysen von Jacques Berthelot und Via Campesina verwiesen, was die Agrar- und Lebensmittelproduktion und -märkte anbetrifft. Im Bericht findet sich nicht einmal eine Andeutung zu den Gegenvorschlägen, die von Gruppen in den Ländern des Südens vorgelegt wurden. Mit dem beharrlichen Fokus auf die **Marktöffnung** im Norden für die Exporte aus dem Süden – gewissermaßen die **Wunderlösung** im Entwicklungs-Einmaleins der Liberalen – wird von vornherein die Möglichkeit vereitelt, andere Konzepte anzudenken, bei denen der Ausbau der Binnenmärkte im Süden (individuell und kollektiv) oder die relative Rücknahme der Exporte in den Norden im Vordergrund stehen könnten.



Auf die gravierende Frage der **Außenverschuldung** einiger Länder des Südens wird lediglich in einem Vorschlag für ein "Memorandum bei schwerwiegender Überschuldung" eingegangen. Eine Erforschung der Umstände und der Mechanismen der Globalisierung, die diese verheerenden Schulden verursacht haben, unterbleibt zur Gänze. Die Anmerkung, dass diese Schulden teilweise "unmoralische Züge" tragen, ist ungenügend. Es gilt vielmehr, ein systematisches Audit all dieser Schulden vorzunehmen, um eine Wiedergutmachung der hohen Aufwendungen seitens der Länder des Südens in die Wege zu leiten, denn bekanntermaßen sind die Schulden des Südens aufgrund der von den Geberländern einseitig beschlossenen hohen Zinsen bereits mehrfach getilgt! Es gilt außerdem, einen echten Rechtsrahmen für internationale Schulden einzusetzen.

Stiglitz bleibt, was er schon immer war: ein hochrangiger Beamter der Weltbank, die von ihm nur geringfügige Kritik abbekommt. Aus demselben Grund beschränken sich seine Vorschläge für eine "demokratische Governance" dieser Institutionen auch auf die Stärkung des Stimmrechts einiger Schwellenländer im Süden und auf deren Mitwirkung an der Verwaltung der Agenturen. Tatsächlich steckt in diesem Vorschlag nicht mehr als der Versuch, die **Schwellenländer** zu **Komplizen** der führenden Staaten des Nordens zu machen, die in diesen "Agenturen", die in Wahrheit als ihre Steuerinstrumente in der Globalisierung fungieren, ihre Dominanz hüten.

Im Report finden sich einige Vorschläge zum IWF, die den Anschein erwecken, als wollte Stiglitz etwas weiter gehen. So zum Beispiel der Vorschlag, "*die Ausgabe der vom IWF (1997!) beschlossenen Sonderziehungsrechte zu erwirken*". Außer Acht bleibt dabei jedoch, dass aufgrund der Regeln für eine solche Ausgabe die reichsten Staaten (v.a. die im Norden) den größten Nutzen davon tragen würden, während die Beträge, die die Zahlungen der armen Länder im Süden erleichtern würden, unerheblich blieben.

Stiglitz rührt nicht an den Grundsätzen, nach denen die mit Interventionen des IWF einhergehenden Konditionen ausgestaltet werden. Es sei lediglich notwendig, deren "prozyklische" Effekte im Zaum zu halten. Der **IWF** bleibt, was er ist: die **koloniale Währungsverwaltungsbehörde** für die Länder der Südhemisphäre, denen fortan auch die Länder Osteuropas hinzugezählt werden können. Die jüngsten Interventionen des IWF in Ungarn und Lettland sind diesbezüglich aufschlussreich.

Ohne Zweifel anerkennt Stiglitz den legitimen Anspruch der Länder des Südens auf Eigenverwaltung ihrer Kapitalkonten bzw. sogar auf "Steuerung ihrer Finanzströme". Die Anregung, der (selbstverständlich liberalen) Gesetzgebung des Niederlassungslands jener des Stammlandes von Bankinstitutionen den Vorrang zu geben (siehe oben), reiht sich in diese Konzessionen ein. Bei diesen Punkten sollte man allerdings erwähnen, dass Stiglitz den IWF lediglich zur Rückbesinnung auf seine ureigenen Prinzipien ermuntert, welche erst gegen Ende der 1990-er unter dem Druck der extremliberalen Dogmen aufgegeben wurden. Ebenfalls anmerken könnte man, dass der anhaltende Widerstand Chinas gegen die globale Finanzliberalisierung mit ein Grund für des Autors seltene Anflüge von politischem Realismus sein dürfte.

Stiglitz bleibt dem extremliberalen Einheitsglauben verbunden. Dort ist kein Platz für Zweifel am Prinzip der flexiblen **Wechselkurse** und der **Zinssätze**, die vom "Markt" reguliert – und in Wahrheit von den herrschenden Oligopolen einseitig beschlossen werden. Unter diesen Umständen ist fraglich, ob seine Vorschläge zur Umgestaltung des weltweiten Währungs- und Finanzsystems wirklich neu sind, wenn sie den Weg für ein "neues" internationales Instrument öffnen, das den exklusiven Rückgriff auf eine Landeswährung (den Dollar) zur Bildung der internationalen Währungsreserven ablösen soll.

Stiglitz schenkt den kritischen Analysen der Shanghai-Gruppe (u. a. China und Russland) und der BRIC-Staaten (Treffen in Jekaterinburg) keine Beachtung. Dabei reichen deren Ansätze weit über die Stiglitz-Vorschläge hinaus und treten für eine Diversifizierung der Instrumente für die internationalen Währungsreserven ein. Dazu sollen nicht zuletzt von den BRIC-Staaten selbst entworfene Instrumente gehören, **ohne die "Erlaubnis" des Nordens**. Ich bin überzeugt, dass es mit der Verschärfung der Krise früher oder später zur Entstehung derartiger Instrumente kommen wird, aufbauend auf einseitigen und unabhängigen Politikkonzepten des Südens.

Die chinesischen Behörden haben in früheren Abkommen mit mehreren Partnerstaaten im Süden tatsächlich eine Bewegung in diese Richtung in Gang gesetzt. Zwar betreffen diese Übereinkünfte derzeit nur einen vernachlässigbaren Anteil an Chinas Handelsvolumen (5 %), nichtsdestotrotz stehen sie beispielhaft dafür, wozu der Süden im Stande ist – ohne dass ein "globaler Konsens" (d. h. die Zustimmung des Nordens) angestrebt werden müsste. Auch hinter dem **ALBA**-Abkommen und dem **Banco-Sur**-Abkommen steht diese Haltung, wenngleich bedeutende Resultate bislang ausgeblieben sind.

Nicht zuletzt ist auch der von Stiglitz vorgebrachte Vorschlag zur Gründung eines "Wirtschaftssicherheitsrats" (*World Council for Economic Coordination*) zweideutig. Geht es etwa darum, den legitimen Ansprüchen der Länder des Südens auf eine selbstbestimmte Teilnahme an der Globalisierung mit der Erfordernis des "globalen Konsenses" eine weitere Hürde entgegen zu stellen? Der Verdacht liegt nahe. Eine weitere Vermutung: Für den Fall ("Unglücksfall" für Stiglitz und seine liberalen KollegInnen), dass die Länder des Südens den Versuch unternehmen, diese Institutionen für ihr eigenes Entwicklungskonzept einzuspannen, dürften die Länder des Nordens dafür sorgen, dass die Rolle dieser Institutionen zurückgedrängt wird. So geschehen bei UNO, UNCTAD, beim Wirtschafts- und Sozialrat und bei vielen anderen, sobald sie nicht mehr der einseitigen Kontrolle unterliegen.

Die Stiglitzschen Vorschläge bilden ein zusammenhängendes Ganzes, das eine streng orthodoxe, liberale Vision aufweist.

Im 2. Kapitel ihres hervorragendes Aufsatzes für **Attac**-F (*Sortir de la Crise Globale*, La Découverte 2009) führen uns Jean Marie Harribey und Dominique Plihon das volle Ausmaß des Desasters vor Augen, das im Stiglitzschen Standpunkt deutlich wird, sei es auf sozialer Ebene oder hinsichtlich der Art der implizierten internationalen Beziehungen.

So liest man dort (S. 35): "*Die Finanzialisierung ist kein autonomer Faktor, sondern erweist sich als logisches Gegenstück zum Fallen der Löhne und Gehälter sowie zum Rückgang von ausreichend profitabler Investitionsmöglichkeiten. Aus diesem Grund ist die Zunahme der sozialen Ungleichheiten (sowohl innerhalb von Ländern als auch zwischen verschiedenen Zonen der Weltwirtschaft) ein grundlegendes Merkmal der Funktionsmechanismen des gegenwärtigen Kapitalismus*."

Das Stiglitzsche Ziel ist es also, eben dieses System wieder auf Touren zu bringen und die von Attac beschriebenen Funktionen der Finanzialisierung wiederherzustellen. Stiglitz nimmt ein immer gröberes gesellschaftliches Ungleichgewicht in Kauf, sei es auf nationaler oder globaler Ebene, womit seine schönen Worte vom "Armutsabbau" null und nichtig werden.

Es handelt sich um eine Grundsatzentscheidung des gesamten Establishments der USA, als dessen treuer Anwalt sich Stiglitz behauptet. Tatsache ist, dass das fragliche Modell ("soziale und internationale Ungleichheiten im Zusammenhang mit der Finanzialisierung") den Vereinigten Staaten als einziges ermöglicht, ihre Hegemoniestellung beizubehalten – und zwar auf zweierlei Weise.

Einerseits gestattet es durch Schuldenanreize einen Ausgleich für das Nachfragedefizit infolge des Raubbaus an Arbeitskräften.

Andererseits schafft es eine Möglichkeit, das Auslandsdefizit der USA durch die Öffnung der Finanzglobalisierung zu finanzieren. Um mit den Worten der Attac-Autoren zu sprechen: "*Die Regulierung der Finanzmärkte ist ein notwendiges, aber kein hinreichendes Mittel (...). Die Finanzialisierung ernährt sich aus sinkenden Löhnen und Gehältern und der Destabilisierung der Weltwirtschaft. Die Schrumpfung des Finanzsektors verlangt, dass beide Übel beseitigt werden (...). Dies impliziert eine umfassende Umverteilung der Reichtümer und eine Neuorganisation der Weltwirtschaft*" (S. 41).

Tatsächlich wird das "Stopfen dieser Löcher" weder von der Führungsschicht der USA noch von Stiglitz hingenommen – denn damit würde die Last der sozialen Krise auf die Vereinigten Staaten selbst zurückfallen. Insofern ist die Krise aus meiner Sicht eine **doppelte**: zum einen die des ausgehenden **Kapitalismus der Oligopole**, zum anderen die der **US-Hegemonie**. Zwei Aspekte, die untrennbar miteinander verknüpft sind. Die von Stiglitz befürworteten Weichenstellungen sind somit unannehmbar und werden über kurz oder lang durch autonome Entscheidungen der Länder im Süden – die zu den ersten Opfern dieser Politik gehören – in Frage gestellt werden.

Das reaktionäre Modell, das eine "Top-Down-Lösung" der "Finanzkrise" und eine zweifache Wiederherstellung der unerbittlichen Dominanz der Oligopolen und der Vereinigten Staaten vorsieht - und das ist es nämlich, was von Stiglitz empfohlen wird - ist bestimmt nicht die einzige Lösungsmöglichkeit. Es ist wahrscheinlich sogar die am wenigsten realistische, obwohl es dem Wunschdenken der aufeinander folgenden Washingtoner Regierungen und – notgedrungen – der ihnen ergebenen Regierungen des atlantischen Europas entspricht.

Andere ÖkonomInnen haben alternative Vorschläge für "Top-down-Lösungen" ausgearbeitet, die zwar ebenso konventionell ausfallen, aber immerhin Überlegungen enthalten, wie umfangreiche Reformen des Weltkapitalismus in Gang gebracht werden könnten. Ob es sich nun um "KeynesianerInnen", "Neo-KeynesianerInnen" o.ä. handelt, ist dabei unerheblich.

In diesem Rahmen werden wachsende soziale Ungleichheiten nicht als "*der notwendige fatale Preis des Fortschritts*" hingenommen, sondern im Gegenteil als das Produkt von Strategien des oligopolistischen Kapitals aufgefasst, welches für sich günstige Bedingungen erwirkt (Zersplitterung der Arbeit, Herbeiführung von internationalem Wettbewerb zwischen ArbeitnehmerInnen). Diese Strategien sind die Ursache der lange währenden Krise der Akkumulation, die mit ihnen fortgeführt wird. Die gegenwärtige Krise hat folglich keinen schnellen, V-förmigen Verlauf, sondern einen langsamen L-förmigen. Aus diesem Grund **braucht es einen großangelegten Plan zum Abbau der Ungleichheiten** und zur Verwandlung des L in ein U.

Dieser Plan ist – notwendigerweise – ehrgeizig:

Verstaatlichungen (als Ausgangspunkt für eine mögliche Vergesellschaftung) sind darin nicht auszuschließen (v. a. für Finanzinstitutionen).
Eine Stabilisierung des Börsenhandels bei ca. 50 % des künstlichen, irrationalen Preisniveaus, das durch die Finanzialisierung herbeigeführt wurde, ist keine Katastrophe, sondern ein Schritt zur Gesundung.
Desgleichen ist die Rücknahme der Privatisierung von sozialen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Wohnungswesen, öffentlicher Verkehr, soziale Absicherung und Renten) notwendig und positiv.
Eine massive und nachhaltige Zunahme der öffentlichen Eingriffe und sogar ein Anwachsen der Staatsdefizite (womit der Plan den Stempel "keynesianisch" verdient) wird nicht länger als katastrophal angesehen.

Mittelfristig sind solche Maßnahmen die Voraussetzung für den Aufschwung. Dieser Aufschwung ist also an die Wirtschaftsleistung gebunden, die Finanzmärkte rücken in den Hintergrund.

Dieser Plan ist global ausgerichtet, aber aus der Warte einer **verhandlungsbasierten Globalisierung**, in der verschiedene Länder und Regionen (einschl. Europa) die Möglichkeit haben, ihre Binnen- und Regionalmärkte zu begünstigen.
Auf diese Weise werden Strategien einer systematischen Unterstützung für die kleinbäuerliche Landwirtschaft möglich und bilden so eine sinnvolle Antwort auf die Lebensmittelkrise. Auch ökologische Herausforderungen können ernst genommen werden, ohne dass Politikmaßnahmen durch die Oligopole torpediert werden. Dieser globale Plan hat eine politische Komponente, die bei der Stärkung der internationalen Institutionen ansetzt. Er erwächst aus einer Vision von einer "***Globalisierung ohne Hegemonie***".

Es wäre zu wünschen gewesen, dass die Vereinten Nationen mit Vorschlägen die Initiative aufgreifen, die an diese Sichtweise anknüpfen. Darin liegt schließlich die eigentliche Rolle dieser Institution.

Es ist ein großer Irrtum, einen "globalen Konsens" anzustreben. Beim heutigen Stand der Dinge ist ein echter Konsens unmöglich. Das Festhalten an dieser Illusion läuft auf ein Einschwenken auf den Kurs der reaktionären G-7 hinaus, die sich selbst zur "internationalen Staatengemeinschaft" erklärt haben, wie in ihrer tagtäglich gebrauchten Rhetorik deutlich wird. Ein Gutteil der Stiglitzschen Vorschläge war in Wahrheit bereits von den G-7 beschlossen und offensichtlich auch von den G-20 befürwortet worden. Allerdings zeigten weder die Länder des Südens, die zu diesem Anlass zusammentrafen, noch andere, die nicht teilnahmen, große Begeisterung. Sie schluckten die bittere Pille, mehr oder weniger widerspruchslos.

So wie die Dinge stehen, wird das Chaos des globalen Systems nicht überwunden. Im Gegenteil: Die Welt steuert auf ein noch größeres Chaos zu. Der beste Alternativvorschlag muss lauten, die Gelegenheit beim Schopf zu packen und die Autonomie **des Südens** auszurufen, ohne – zumindest sofort – den Norden zu einem fadenscheinigen "Konsens" überreden zu wollen.

ALTERNATIVVORSCHLAG

Das "*draft outcome document of the Conference*", also der Entwurf eines Ergebnisberichts, den die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Sitzung vom 24.-26. Juni 2009 verabschiedete, bestätigt unsere scharfe Kritik am "Stiglitz-Report".

(…) Das Streben, nach einem "globalen Konsens" (Punkt 6) , koste es was es wolle, ist die Basis des oben beschriebenen Versagens. Denn für die Mächte der Triade gibt es nach wie vor nur ein Ziel: Ihre einseitigen Beschlüsse, die ausschließlich der reinen Lehre des Liberalismus entspringen, sollen von den Not leidenden Ländern des Südens abgesegnet werden. Die einzig mögliche Antwort auf dieses Diktat muss die **Abkehr von diesem falschen Konsens** sein. Die Länder des Südens müssen selbst die Mittel ergreifen, um auf nationaler und möglichst auch regionaler Ebene unilateral vorzugehen, wie beispielsweise die Gruppe der 77 und China. Die Strategie ihrer Völker, Nationen und Staaten muss lauten: **Schaffen wir ein "Bandung II", abseits jeden falschen Konsenses**.

Samir Amin ist Direktor des IDEP (Afrikanisches Institut für Wirtschaftsentwicklung und Planung der Vereinten Nationen), Leiter des Forums der Dritten Welt in Dakar (Senegal) und Mitbegründer des "World Forum for Alternatives".

Originaltext:
http://pambazuka.org/en/category/features/58453, 03.09.2009

Übersetzung Bernhard Sallenger,
Hervorhebungen SiG

François Houtart
Gegenwärtige und zukünftige Auswirkungen der Krise

Konferenz der Vereinigten Nationen zur finanziellen Krise und ihre Auswirkung auf Entwicklung – New York, 24.-26. Juni 2009

Es wurde schon viel zu den Auswirkungen der Krise auf die Grundlagen der Wirtschaft und ihre sozialen Folgen gesagt, wegen des künstlichen und ungleichen Charakters des Wachstums und seiner nachgewiesenen Verletzlichkeit, die sich sowohl auf Industrie- als auch auf Entwicklungsländer auswirken. Allerdings ist die heutige Situation , verglichen mit anderen Finanzkrisen, besonders der in den 1930ern, charakterisiert durch ein Zusammentreffen von Lebensmittel-, Energie- und Klimakrisen mit kombinierten sozialen Folgen auf Beschäftigung, Armut und Migration.
Ein solches Zusammentreffen ist nicht zufällig. Es gibt eine grundlegende historische Logik, die sie alle miteinander koppelt.
Die **Finanzkrise**, die sich im herrschenden Wirtschaftssystem als korrigierender Mechanismus wiederholt, wurde verschlimmert durch die unkontrollierte globale Entwicklung des Finanzkapitals, das hohe und schnelle Gewinnraten erlaubte.
Die **Lebensmittelkrise** wurde konjunkturell durch spekulative Investitionen verstärkt und strukturell durch die Tatsache, dass die Landwirtschaft mit der Entwicklung zur Monokultur eine neue Zone für Kapitalakkumulation wurde.
Die **Energiekrise** hängt mit dem Ansteigen der Ölpreise, teils wegen Spekulationen, zusammen, während die nötigen Investitionen zur strukturellen Lösung für einen Wandel des Energiekreislaufs (von fossilen zu anderen Quellen) ernsthaft behindert wurden durch die riesigen Geldzuwendungen um das Finanzsystem zu retten.
Der **Klimawandel** wurde beschleunigt durch irrationalen Verbrauch von natürlichen Ressourcen, besonders fossiler E-nergie, dank des Wachstumsmodells in der Periode nach dem zweiten Weltkrieg. Das war auch die Ursache wachsender Ungleichheit, wo das spektakuläre Wachstum von 20% der Weltbevölkerung und unmenschliche Armut für mehr als eine Milliarde Menschen auf dem Planeten zusammen kamen.

Angesichts solcher Effekte, die mit der allgemeinen Logik wachsender Profitraten und Unkenntnis ökologischer und sozialer Auswirkungen zusammenhängen, können zwei wichtige Fragen aufgeworfen werden: wie lange soll reguliert werden und zu welchem Ziel ist das finanzielle und monetäre System zu reparieren?

Die **erste** Frage muss angesichts der großen Krise am Ende der 1920er gesehen werden. Auch damals war die Lösung ein Satz von Regeln aufzustellen, die den Markt regulieren, in der Erkenntnis, dass die Selbstregulierung reine Illusion ist. Das waren der New Deal und seine verschiedenen Anwendungen. Als sich aber das Wirtschaftssystem wieder erholte (dank des Wiederaufbaus nach einem Weltkrieg), nahm der Druck zu Deregulierung soweit zu, dass es zum so genannten „Washington Konsens" kam, d.h. der neoliberalen Ära des Kapitalismus. Wird die gleiche Logik bestehen bleiben, wie in vielen Erklärungen der Fall zu sein scheint? Wenn das so ist, werden wir in ein paar Jahren denselben Folgen gegenüber stehen. Eine erste Logik kurz- und mittelfristig ist daher dauerhafte Regulierungen vorzuschlagen nicht nur vorübergehende Sanierungsmaßnahmen.

Die **zweite** Frage ist viel ernsthafter. Effektive Maßnahmen werden vorgeschlagen, die dem Finanz- und Währungssystem erlauben, auf fester Grundlage zu funktionieren, damit Wachstum, Entwicklung und Wohlstand wieder hergestellt werden. Aber was heißt das? Wieder zu beginnen wie vorher mit der gleichen Logik, die die heutige Situation herbeigeführt hat?
Soll die Menschheit weiter Naturreserven ausbeuten, was das ökologische System zerstört? Sollen Finanzinstitute die Autoindustrie (sogar etwas grüner) fördern, beitragen Monokulturen auszudehnen, Biodiversitäten, Boden und Wasser, besonders für Agrobrennstoff, zu vernichten? Die Kopenhagener Klimakonferenz, eine Initiative der Vereinigten Nationen, muss, soll sie effektiv sein, strenge Maßnahmen vorschlagen, um den Planet zu retten – im direkten Gegensatz zu einigen mächtigen wirtschaftlichen Interessen, die bereits ihre Lobbytätigkeit auf Abmilderung der Resolutionen richten.
Wird die Wiederherstellung des Finanzsystems sich wieder auf die **Logik ungleichen Wachstums** gründen, vielleicht mit großen Hilfsprogrammen für die armen Teile der Weltbevölkerung, aber ohne die Haupt**philosophie** der Organisation der Weltwirtschaft in Frage zu stellen? Wird sie dazu dienen, **Kriege** zu finanzieren, um die Kontrolle der knappen Naturressourcen und Energieversorgung? Mit anderen Worten, wird es heißen „business as usual"?

Es wurde mehrfach bestätigt, dass die **Milleniumsziele** durch die Krise beeinträchtigt werden, aber diese Ziele sind schon in sich selbst ein Eingeständnis des Versagens. Wenn sie erreicht würden, würden im Jahr 2015 trotz beispiellosen Reichtums in der Welt eine halbe Milliarde Menschen weiter unter Hunger und Armut leiden. Eine viel sagende Illustration dafür ist, dass Afrika internationale Hilfe in der Höhe erhalten soll, die geringer ist als der Interventionsbetrag der US-Regierung zur Rettung von General Motors.
Daher die Notwendigkeit die Frage des **Paradigmen** aufzuwerfen. **Wir brauchen nicht nur Regulierungen, sondern Alternativen.** Wir brauchen eine andere Definition von Wachstum, von Entwicklung, von Wohlstand, von Zivilisation. Das berührt die fundamentalen Aspekte des menschlichen Lebens auf dem Planet:

- die Beziehung zur Natur,
- die Produktion von Gütern und Dienstleistungen für das Leben,
- die soziopolitische Organisation und
- die Bedeutung von Leben und Ethik.

Um diese vier Themen könnten neue Paradigmen zum Allgemeinwohl der Menschheit entwickelt werden.

Zunächst eine zerstörungsfreie und verantwortliche Weise, natürliche Ressourcen zu nutzen, in **Respekt für die Natur**, sie nicht als Ware auszubeuten, denn sie ist die Quelle des Lebens.

Zweitens muss dem Gebrauchswert die Priorität gegenüber dem Tauschwert gegeben werden, denn die Wirtschaft ist menschliche Aktivität, um die Grundlagen für physisches, kulturelles und geistiges Leben aller menschlichen Wesen der Welt zu liefern.

Drittens allgemeine Demokratie in allen Institutionen und menschlichen Beziehungen, einschließlich Geschlecht, und schließlich Multikulturalismus, zur Siche-

rung der Teilnahme aller Kulturen, Philosophien und Religionen, wenn es um die Definition der Bedeutung und Ethik menschlichen Lebens auf dem Planet geht.
Das mag utopisch erscheinen aber für all diese Prinzipien gibt es konkrete Anwendungen, die in vielen Teilen der Welt existieren. Es sind lokale Experimente von sozialen Bewegungen, die von Regierungen in politische Form übersetzt sind und von Intellektuellen theoretisch systematisiert wurden. Eines Tages könnten die Vereinigten Nationen eine Universelle Erklärung Menschlichen Wohlergehens, ähnlich der für Menschenrechte proklamieren.
So eine Perspektive ist die Art von Utopie, die die Welt jetzt braucht, um kollektive Aktionen zu motivieren, um soziale Verpflichtungen zur Realisierung politischer Projekte zu motivieren. Es gibt viele Zeichen kollektiver Vitalität in der Welt, wie der Appell der sozialen Bewegung an die afrikanischen Staatsoberhäupter, wie den Vorschlag einer Charta von Bauernrechten und andere solche Initiativen, die manchmal Frucht sehr harter Kämpfe um Gerechtigkeit sind. Es sind Quellen der Hoffnung für die Zukunft der Menschheit.

Veröffentlicht am 1.Juli 2009
http://www.forumdesalternatives.org/EN/readarticle.php?article_id=6336

Übersetzt vom Englischen Bernt Lampe

Miguel d'Escoto Brockmann

Revitalisierung der UNO

Abschiedsrede als Präsident der 63.Vollversammlung der Vereinten Nationen

Am 14. September hielt Miguel d'Escoto Brockmann in New York nach einjähriger Amtszeit seine Abschiedsrede als Präsident der 63. Vollversammlung der Vereinten Nationen. Der 1933 geborene d'Escoto Brockmann war katholischer Priester und gehörte von 1979 bis 1990 dem Kabinett von Daniel Ortega als Außenminister von Nicaragua an. Wir dokumentieren die Rede in einer gekürzten Fassung. (jW)

Liebe Brüder und Schwestern,

tempus fugit, wie die Römer zu sagen pflegten, und sie hatten recht: Die Zeit verfliegt, sie geht zur Neige für uns. Und so, wie uns die Zeit davonläuft, schwinden auch die Gelegenheiten, das zu tun, was wir tun müssen, um den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu sichern.

Es sind eher ältere Personen wie ich, die sich dieser Realität bewußt werden. Mit einem Fuß praktisch im Grab, scheinen wir ein klareres Verständnis von der Dringlichkeit zu haben. Wir wissen, dass wir nicht damit fortfahren dürfen, wesentliche Schritte aufzuschieben, wenn wir verhindern wollen, dass die schlimmstmöglichen Szenarien Wirklichkeit werden. Allerdings geht es in dieser Frage nicht nur um die Torheit alter Männer. Für die gesamte Welt läuft die Zeit definitiv aus.

Wenn wir es nicht schaffen, Solidarität, sozialen Gemeinsinn und Verantwortungsbewußtsein für die Umwelt zu den Haupttriebkräften unserer Menschengesellschaft zu machen, werden wir schlicht und einfach nicht überleben. Egoismus, Individualismus, Habgier und egoistische nationale Interessen, die das menschliche Verhalten heute charakterisieren und bestimmen, können nur zum Aussterben unserer Spezies führen. Wir haben diesen Weg bereits eingeschlagen. An manchen Punkten ist eine Umkehr vielleicht schon nicht mehr möglich.

Vor einem Jahr habe ich von diesem Rednerpult aus mit Ihnen gemeinsam die Vision von dem geteilt, was ich in diesem Jahr meiner Arbeit in diesem hohen Amt zu erreichen hoffte, in das Sie mich mit so viel Vertrauen und Zuneigung gewählt haben. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, Bilanz zu ziehen.

Zunächst möchte ich Ihnen nicht nur für Ihr Vertrauen danken, sondern auch für die großzügige Zusammenarbeit, die mir von Ihnen zuteil wurde. Darin schließe ich auch all jene ein, die ihre Bedenken darüber nicht verborgen haben, dass ich ein katholischer Priester bin, der sich der Befreiungstheologie und dem Befreiungskampf seines Volkes unter Führung der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) verpflichtet fühlt. Glücklicherweise haben Zweifel und Argwohn nicht den offenen und brüderlichen Dialog mit all jenen verhindert, von denen anzunehmen war, dass sie mich am schärfsten ablehnen. (…)

Ein historischer Meilenstein

Die wichtigsten Monate meiner Präsidentschaft standen im Schatten der gegenwärtigen tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Talsohle noch nicht erreicht zu sein scheint. Wie ein englischer Philosoph des 18. Jahrhunderts einst sagte, klingt das Nörgelei unserer schärfsten Kritiker vielleicht weniger triumphal, wenn wir uns vor Augen führen, dass wir zwar nicht alles erreicht haben, was wir wollten, aber dennoch sehr viel erreicht haben.

In Artikel 13 der Charta der Vereinten Nationen heißt es, die Vollversammlung »*gibt Empfehlungen ab, um die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, der Erziehung und der Gesundheit zu fördern*«. Trotzdem wurde die Organisation in den letzten dreißig Jahren unter dem Vorwand, dass nur die Bretton-Woods-Institutionen (1) Kompetenz auf diesem Feld besitzen, daran gehindert, die Rolle zu spielen, die ihr die Charta zuschreibt.

Die Arbeit meiner präsidialen Expertenkommission hat deutlich gemacht, dass die Vollversammlung in der Tat fähig ist, Spezialisten mit ausreichender Sachkunde zusammenzubringen, um die globale Finanz-, Wirtschafts-, Währungs- und Handelssteuerung zu diskutieren. Darüber hinaus hat die Arbeit der Kommission ein Ergebnis gezeitigt, das zweifellos der seriöseste und umfassendste Vorschlag ist, wie wir die gegenwärtige globale Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigen können.

Die am 9. Juli 2009 erfolgte Annahme des Abschlussdokuments der »*Konferenz über die Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise*

und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung«, die vom 24. bis zum 30. Juni 2009 stattfand, war für die Vereinten Nationen ein historischer Meilenstein. Bei dieser Gelegenheit wurden die G-192 (2) als das adäquate Forum etabliert, das sich mit diesen Themen befaßt, von denen die Weltgemeinschaft als Ganzes betroffen ist.

Die G 8 und die G 20 werden weiterhin bedeutende Minderheiten sein. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass ihr Reichtum und ihre Macht erkennbar größer sind als ihre Fähigkeit, das Richtige zu tun. Wir sollten und dürfen nicht vergessen, dass vor allem ihre eigenen äußerst schwerwiegenden Fehler und die Fehler der von ihnen geführten Bretton-Woods-Institutionen dafür verantwortlich waren, dass die Welt derzeit etwas durchmacht, was sich noch als die schlimmste Krise der Geschichte erweisen könnte.

In das Fazit des Abschlussdokuments sind äußerst wertvolle Beiträge eingeflossen, die zum einen das Resultat der Vorschläge der von Professor Joseph Stiglitz geleiteten Expertenkommission sind. Ferner der Bericht der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA) und natürlich die Stellungnahmen, die von den Regierungsvertretern und Staatsführungen in die Plenarsitzungen der Konferenz eingebracht wurden – beispielsweise die exzellente Erklärung von Ecuadors Präsident Rafael Correa – zusätzlich zu den Kommentaren, die an runden Tischen und bei Arbeitsfrühstücken abgegeben wurden.

Allerdings müssen wir auch anerkennen, dass wir ohne die außerordentliche Unterstützung und aktive Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und des von Martin Khor geleiteten South Centre [Genf] nicht die gemachten Fortschritte erzielt hätten.

Obwohl der Entwurf des Abschlussdokuments von 192 Ländern ausgehandelt werden musste, und im Gegensatz zu den Befürchtungen, die von einigen namhaften Minderheiten geäußert wurden, war das Dokument nicht nur bereits zwei Tage vor Konferenzbeginn fertig, sondern es sprach auch eine Reihe komplexer Themen an, die über die Debatten und in den Foren erstellten Dokumente hinausgingen.

Es sollte auch erwähnt werden, dass das Abschlussdokument unserer historischen Juni-Konferenz schließlich den Prozess einleitete, mit dem die Empfehlungen, die im Bericht »A fair globalization« der »Weltkommission zur sozialen Dimension der Globalisierung« enthalten sind, befolgt wurden. Dieser Bericht stellt fest, daß »*die Globalisierung den Multilateralismus sowohl unverzichtbar als auch unabwendbar macht*« und dass das multilaterale System der Vereinten Nationen »*einzigartig dazu geeignet ist, den Reformprozeß der Wirtschafts- und Sozialpolitik anzuführen*«.

Jenseits von Bretton Woods

Die Aufgabe der Vereinten Nationen, sich mit den dringendsten Themen unserer Zeit zu befassen, wurde mit der am 31. Juli 2009 von der Vollversammlung auf unbestimmte Zeit eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe institutionalisiert, deren Aufgabe es ist, die im Abschlußdokument enthaltenen Themen weiterzuverfolgen. Diese Themen umfassen die Reform der Bretton-Woods-Institutionen, also eben jener »Experten«-Institutionen, die die Umsetzung des Artikels 13 der UNO-Charta in den letzten drei Jahrzehnten nach Kräften hintertrieben haben.

Heute ist das vordringlichste Thema weiterhin die Bereitstellung von Ressourcen für die am meisten notleidenden Länder, vor allem in Form von finanziellen Zuwendungen, oder vielmehr die Bereitstellung von Ausgleichszahlungen durch einen globalen Fonds, um sowohl öffentliche Güter als auch die UN-Millenniumsziele (3) zu finanzieren.

Wegen unseres Scheiterns bei der Lösung der fundamentalen Probleme des Wirtschaftssystems und der extremen Armut und Ungleichheit, auf denen dieses System basiert, mussten wir entweder auf lindernde Maßnahmen wie die Milleniumsziele zurückgreifen oder Druck machen für die dringende Umsetzung des Konzepts der »Responsibility to Protect«.(4) Wie notwendig die Millenniumsziele auch sein mögen, wenden sie sich doch nicht der Notwendigkeit dringender und unabdingbarer internationaler Wirtschaftsreformen zu.

Angesichts des fehlenden politischen Willens, die gravierenden Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten dieser Welt anzupacken, ist es weitaus bequemer, bei der Auseinandersetzung mit den Folgen dieser Probleme auf die »Responsibility to Protect« zurückzugreifen. Gleichwohl sollten wir zufrieden sein, dass wir in der Lage waren, die Bestimmungen des Paragraphen 139 der Abschlusserklärung des UN-Weltgipfels 2005 einzuhalten, in der die Vollversammlung aufgefordert wird, weiterhin die »Responsibility to Protect« und die daraus abzuleitenden Konsequenzen zu erörtern.

Unser Forum zu diesem Thema war nicht nur ausgewogen, sondern eines der herausragendsten in der Geschichte der Vereinten Nationen, dem Intellektuelle wie Noam Chomsky, Ngugi wa Thiong'o, Jean Bricmont und der frühere australische Außenminister Gareth Evans angehörten. Die ergiebigen und umfassenden Diskussionen verhalfen uns zu einem besseren Verständnis dieses Konzepts, was auch weiterhin ein wichtiges Bestreben sein wird. Trotzdem wird große Umsicht erforderlich sein, um sicherzustellen, dass dieses Konzept nicht, wie so oft in der Vergangenheit, als Recht zur Intervention interpretiert und genutzt wird.

Umfassende Reformen nötig

Wir befinden uns auf dem Weg, den wir vor 64 Jahren in San Francisco beschritten haben, an einem kritischen Punkt. Die Institutionen, die damals geschaffen wurden, haben wie alle Institutionen einen natürlichen, schrittweisen und unausweichlichen Abnutzungsprozeß durchlaufen. Als Konsequenz daraus beeinträchtigt die gegenwärtige Krise sowohl die internationale Wirtschaftssteuerung als auch die Politik.

Es herrscht eine breite Übereinstimmung vor, dass der UN-Sicherheitsrat unfähig ist, kritische Probleme des internationalen Friedens und der Sicherheit effektiv anzugehen, und dass deshalb umfassende Reformen nötig sind, um die zunehmenden Beschränkungen zu überwinden, die auf der Basis restriktiver Methoden und begrenzter Entscheidungsfindungen entstehen.
Nur eine starke Vollversammlung, die energisch ihre beratenden und politischen Funktionen ausübt und Entscheidungen trifft, wird in der Lage sein, die Politik des Multilateralismus als beste Option für zwischenstaatliche Beziehungen zu fördern. Die Vollversammlung hat jetzt einen wesentlichen Aspekt ihrer Revitalisierung gezeigt, dass sie nämlich in der Lage ist, sich mit existentiellen wirtschaftlichen Problemen zu befassen, nachdem sie diese fast drei Jahrzehnte nicht anpacken konnte. Das zeigt, dass die Revitalisierung der UNO eher ein politisches als ein technisches Problem ist.

Ich danke auch den Beisitzern im Vorstand der »Hochrangigen Gruppe über die Kohärenz des UN-Systems«, Botschafter Juan Antonio Yáñez-Barnuevo aus Spanien und Botschafter Kaire Mbuende aus Namibia, für die Fortschritte, die wir unter ihrer kompetenten Leitung erreicht haben. In der Tat sollte eine harmonische Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den nationalen Plänen der Entwicklungsländer ein grundlegendes Ziel zur Absicherung der Kohärenz des UN-Systems sein. Bei ihrer Steuerung sollten die Akzente auf die Prinzipien der Transparenz, der Einbeziehung und des nationalen Eigentums gesetzt werden. Diese Prinzipien sollten wiederum sicherstellen, dass alle Kräfte des Wandels mobilisiert werden, um die Gleichbehandlung der Geschlechter sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene zu erreichen. Dazu müssen entschlossen weitere Anstrengungen verfolgt werden, um zwischen den Mitgliedsstaaten eine Übereinkunft über die Notwendigkeit eines globalen institutionellen Impulses zur Erlangung der Gleichberechtigung der Geschlechter zu schließen. Damit wird sichergestellt, dass die Frauen der Welt über eine starke und geschlossene Stimme innerhalb einer effektiven Struktur verfügen.

Ich kann sagen, dass ich insofern zufrieden ausscheide, als ich meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt habe, die Agenda der 63. Sitzungsperiode umzusetzen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Vollversammlung auf unvorhersehbare Ereignisse von internationaler Bedeutung reagieren konnte.
Dazu gehören die israelische Aggression gegen Gaza, die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise und der erst kürzlich erfolgte Staatsstreich in Honduras, ein Glücksfall für die Pro-Putsch-Kräfte des 21.Jahrhunderts, durch den die internationalen Reaktionäre versucht haben, den siegreichen und verheißungsvollen Vormarsch der Bolivarischen Alternative für die Amerikas aufzuhalten.
Wenn wir mehr Zeit gehabt hätten, dann wäre von uns auch die ernsthafte Bedrohung des Friedens in Lateinamerika auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt worden, die sich in den Plänen der USA zeigt, in Kolumbien sieben neue Militärstützpunkte einzurichten. Bedauerlicherweise ist die 63. Sitzungsperiode zu Ende gegangen, bevor wir das tun konnten. Dieser Punkt muss deshalb in der nächsten Sitzung behandelt werden, wenn die Vollversammlung bezüglich der Vorgänge in der Welt am Puls der Zeit bleiben will.

»Präventivkriege«

Wie bei den Regierungen vieler Mitgliedsstaaten, haben Ausmaß und Schwere der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, der größten Krise seit der Gründung der Vereinten Nationen, im zurückliegenden Jahr auch einen zentralen Stellenwert auf unserer Agenda eingenommen. Diese Krise hat uns daran gehindert, uns anderer Themen in dem Maße anzunehmen, wie wir es als notwendig erachtet hätten. Dazu gehören Probleme der atomaren Abrüstung, die Situation in Palästina, die Dekolonialisierung und das äußerst gefährliche und unrechtmäßige Konzept des Präventivkrieges (preventive war), was nichts zu tun hat mit dem »preemptive war«, abgesehen von der Tatsache, dass wir im Spanischen ein und denselben Begriff verwenden, um uns auf diese beiden Konzepte zu beziehen, die sich aber wesentlich unterscheiden. (5)

Wir hätten uns auch gern grundsätzlicher mit dem so genannten Krieg gegen den Terror befasst.
Hervorstechend ist hierbei der weltweit verurteilte Fall der fünf kubanischen Helden, die zu Unrecht und aus reiner Willkür nunmehr seit genau elf Jahren und zwei Tagen in Haft gehalten werden und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt sind, weil sie Licht in Terrorstrukturen in Miami gebracht haben, von denen aus Aktionen gegen die heroische und allzeit hilfsbereite Republik Kuba durchgeführt wurden. Abgesehen von der Tatsache, dass die Informationen den Behörden unseres Gastlandes, die fortlaufend vorgaben, von diesem Fall keine Kenntnis zu haben, ordnungsgemäß zugestellt wurden, war die einzige Antwort, sie einzusperren. Es bleibt zu hoffen, dass mit dem viel gepriesenen Wandel und den angekündigten Korrekturen der Politik seitens der neuen Regierung des Gastlandes auch eine Korrektur dieser Fehlurteile vorgenommen wird, durch die fünf Familien großes Leid geschieht und dem Ansehen der Vereinigten Staaten großer Schaden zugefügt wurde, was der neue Präsident aber wieder ändern will.

Die Situation Palästinas

Meine größte Frustration in diesem Jahr erfuhr ich durch die Situation in Palästina. Die Palästina-Frage bleibt das schwerwiegendste und am längsten ungelöste politische Problem und Menschenrechtsthema auf der Agenda der Vereinten Nationen seit ihrer Gründung. Der offenkundige Mangel an Engagement zu seiner Lösung ist ein Skandal, der mich mit großer Sorge erfüllt hat.

Ich hatte eine handlungsorientierte Präsidentschaft versprochen, und ich bin ernsthaft davon überzeugt, dass ich in dieser Hinsicht alles mir Mögliche getan habe, jene dazu aufzufordern und zu überreden, die am meisten hätten dafür tun müssen, eine Sitzung der Vollversammlung einzuberufen, um sich mit der Situation Palästinas zu befassen. Aber egal, ob zur Zeit der dreiwöchigen Invasion in Gaza, die am 27. Dezember 2008 begann, oder jetzt, wurde mir nur geraten, dem Prozess mehr Zeit zu geben, weil die Dinge immer dann, wenn ich sie ansprach, gerade kurz vor ihrer Lösung standen, und wir deshalb nichts tun sollten, was den angeblich zum Greifen nahen Erfolg gefährden könnte.

Angesichts dieser Situation wusste ich mir wirklich keinen Rat. Ich wollte Palästina helfen, aber jene, die das größte Interesse an einer Lösung haben mussten, verweigerten ihre Unterstützung aus Gründen der »Vorsicht«, was ich absolut nicht verstehen konnte. Ich hoffe, sie hatten Recht und ich hatte Unrecht. Sonst wären wir mit einer häßlichen Situation dauernder Komplizenschaft mit der Aggression gegen die Rechte des edlen und seit langem leidenden palästinensischen Volks konfrontiert.

Eine gerechte Lösung der Palästina-Frage kann nur auf der Grundlage des Völkerrechts realisiert und sie kann nur erreicht werden, wenn die Einheit des palästinensischen Volkes hergestellt ist und die internationale Gemeinschaft mit allen vertrauenswürdigen und demokratisch gewählten Vertretern des palästinensischen Volkes redet. Zusätzlich zum Rückzug der Israelis aus allen Territorien, die seit 1967 unrechtmäßig besetzt wurden, verlangt das Völkerrecht, dass allen Palästinensern, die während der Entstehung des Staates Israel vertrieben wurden, einschließlich ihrer Kinder und Enkelkinder, erlaubt wird, in ihr palästinensisches Heimatland zurückzukehren.

Ich habe meinen Chefunterhändler für humanitäre Angelegenheiten, Dr. Kevin Cahill, vom 17. bis 22. Februar 2009 nach Gaza entsandt, um einen Bericht über die humanitäre Situation in Gaza kurz nach der Aggression zu erstellen. Dr. Cahills Bericht wurde am 19. August 2009 veröffentlicht. Anlass war der »World Humanitarian Day«, an dem der Opfer unter den Mitarbeitern der Vereinten Nationen gedacht wird, die in Konfliktzonen gearbeitet haben. Ursprünglich sollte der Be-

richt in einer Sondersitzung über Gaza der Öffentlichkeit übergeben werden, aber diese fand aus den genannten Gründen nicht statt.

Die Passivität und offensichtliche Gleichgültigkeit einiger einflußreicher Mitglieder des Sicherheitsrates gegenüber der Tatsache, dass die Blockade des Gazastreifens unter Verletzung des Völkerrechts und der Resolution des Sicherheitsrates seit zwei Jahren ununterbrochen fortgesetzt wird, empfinde ich als schändlich. Diese Blockade richtet einen immensen Schaden an und erzeugt großes Leid unter der palästinensischen Bevölkerung von Gaza. Diese Situation droht sich jetzt noch zu verschlimmern, wenn angesichts des bevorstehenden Winters keine Sofortmaßnahmen ergriffen werden. Es ist jetzt an der Zeit, nicht mit schönen Worten, sondern konkreten Taten ein echtes Engagement im Rahmen des Konzepts »Responsibility to Protect« zu zeigen.

Gegen das Recht der Stärksten

Es wäre unpassend, wenn ich mich von Ihnen verabschieden würde, ohne Ihnen meine Gedanken darüber zu vermitteln, welches die wichtigste Lektion oder Erkenntnis ist, die ich aus der Arbeit des vergangenen Jahres gezogen habe.
Es ging mir um

- das totale Engagement für die Sache des Friedens durch die Demokratisierung der Vereinten Nationen;
- die Revitalisierung der Vollversammlung;
- die völlige Abschaffung aller Atomwaffen bis 2020, wenn sich die Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zum 75. Mal jähren;
- die Ausrottung von Armut und Hunger, nachdem in diesem Jahr die psychologische Barriere von einer Milliarde hungernder Menschen auf der Welt durchbrochen wurde;
- das Ergreifen von Maßnahmen, um den Zugang zu sauberem Trinkwasser und Nahrung für alle sicherzustellen;
- der Förderung effektiver politischer Schritte, um dem Klimawandel zu begegnen;
- die Beendigung des verbrecherischen Menschenhandels ebenso wie der Schande der Mißhandlung und Diskriminierung von Frauen;
- die Garantie des Rechts auf Bildung für Kinder und Jugendliche, einschließlich der Mädchen und Jungen in Ländern mit bewaffneten Konflikten oder humanitären Katastrophen durch Naturphänomene;
- genauso wie um die Garantie eines Lebens in Gesundheit, die aus ethischen und religiösen Gründen zwingend geboten ist. (…)

Es wird gesagt, dass der Völkerbund (League of Nations) scheiterte, weil es jenen, die ihn förderten, an Macht oder dem notwendigen Willen fehlte, ihn Realität werden zu lassen. Ich glaube, dass man etwas Ähnliches über die Vereinten Nationen sagen könnte. Ich bin einer von denen, die glauben, dass die Vereinten Nationen als Organisation das Potential haben, unverzichtbar zu sein für das Bestreben der Menschheit, die sich zusammenballenden Krisen zu überwinden, durch die die Menschheit ausgelöscht zu werden droht. Zweifellos ist das Hauptproblem, dass nicht alle ihre Gründer wirklich an die Visionen geglaubt haben, die explizit oder implizit in der den Vereinten Nationen zugrunde liegenden Charta enthalten sind.

Die ganze Welt weiß, dass einige unserer mächtigsten und einflußreichsten Mitgliedsstaaten definitiv nicht an die Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben, sondern vielmehr der Ansicht sind, dass das Befolgen der rechtlichen Normen, denen wir uns durch die Unterzeichnung der Charta verpflichtet haben, etwas ist, das nur für schwache Staaten gilt. Angesichts eines solch niedrigen Grades von Engagement sollte es nicht überraschen, dass die Vereinten Nationen unfähig waren, die wichtigsten Ziele zu erreichen, für die sie ursprünglich geschaffen wurden.

Bestimmte Mitgliedsstaaten glauben, dass sie ihr Handeln nach dem Gesetz des Dschungels ausrichten können, und sie verteidigen das Recht der Stärksten, völlig ungestraft tun und lassen zu können, wonach auch immer ihnen ist, und niemand gegenüber Rechenschaft ablegen zu müssen.
Sie glauben, den Multilateralismus verwerfen und die Vorzüge des Unilateralismus proklamieren zu können, während sie gleichzeitig von ihren privilegierten Sitzen im Sicherheitsrat aus schamlos hochtrabend davon sprechen, dass es für alle Mitgliedsstaaten notwendig ist, gewissenhaft die ihnen aus der Charta erwachsenden Pflichten zu erfüllen oder dafür bestraft zu werden, es nicht zu tun. Die unumschränkte Gleichheit aller Mitgliedsstaaten und die Pflicht, Kriege zu verhindern, sind für sie Nebensächlichkeiten, die man nicht weiter ernst nehmen sollte.

All dies und viele andere ebenso gravierende Anomalien haben viele zu der Überzeugung gebracht, dass eine Reform der Vereinten Nationen notwendig ist. Aber während dieses Jahres als Präsident der 63. Vollversammlung bin ich zu dem Schluss gekommen, dass der Zeitpunkt zur Reformierung oder Nachbesserung unserer Organisation bereits verpaßt wurde. Wir müssen sie neu definieren, und wir müssen es dringend tun – ad majorem gloriam Dei, was heißen soll, zum Wohle der Erde und der Menschheit. (…) Ich danke Ihnen.

Originaltext:
http://www.un.org/ga/president/63/statements/finalsession140909.shtml
Aus dem Englischen von Jürgen Heiser
Erschienen in „Junge Welt“ vom 24.9.2009

Anmerkungen:
1) Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) – d.Red.

2) Miguel d'Escoto hatte die 192 Mitgliedsstaaten der UNO zu dieser Konferenz »auf höchster Ebene« eingeladen. In Anspielung auf G-8 und G-20 bezeichnet d'Escoto sie als »G-192« – J. H.

3) Die UN-Millenniumsziele (engl. Millennium Development Goals, MDG) sind acht Entwicklungsziele (u.a. Bekämpfung von Armut und Hunger, Gleichstellung der Geschlechter, ökologische Nachhaltigkeit etc.) für das Jahr 2015, die im Jahr 2000 von der genannten Arbeitsgruppe aus Vertretern der UNO, der Weltbank, der OECD und mehreren NGO formuliert wurden – J.H.

4) Das Konzept »Responsibility to Protect« (dt.: »Verantwortung zum Schutz«) geht von einer ethischen und moralischen Verantwortlichkeit eines Staates für das Wohlergehen seiner Bürger aus, die auf die internationale Staatengemeinschaft, vertreten durch die UNO, übergeht, wenn die politische Führung eines Staates nicht für das Wohlergehen sorgen kann oder will. Das Konzept wird kontrovers diskutiert, da es die Gefahr von Interventionen aus »humanitären Gründen« in sich birgt – J.H.

5) Ein Präventivkrieg ist der bewaffnete Überfall eines Aggressors auf einen oder mehrere andere Staaten unter dem Vorwand, der überfallene Staat beabsichtige einen Angriff, dem man zuvorkommen müsse; nach dem gegenwärtigen Völkerrecht sind Präventivkriege verboten. Dagegen wäre ein Präemptivkrieg dann legitimierbar, ginge es um die Abwendung einer unmittelbar bevorstehenden Aggression. Dies entspräche den völkerrechtlich anerkannten Kriterien zur Selbstverteidigung durch Staaten (Caroline-Klausel). Diese beinhalten u. a., daß keine andere Wahl der Mittel bleibt beziehungsweise die Möglichkeit von Verhandlungen ausgeschöpft ist. – d. Red.

Cephas Lumina, UNO- Experte

Ich möchte alle Staaten ermutigen, Schuldenaudits durchzuführen

Am 5. Juni 2009 fand in Genf die 11. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates statt. Im Laufe dieser Sitzung stellte der unabhängige Experte für die Außenverschuldung, Cephas Lumina, seinen Zwischenbericht(1) den Staaten, den Gremien der UNO und den akkreditierten NGO vor. Die Weltbank nahm an dieser Sitzung nicht teil, was ihr mangelndes Interesse an Menschenrechtsfragen zeigt. Themen dieses Interviews: Schuldenaudit, „illegitime Schuld" und Verpflichtungen der internationalen Finanzinstitute (IFI) und Staaten zur Einhaltung der Menschenrechte.

In dem Bericht, den Sie heute vor dem Menschenrechtsrat der UNO vorgestellt haben, betonen Sie die Beziehung zwischen der Außenverschuldung und den Menschenrechten und sie entwickeln einen begrifflichen Rahmen, um diese Beziehung verständlich zu machen. Können Sie das näher erläutern?

Eines der Hauptziele des mir vom UN-Menschenrechtsrats in seinem Beschluss vom 27.03.2008 anvertrauten Mandats war es, für die Staaten und internationalen Finanzinstitute (IFI) als auch für private Institute Leitsätze zu entwickeln, damit die Einhaltung der Verträge der Staaten hinsichtlich der Außenverschuldung die Pflicht zur Respektierung der Menschenrechte nicht beeinträchtigen.
Mein Vorgänger, der unabhängige Experte Bernard Mudho, hatte einen ersten Entwurf für diese Leitsätze entwickelt. Meine Aufgabe besteht nun darin, diese Leitsätze zu verbessern, indem diese mit den Verträgen zum Schutz der Menschenrechte verbunden werden, und ihnen dadurch mehr Gewicht zu verleihen. Ich erinnere daran, dass die internationalen rechtlichen Verpflichtungen nicht nur für Staaten gelten, sondern auch für die internationalen Institutionen, wie z.B. die Weltbank.

Zur Ausarbeitung eines begrifflichen Rahmens, der die Außenverschuldung mit den Menschenrechten in Verbindung bringt, habe ich die Auswirkungen dieser Schulden sowie der strukturellen Anpassung auf die Grundrechte untersucht. Mein Zwischenbericht hebt hervor, wie negativ sich der Mechanismus der Außenverschuldung auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte, wie z.B. das Recht auf Bildung und auf Gesundheit auswirkt. 2005 hat Libanon z.B. 52% seines Staatshaushaltes für den Schuldendienst aufgebracht und nur 23,1% für Bildung und Gesundheit!
Ich erkläre auch, dass die Schuldenerleichterungen der HIPC-Initiative (Hochverschuldete Arme Länder), die von der Weltbank und dem IWF gefördert wurden, das Schuldenproblem nicht auf die Dauer gelöst haben: die Verschuldung von Ländern wie Burkina Faso oder Niger ist seit Abschluss der HIPC-Initiative noch erheblich gestiegen.
Darüber hinaus müssen diese Länder, wenn sie eine Schuldenerleichterung wünschen, politische Maßnahmen durchführen, die eine Verletzung der sozialen Rechte mit sich bringen. Sambia wurde beispielsweise 2004 vom IWF aufgefordert, die Gehälter der Beamten einzufrieren.
Die Bürgerrechte und die politischen Rechte, sowie auch das Recht auf Partizipation werden ebenfalls durch die Verabschiedung der PRSP's (Strategien zur Armutsbekämpfung) verletzt. Denn die nationalen Parlamente werden in den meisten Fällen nicht hinzugezogen und die endgültige Verabschiedung dieser Bechlussvorlagen ist immer von der endgültigen Zustimmung der IFI abhängig.

Erfährt diese Betrachtung der Verschuldung aus der Perspektive der Menschenrechte eine breite Unterstützung seitens der Staaten und der IFI?

Nein, nicht so ganz. Die Resolution 7/4, die mein Mandat eingeführt hat, wurde mit einer Mehrheit von 34 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen verabschiedet. Zu den 34 Staaten, die für diese Resolution gestimmt haben, gehört kein einziges Gläubigerland der Nordhalbkugel.
In Wirklichkeit war der Beginn meines Mandates von den traditionellen Spannungen zwischen den reichen Gläubigerländern und den Entwicklungsländern gezeichnet. Denn seit 1997 in der UNO der erste Experte über das Außenhandelsdefizit eingesetzt wurde, haben die Länder der Nordhalbkugel befunden, dass die Schuldenproblematik überhaupt nichts mit Menschenrechten zu tun hat, dass es sich um eine rein wirtschaftliche Problematik handelt und sie demzufolge außerhalb des Menschenrechtsrates und der Generalversammlung der UNO behandelt werden muss. Insbesondere vertreten sie die Ansicht, dass das Problem innerhalb des Pariser Clubs geregelt werden soll, denn in der UNO-Vollversammlung und im Menschenrechtsrat befinden sich die Länder der Nordhalbkugel in der Minderheit, da jedes Land über eine Stimme verfügt, was logischerweise gegen das Interesse der Gläubigerländer verstößt.

Seit Beginn meines Mandates habe ich ganz unterschiedliche Akteure (Staaten, IFI, NGO) getroffen, doch ich muss zugeben, dass mich zivilgesellschaftliche Organisationen oder bestimmte Staaten wie Ecuador oder Norwegen am meisten unterstützt haben.
Die Verantwortlichen der Weltbank, die ich zu Rate gezogen habe, haben untereinander kontroverse Positionen. Einige widersprechen kategorisch dem Ansatz, der auf die Menschenrechte basiert und berücksichtigen ausschließlich die wirtschaftliche Dimension der Verschuldung. Wobei die IFI eigentlich rechtlich durch verbindliche Texte wie die Charta der UNO oder auch die beiden Pakte von 1966 über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sowie die Bürger- und politischen Rechte gebunden sind. Diese Haltung kommt u. a. daher, dass die IFI 1944 gegründet wurden, also noch vor der Verabschiedung dieser internationalen Konventionen.

Zu welchen sofortigen Maßnahmen gegen die Außenverschuldung würden Sie raten, um der Weltwirtschaftskrise die Stirn zu bieten, welche die Menschenrechte beinträchtigt und unausweichlich zu einer neuen Schuldenkrise führen wird? Sind Sie beispielsweise für ein Moratorium zur

Schuldenrückzahlung, wie es der Generalsekretär der UNCTAD (UN Konferenz zu Handel und Entwicklung) Supachai Panitchpakdi vorschlägt?

Ich bin gegen ein einfaches Moratorium, denn diese Maßnahme kann wenig richten. Man muss weiter gehen und ein Moratorium mit klaren Bedingungen festlegen: Das heißt, einer Suspendierung der Schuldenrückzahlungen sollte eine Annullierung der Außenschulden folgen, falls sich die Lage des Staates nach Ablauf dieses Moratoriums nicht verbessert hat. Denn wenn die Entwicklungsländer sich verpflichten, die Schuldenrückzahlung für eine bestimmte Zeit auszusetzen, laufen sie Gefahr, durch diese Verpflichtung gebunden zu sein und dann schließlich die Schulden zu Lasten der Sozialbudgets zurückzahlen.
Es muss also ein Abkommen zwischen den Entwicklungsländern und den Gläubigern geben, damit dieses Moratorium auch die Annullierung der Schulden vorsieht, falls die Verschuldungssituation unerträglich bleibt. Mir scheint es ratsamer, den Beispielen Norwegens und Ecuadors zu folgen, (4) die Schuldenaudits durchgeführt und einen Teil der Forderungen gestrichen haben, indem sie ihre Mitverantwortung (im Falle Norwegens) eingestanden haben.
Dabei möchte ich unterstreichen, dass diese Mitverantwortung ein zentrales Prinzip ist, seitdem 2002 der Monterrey-Konsens beschlossen wurde. Ich bestehe also ganz besonders darauf, dass die Regierungen Schuldenaudits durchführen, dem Beispiel Norwegens und Ecuadors folgend.
Diese Audits sind demokratische Kontrollwerkzeuge, die einerseits die Ursachen für die Verschuldung analysieren und andererseits die Annullierung oder Zurückweisung aller Schulden juristisch absichern, die beispielsweise durch Verletzung des internen Staatsrechtes entstanden sind,.

Gleichzeitig muss das internationale Finanzsystem durch Demokratisierung der IFI reformiert werden, da sie zurzeit nur die Interessen der Gläubiger verteidigen.

Die illegitime Verschuldung ist eine ihrer Hauptthemen für 2009 und 2010. Wie werden Sie genau mit diesem Thema umgehen?

Die Erfahrungen der Audits in Ecuador und Norwegen haben das Thema der illegitimen Verschuldung ins Licht gerückt. Es gibt jedoch bisher noch keine internationale Definition der illegitimen Verschuldung. Ich hoffe also, über eine enge Zusammenarbeit mit der UNCTAD diesen Begriff schärfer umreißen und den Akzent auf die Mitverantwortung der Gläubiger und Schuldner legen zu können, um eine verantwortungsvolle Finanzierung zu fördern.
Dieser Begriff muss in der Zukunft Anwendung finden, damit keine neue illegitime Verschuldung entsteht, aber auch gegenüber der Vergangenheit, um bedingungslos alle illegitimen Schulden zu streichen. Über diese Fragen stehe ich bereits mit der UNCTAD in Kontakt, denn sie hat im letzten Jahr von Norwegen finanzielle Mittel für ein dreijähriges Projekt erhalten, um das Konzept der illegitimen Verschuldung auszuarbeiten. Unser gemeinsames Interesse ist es also, möglichst ähnliche Positionen zur illegitimen Verschuldung zu entwickeln. Um diesen Begriff zu klären, werden wir uns mit den Staaten, den NGO aber auch mit den IFI in Verbindung setzen.

Und schließlich möchte ich mich jetzt auch mit dem Verhältnis zwischen Außenverschuldung und dem internationalen Handel eingehend befassen, um diese Verbindung in meinem Bericht von 2010 explizit aufzuzeigen.
Die Außenverschuldung und der internationale Handel sind in der Tat nicht voneinander zu trennen, da die Schuldnerstaaten ihre Rohstoffe exportieren müssen, um die Schulden in US-Dollar zurückzahlen zu können. Dieser Mechanismus macht sie extrem abhängig vom Kurs dieser Produkte, der von den internationalen Märkten festgelegt wird.

Wie verbinden Sie die nationalen Schuldenaudits und die internationale Schlichtung der Außenverschuldung?

Es handelt sich hier um einen zweistufigen Ansatz. Ich ermutige zunächst die Staaten, nationale Schuldenaudits durchzuführen, nach dem Beispiel Ecuadors. Diese Audits, als souveräne Handlung der Staaten, brauchen keine Erlaubnis von Seiten der Gläubiger. Sie könnten die bedingungslose Annullierung/ Zurückweisung aller illegitimen Schulden begründen. Infolge der aus einem solchen Audit möglicherweise resultierenden Entscheidung, die Schulden zu annullieren bzw. zurückzuweisen oder das Schuldendienst zu suspendieren, könnte sich aber ein Streitfall ergeben. Ein Schiedsgericht müsste darüber entscheiden. Dieses Gericht könnte dann ebenfalls die von den einzelnen Parteien zu tragende Verantwortung festlegen. Ich möchte unterstreichen, dass diese Schlichtung der Staatsschulden bereits innerhalb der Vereinten Nationen durch den ehemaligen Generalsekretär, Herrn Kofi Annan, angesprochen wurden. Die derzeitige Krise muss also zum Anlaß genommen werden, diese Art von Schlichtung durchzusetzen.
Schließlich möchte ich auch unterstreichen, dass mein Bericht sicherlich nicht bei allen Gläubigern Beifall finden wird. Daher ist eine breite Unterstützung aller Bürger der Nord- und Südhalbkugel notwendig und die Bevölkerung muss auf die Regierungen Druck ausüben. Denn tatsächlich hat mein Bericht keine juristisch zwingende Kraft.

Hinweise
|1.| http://www2.ohchr.org/english/bodie...
|2.| www.cetim.ch
|3.| Dieser Bericht die Ergebnisse der Broschüre der CADTM „Les Chiffres de la Dette“ (Die Zahlen der Verschuldung) aufgreift und ausdrücklich darauf hinweist, dass die Einhaltung der Menschenrechte vor den finanziellen Verpflichtungen der Länder Vorrang haben sollten.
http://www.cadtm.org/spip.php?article445
http://www.cadtm.org/The-Debt-in-figures

|4.| Der unabhängige Experte wird den kompletten Bericht seiner offiziellen Besuche in Norwegen und Ecuador 2010 vorstellen.

Interview von Renaud Vivien, 16. Juni 2009

http://www.cadtm.org/spip.php?article4483

Internationale Woche gegen die Verschuldung (12.10 - 18.10):
http://www.jubileesouth.org/index.php?option=com_content&task=view&id=254&Itemid=2

Zu den illegitimen Schulden:
http://www.jubileesouth.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=15&Itemid=34

Auch Osteuropa im Würgegriff des IWF

Kurznachrichten

Als »Gegenleistung« für Hilfsprogramme beschloß Ungarns Regierung eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer und Sonderabgaben auf Sozialleistungen
Anfang Juli verabschiedete das ungarische Parlament mit dem Stimmen der Sozialdemokraten (MSZP) und der neoliberalen »Allianz der Freien Demokraten« (SZDSZ) eine umfassende Steuerreform, die in zwei Stufen ab 2009 und 2010 wirksam werden soll. Mit diesem Schritt sicherte sich Ungarn die Auszahlung der nächsten Tranche des 20 Milliarden Euro umfassenden Hilfskredits, den der Internationale Währungsfonds (IWF) in Zusammenarbeit mit der EU und der Weltbank dem vom Staatsbankrott bedrohten Land bereits im Oktober gewährt hatte. (…). In dankenswerter Offenheit plauderte das Wall Street Journal aus, daß *»das neue Steuersystem die Last auf die Konsumenten und weg von den Unternehmen*« verschieben werde. In neoliberaler Tradition steht eine massive Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 25 Prozent, die zum 1. Juli 2009 wirksam wurde. Mit diesen Mehreinnahmen will das »*Expertenkabinett*« des Premiers die bereits beschlossene Senkung des Unternehmeranteils an den Lohnsteuern gegen finanzieren. Der vom Kapital zu erbringende Anteil an der Sozialversicherung der Lohnabhängigen sinkt von 32 Prozent auf 27 Prozent in jeder Einkommensklasse.(…)
In einem kurz nach der Verabschiedung der Steuerreform veröffentlichten Report zeigte sich der IWF zufrieden mit »seiner« Regierung. Bereits vor Monaten mussten Ungarns Pensionäre und die Angestellten des öffentlichen Dienstes umfassende Einkommenseinbußen hinnehmen. *Jungewelt 6.7.2009*

Minsk im Würgegriff

Anfang Juni kamen einem Bericht des Wall Street Journal zufolge der Internationale Währungsfonds (IWF) und Belarus darin überein, einen bereits gewährten Kredit in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar um eine weitere Milliarde aufzustocken. »*Diese Erhöhung ist gerechtfertigt, weil die aus der globalen ökonomischen Krise resultierenden Finanzierungsbedürfnisse von Belarus sich erhöht haben und weil die Regierung und die Zentralbank sich bemühen, ihre Probleme zu lösen*«, erklärte der Vorsitzende der belarussischen Außenstelle des IWF, Chris Jarvis.
Die »Probleme« macht der IWF selbstverständlich vor allem in der »*mangelnden Liberalisierung*« aus. Die Kreditvergabe des Währungsfonds geht mit der üblichem Forderungen einher, die meisten Industriezweige zu privatisieren. Ähnlich agiert auch Rußland, das darauf drängt, belarussische Betriebe aufkaufen zu können.
Lukaschenko, der verzweifelt bemüht ist, die Unabhängigkeit zu wahren, kann sich längerfristig nur bemühen, möglichst gute Kapitulationsbedingungen auszuhandeln. Er wird sich auch für Ost oder West entscheiden müssen. *Jw 25.6.2009*

Zeitbombe Baltikum

Das Baltikum bietet derzeit faktisch die Kulisse eines riesigen realkapitalistischen Krisenexperiments. Wie dramatisch kann die Wirtschaft einbrechen, wie rabiat darf der Sozialabbau ausfallen, bevor die Gesellschaft auseinander bricht? Insbesondere Lettland setzt hierbei neue Maßstäbe. Anfang Juni korrigierte die Regierung von Ministerpräsident Valdis Dombrovskis ihre Wirtschaftsprognose für das laufende Jahr, die ursprünglich von einem Einbruch des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 14,5 Prozent ausging. Der jüngsten Schätzung zufolge wird Lettlands BIP 2009 um mindestens 18 Prozent schrumpfen. Pessimistische Prognosen gehen sogar von 20 Prozent aus. Dieser ökonomische Zusammenbruch werde laut Regierungsangaben mit einem Haushaltsdefizit von 9,2 Prozent des BIP einhergehen. Damit werde der im Zuge einer Kreditvergabe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU vereinbarte Grenzwert der Staatsverschuldung von fünf Prozent des BIP weit überschritten.

Der lettischen Regierung bleibt nichts anderes übrig, als sich weiterhin um IWF-Gelder zu bemühen. Einem Junkie gleich bettelte Dombrovskis am 3. Juni im US-Nachrichtensender -CNBC um die Auszahlung einer weiteren Tranche des 7,5 Milliarden Euro umfassenden Kredits. Die Einigung über die Überweisung von 1,4 Milliarden Euro müsse »in den nächsten Tagen« oder »Anfang nächster Woche« erfolgen, so der Regierungschef damals. Sonst drohe der Staatsbankrott. Eine öffentliche Antwort erhielt Dombrovskis vom EU-Wirtschaftskommissar Joaquin Almunia erst am Montag. Der forderte Lettland zu weiteren Haushaltskürzungen auf. Ansonsten sehe die EU sich außerstande, die zweite Tranche freizugeben.
Am Dienstag fügte sich Riga. Die lettische Regierung werde die Staatsausgaben um weitere zehn Prozent kürzen, nachdem sie die »Kommunal- und Europawahlen überlebt« habe, meldete der Finanznachrichtendienst Bloomberg. Insgesamt seien Haushaltskürzungen von umgerechnet 983 Millionen Dollar geplant. Damit will das gerade einmal 2,2 Millionen Einwohner zählende Land die Vergabebedingungen des Kredits einhalten. (…) Bereits im März soll die EU eine Zahlung von 200 Millionen Euro blockiert haben, weil die Regierung sich vor den Wahlen weigerte, weitere Ausgabenkürzungen vorzunehmen. So mussten beispielsweise die Angestellten des öffentlichen Dienstes Einkommensverluste von bis zu 20 Prozent hinnehmen. *Jw 10.06.2009*

Rumänien unter Kuratel

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in Osteuropa derzeit alle Hände voll zu tun. Mit Rumänien mußte bereits das sechste Land der Region umfassende Notkredite des IWF in Anspruch nehmen, um einen drohenden Staatsbankrott zu vermeiden. Daneben haben schon Lettland, Serbien, Ungarn, Ukraine und Belarus auf die – während des Weltfinanzgipfels in London am 2. April massiv aufgestockten – Mittel der Finanzorganisation zurückgreifen müssen. Wie inzwischen in Osteuropa üblich, gehen die IWF-Kredite mit zusätzlichen Finanzspritzen einher. Nachdem die Euro-Staaten am vergangenen Montag ein Kreditpaket in Höhe von 12,95 Milliarden Euro für Rumänien geschnürt hatten, stimmte die EU am Donnerstag einem Darlehen über weitere fünf Milliarden Euro zu. Jeweils eine Milliarde Euro kommen von der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.
Diese Kreditzusagen über insgesamt 20 Milliarden Euro sind auch im Fall Rumäniens an strikte wirtschafts- und sozialpolitische Vorgaben gebunden. Diese wurden dem Staat sowohl vom IWF als auch von der EU aufgenötigt. Ähnlich wie im Fall der Ukraine zahlt der Währungsfonds Rumänien vorerst nur eine erste Kredittranche im Umfang von 4,9 Milliarden Euro aus. Weitere Überweisungen macht der IWF von zufrieden stellenden Ergebnissen einer quartalsweisen Überprüfung der Staatsfinanzen abhängig. Bukarest wurde – entgegen den Lippenbekenntnissen zu einer Reform des IWF – in neoliberaler Tradition ein striktes Sparprogramm auferlegt, dessen Kern umfassende Haushaltskürzungen bilden. Das »schockierende« Wachstum der Löhne im öffentlichen Dienst müsse gezügelt, die »komplexe« Rentengesetzgebung vereinfacht werden, hieß es in Erklärungen des Währungsfonds.
Auch die EU forderte Bukarest auf, das Haushaltsdefizit ausgerechnet während der Krise vermittels Ausgabensenkungen zu begrenzen. Die von Brüssel zur Verfügung gestellten Gelder stammen aus einem am Dienstag von den europäischen Finanzministern auf 50 Milliarden Euro erweiterten Nothilfe-Fonds, der den EU-Ländern zur Verfügung steht, die noch nicht zum Euro-Raum gehören. *Jw 14.05.2009*

Alexis Passadakis, Tadzio Müller

Gipfelstürmen im Treibhaus?

Strategien um den UN-Klimagipfel in Kopenhagen

Die Kritik an der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), dem Kyoto-Protokoll und den entsprechenden Verhandlungen ist nicht neu, zieht aber spätestens seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm und dem Klimagipfel neue Kreise.
Welche Form und Dynamik die Proteste in Kopenhagen haben werden, ist allerdings noch nicht ausgemacht. Neu ist aber, dass einige Gruppen nicht für lediglich „mehr Klimaschutz" eintreten, sondern eine andere klimapolitische Agenda fordern oder sogar den Gipfel stören wollen.

Nach der Verwüstung New Orleans durch den Wirbelsturm Katrina im Jahr 2005, dem britischen Stern-Report zu den ökonomischen Kosten des Klimawandels vom Oktober 2006 und dem vierten Bericht des UN-Wissenschaftlergremiums IPCC vom Frühjahr 2007 erlebte die Klimakatastrophe eine heftige Renaissance im Aufmerksamkeitsorbit der internationalen Öffentlichkeit. Der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore erhielt anlässlich seiner Vortragsreisen einen Nobelpreis und Bundeskanzlerin Merkel konnte den G8-Gipfel an der deutschen Ostseeküste in ein Hofhalten als „Klima- Queen" verwandeln.

Während also Klimapolitik von staatlicher Seite als Legitimationsressource auf dem internationalen Parkett entdeckt wurde (1), verdichtete sich die Kritik an ihren bisherigen Formen zu neuen Akteurskonstellationen in der Zivilgesellschaft. Zum einen entstanden neue aktivistische Netzwerke wie der britische Klimacamp- Prozess (http://climatecamp.org.uk) mit seinen inzwischen zahlreichen internationalen Ablegern und KlimaX in Skandinavien (http://klimax2009.org, http://klimatet.org).

Der neue Akteur Climate Action Network

Vor allem aber initiierte eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen eine Spaltung des zivilgesellschaftlichen Feldes während der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007. Das bisherige de facto Monopol des *Climate Action Network* (CAN, www.climatenetwork.org) auf die Vernetzung der international aktiven klimapolitischen Umweltszene bei den UN-Verhandlungsprozessen wurde durch die neu gegründete Struktur *Climate Justice Now!* (CJN!) unterlaufen.

Signifikante Unterschiede bei Forderungen und Politikverständnis unter der Vielzahl von NGOs und sozialen Bewegungen wurden somit erstmals durch einen neuen Akteur auf dem Terrain der internationalen Klimapolitik sichtbar. Ganz ohne bissige Kritik verlief das Schisma nicht: *„The Climate Action Network or CAN increasingly becomes a rest-stop for NGO-reps en route to climate market finance and consulting jobs"*, polemisierte ein Blogger während des Bali-Gipfels. (2)

Die Spaltung kam nicht von ungefähr. Im Jahr 1989 hatten sich umwelt- und entwicklungspolitische NGOs, die mit Beobachterstatus bei den UN-Klimaverhandlungen akkreditiert waren, zum *Climate Action Network* zusammen geschlossen, um ihr Gewicht in den Gesprächen zu erhöhen. Zentrale Player im CAN sind zum Beispiel der US-amerikanische *Sierra Club* oder finanzkräftige transnationale NGOs wie *WWF* und *Greenpeace*. Der Großteil der hier versammelten NGOs unterstützt den offiziellen Verhandlungsmarathon, sieht das Kyoto-Protokoll als alternativloses internationales Vertragswerk an und in den marktbasierten Instrumenten (Emissionshandel, Clean Development Mechanism, Joint Implementation) wichtige Bausteine zum Klimaschutz. (3) Expertise und Lobbying sind die Hauptaktivität dieses Netzwerks.

Bereits seit Langem hatten insbesondere Süd-NGOs innerhalb des CAN Fragen von sozialer Gerechtigkeit wesentlich stärker betont als die großen NGO-Tanker aus dem Norden, die sich und das Netzwerk vor allem umweltpolitisch positionierten.
Eine kritische Begleitung der Verhandlungen aber reichte vielen NGOs und sozialen Bewegungen aus dem Süden nicht mehr. Verantwortlich dafür waren mehrere Gründe: die Folgen der Klimakatastrophe wurden in den vergangenen Jahren im Süden immer gravierender, so dass der Handlungsdruck stieg; die herrschende Bearbeitung des Klimawandels durch die Implementierung des Kyoto-Protokolls, insbesondere der Clean Development Mechanism (CDM), die seinerseits soziale Verwerfungen erzeugte; und der neue Verhandlungsprozess um die zweite Implementierungsphase des Kyoto-Protokolls, der zusätzliche Bürden für den Süden zu bringen droht, andererseits aber auch Interventionsmöglichkeiten bietet. Zudem setzte aber auch die Stagnation verschiedener bilateraler und multilateraler Freihandelsvertragsverhandlungen wie die der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) Energien bei einigen Organisationen frei, um sich neuen, bis dato außer Acht gelassenen Politikfeldern zu widmen.

Klimagerechtigkeit vs. Kyoto-Protokoll

So wurden unter anderem die asiatische NGO *Focus on the Global South* (www.focusweb.org) und der globale Kleinbauerverband *Via Campesina* (http://viacampesina.org), den Walden Bello emphatisch als Ausdruck des Entstehens einer ersten „Klasse für sich" der Globalisierungsära bezeichnete, zu treibenden Kräften von *Climate Justice Now!*.

Insgesamt ist die Überschneidung der Mitgliedschaft der CJN!-Koalition mit dem globalen Anti-Freihandelsnetzwerks *Our-World Is Not for Sale* (OWINFS, www.ourworldisnotforsale.org) groß. Dieses spielte eine wichtige Rolle bei der Vernetzung der Kämpfe gegen Handelsliberalisierungen und ging aus der Protestbewegung gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) der OECD in den Jahren 1997/98 hervor. Formen der Bündnisarbeit, Auseinandersetzungen und Inhalte der globalisierungskritischen Phase der globalen sozialen Bewegungen wurden somit auf das klimapolitische Terrain übertragen bzw. dieses mit den Kämpfen gegen die neoliberale Globalisierung verknüpft.

Mit *Climate Justice Now!* scheint sich eine bisher hier und da vereinzelt am UNFCCC-Prozess und an Kyoto geäußerte Kritik (4) zu einer programmatischen Alternative zu verdichten, die zudem von einer breiten sozialen Basis vor allem im Süden getragen wird. Zu dieser gehören insbesondere auch indigene Gruppen. Deren zunehmende Vernetzung und politische Organisierung wurde beim WSF in Belém in Amazonien mit seinem Fokus auf die globale Biokrise (d.h. der Komplex aus Klimakatastrophe, Verlust von Biodiversität, Erosion fruchtbarer Böden etc.) demonstrativ sichtbar. Sie sind auch deshalb von Bedeutung, weil die von indigenen sozialen Bewegungen getragene bolivianische Regierung auf staatlicher Ebene Positionen artikuliert, die denen von CJN! ähneln.

Noch ist das Feld internationaler Klimapolitik nicht so politisiert, wie es das neoliberale Regime von Internationalem Währungsfonds (IWF),Weltbank (WB) und später WTO durch die Proteste in Seattle im Jahr 1999 wurde. Statt Umwelt- und Klimapoli-

tik durch die Linse antagonistischer Auseinandersetzungen zwischen sozialen Gruppen zu sehen und dementsprechend zu organisieren, steckt sie aufgrund des Diskurses vieler etablierter Umwelt-NGOs in der kosmopolitischen Falle eines angenommenen globalen, letztlich vorpolitischen Allgemeininteresses bei der Bewältigung des Klimawandels.

Demokratisch kontrollierter Energiesektor

Wie der Name des Netzwerks schon besagt, steht die Forderung nach sozial-ökologischer Gerechtigkeit im Zentrum der Politik von CJN!. Damit wird eine Abkehr von einer vor allem technisch-umweltpolitischen Bearbeitung der Klimakatastrophe vollzogen, hin zu einer Politik der sozialen Kämpfe um Rechte. Es geht nicht darum „die Erde“ als imaginäre kosmopolitische Gemeinschaft aller zu retten, sondern die konkreten Lebensinteressen der marginalisierten Gruppen gegen die Produktions- und (Über-)Konsumtionsweisen der herrschenden Klassen im Norden, aber auch des Südens durchzusetzen. Dem UNFCCC/Kyoto-Prozess soll eine „radikal neue Agenda“ entgegengesetzt werden. Diese Position übersetzt sich in einen Forderungskatalog (5), der unter anderem auf die demokratische Kontrolle eines Energiesektors und auf erneuerbare Energien in öffentlichen Händen zielt. Darüber hinaus auf die lokale demokratische Kontrolle von Ressourcen wie Wasser, Land, Wälder und auf Ernährungssouveränität. (6)

Statt einer Freihandelspolitik zugunsten exportorientierter Unternehmen, steht eine Re-Lokalisierung von Produktion und Konsum auf der Agenda. Die Forderung nach Reparationen angesichts der historischen „CO2-Schuld“ des Nordens für den Klimawandel ist ein weiteres Element im Klimagerechtigkeitsdiskurs, das Gruppen aus dem Süden nachdrücklich betonen. (7)

Das vorrangige Mittel, um den Klimawandel zu verhindern, ist für das CJN!-Netzwerk das Belassen der fossilen Ressourcen im Boden. Diese Forderung ist ein Gegenkonzept zu den marktbasierten Instrumenten des Kyoto-Protokolls (8), die bisher dabei versagt haben, die Treibhausgas-Emissionen tatsächlich zu minimieren. Als „end of pipe“-Mechanismen regulieren sie CO2-Emissionen de facto in Richtung von mehr Energieeffizienz und tragen so zur Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit von Nationalökonomien bei, ohne tatsächlich das entscheidende Problem zu lösen, nämlich die absolute Höhe von CO2-Emissionen dauerhaft zu minimieren.

Re-Lokalisierung von Produktion und Konsum

Im Fokus der Kritik stehen allerdings nicht nur das Programm, sondern ebenso der Prozess der Verhandlungen im Rahmen der UNFCCC und die zweite Implementierungsphase des Kyoto-Protokolls. Für die *Climate-Justice-Now!*-Koalition ist das Scheitern der bisherigen internationalen Klimapolitik kein Zufall: „*Die Klimaverhandlungen sind vollkommen von Markt-Ideologien infiltriert und die UNFCCC-Verhandlungen wirken inzwischen wie Industrie-Messen, auf denen Investitionsmöglichkeiten feilgeboten werden*.“
In Bali machte *Via Campesina* die Erfahrung, dass sie jenseits ihrer mobilisierten AktivistInnen nur mit drei bezahlten hauptamtlichen Personen vor Ort war, während die *International Emissions Trading Association* (IETA) (9) mit über 300 spezialisierten LobbyistInnen im Konferenzzentrum aktiv war.
In Poznan hatten sich insgesamt 1.500 IndustrielobbyistInnen entweder als NGOs oder als Mitglieder von Regierungsdelegationen akkreditiert.
Trotzdem stellt CJN! die Legitimität der UNFCCC, anders als bei der WB oder dem IWF, nicht direkt und insgesamt infrage. Dennoch wird der Prozess als undemokratisch angeprangert.

Den Kopenhagen-Gipfel im Dezember 2009 möchte CJN! als Sprungbrett nutzen, um die Forderungen nach einer „radikal neuen Agenda“, nach Klimagerechtigkeit und einer demokratischen Form nationaler und internationalen Klima- und Energiepolitik in der Öffentlichkeit zu etablieren. Die Frontstellung ist dabei eine doppelte: gegen die Herren der fossilistischen Produktionsweise und gegen die VertreterInnen der marktbasierten „falschen Lösungen“ („false solutions“). Zu diesem Zweck werden Allianzen mit lokalen aktivistischen Netzwerken geschmiedet.

Kurz vor dem *Europäischen Sozialforum* im schwedischen Malmö trafen sich in Kopenhagen mit Hinblick auf die dortigen UNFCCC COP15- Verhandlungen im Dezember einige NGOs aus dem CJN!-Netzwerk und aktivistische Gruppen, vor allem aus Dänemark, Großbritannien und Deutschland, zu einem ersten Gipfelprotest-vorbereitungstreffen.
(www.climateaction09.org)
Auch wenn die Hintergründe und Positionen der einzelnen Akteure breit gestreut sind, konnte sich auf das gemeinsame Ziel geeinigt werden, der real existierenden Umweltpolitik im UN-Prozess eine Klimagerechtigkeitsagenda entgegen zu setzen.
Die Mittel der Wahl: eine Mobilisierung zu Straßenprotesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams. Letztere werden von einigen eher professionalisierteren Akteuren im Rahmen einer „inside-outside“-Taktik, wie sie das OWINFS-Netzwerk bei zahlreichen internationalen Verhandlungen erprobt hat, begrüßt. D.h. dass sich Straßenproteste und Lobbypolitik im Konferenzgebäude nach der jeweils eigenen Logik entfalten, aber auch miteinander verknüpft werden sollen. Zur Rolle der Lobbypolitik bei der COP15 erklärte der Campaigner Joseph Zacune von *Friends of the Earth International* bei einem Workshop während des *Weltsozialforums* in Belém nüchtern: *„Wir werden vor Ort sein, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Das ist alles. Ein gutes Abkommen ist nicht zu erwarten.*“

Die Diskussionen im Kopenhagen-Prozess zirkeln bis heute kontrovers um die taktische Frage des Aktionskonzepts. Die Antworten fallen je nach Positionierung bezüglich der Legitimität des UNFCCC-Prozesses und Interpretation des Charakters des Verhandlungsgegenstandes unterschiedlich aus. In einem deutschsprachigen Debattenpapier heißt es: *„Ein Teil erkennt in den Gipfeln den Legitimierungsversuch eines globalen Herrschaftssystems, welches für den Klimawandel verantwortlich ist. Andere wollen angesichts mangelnder Alternativen und angesichts der Notwendigkeit, sofortige Änderungen zu erreichen, durch direkten Druck auf den Verhandlungsprozess die Beteiligten dazu zu zwingen, zu besseren Ergebnissen zu kommen. Mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung stehen wir vor dem Dilemma, von GipfelteilnehmerInnen vereinnahmt zu werden (‚Da draußen stehen Tausende Menschen und verlangen von uns, dass wir uns endlich einigen‘) und uns als radikale Minderheit isolieren zu lassen.“*
Sehr früh in die Diskussion eingebracht wurde die Idee, quasi analog zu den Protesten gegen die Ministerkonferenz der WTO in Seattle im Jahr 1999 zu versuchen, die Verhandlungen zu blockieren („Shut down Copenhagen!“). Damit sollen eine antagonistische Position und neue Inhalte provokant platziert werden. Vor genau zehn Jahren brachten die Aktionen in den Straßen der US-Pazifikstadt den altermondialistische Diskurs gegen die neoliberale Form der Globalisierung an das Licht der Weltöffentlichkeit.

Mobilisierungskonzept „New Space“

2009 hätte es das Konzept von „Climate Justice“ und einer entsprechenden Bewegung für Klimagerechtigkeit sein können. Diese Option wurde verworfen. Angesichts dessen, dass eine große Mobilisierung nach Kopenhagen zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar ist, ist das vielleicht keine falsche Entscheidung. Denn jenseits von Dänemark selbst und gegebenenfalls Großbritannien ist das Potenzial für breite Proteste in Europa noch nicht hoch. Im deutschsprachigen

Aufruf heißt es jedoch: „Wir rufen dazu auf, den UN-Gipfel massiv zu stören!“ (http://klima.blogsport.de) Ob diese Ankündigung dem beim internationalen Vorbereitungstreffen im März unter dem Arbeitstitel „new space“ entwickelten Kompromissvorschlag entsprechen kann, ist noch unklar. Viel versprechend erscheint zunächst einmal die Idee, dass sich AktivistInnen von „außen“ mit kritischen AkteurInnen des Innenbereichs des Tagungszentrums an den Absperrungen der „Roten Zone“ treffen, um einen „neuen Raum“ für eine Agenda der Klimagerechtigkeit zu kreieren.
Ein solches Öffnen des hermetisch abgeriegelten Konferenzraums wäre sicherlich nicht ohne Konflikte mit den Sicherheitskräften zu haben.

Ob die COP15 in Dänemark eine Wasserscheide sowohl für die offizielle Klimapolitik als auch für eine Bewegung für ein „ganz anderes Klima“ sein wird, ist noch nicht ausgemacht. Möglicherweise bedarf es für Letztere erst eine weitere reale Verschärfung und symbolische Zuspitzung der Biokrise. Denn trotz der zahlreichen Alltagskämpfe um Überlebensmöglichkeiten im Süden im Angesicht der Klima- und Energiekrise, richtet sich die hegemoniale Klimapolitik bisher auf die kapitalistische Internalisierung, d.h. Inwertsetzung der Widersprüche der Biokrise. Wie sagte ein leitendes Mitglied der Einrichtung Deutsche Bank Research kürzlich? *„Unser Ziel ist es, daß weltweit jede einzelne Transaktion eines Emissionszertifikats über unsere Bank läuft. Und dabei möchten wir einen Obolus verdienen.“*

Anmerkungen:

1 Susanne Dröge/Oliver Geden: Weitreichende Grundsatzentscheidungen für eine integrierte Energie- und Klimapolitik. In: Daniela Kietz/Volker Perthes (Hg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft. Berlin 2007, *Stiftung Wissenschaft und Politik*, S. 50

2 Siehe http://climatejustice.blogspot.com

3 Achim Brunnengräber et. al.: Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik, Münster 2008, S. 104

4 Zum Beispiel durch die Durban Group (www.carbontradewatch.org/durban)

5 Siehe u.a. die CJN!-Erklärung „Radical new agenda needed to achieve climate justice“ (www.tni.org/detail_page.phtml?act_id=19013) zur COP14 in Poznan, Übersetzung in diesem SiG-Heft.

6 „Ernährungssouveränität“ ist das programmatische Schlüsselkonzept von *Via Campesina*. Siehe u.a.: Astrid Engel: Ernährungssouveränität. Via Campesina fordert „Brot, Land und Freiheit“. In: Aktionsbündnis Globale Landwirtschaft (Hg.): Widerstand ist Fruchtbar. Analysen und Perspektiven für eine Nicht-Kapitalistische Landwirtschaft. Reader zum G8-Gipfel 2007. Unter: www.gentechnikfreies-brandenburg.de/extras/g8_lawi_reader.pdf

7 Siehe exemplarisch: Campaign for the Recognition and claim for the ecological debt, www.ecologicaldebt.org

8 CJN! nennt Emissionshandelssysteme, Clean Development Mechanism und Joint Implementation

9 Mehr Infos über die IETA unter www.ieta.org

Bündnis Climate Justice Now! Notwendigkeit einer radikalen neuen Agenda für Klimagerechtigkeit

„Wir können den Klimawandel nicht aufhalten, wenn wir die neoliberale Wirtschaftsordnung und die Macht der Konzerne, die eine nachhaltige Gesellschaft verhindern, nicht verändern. Die Globalisierung der Konzerne muss gestoppt werden.“ Mitglieder von Climate Justice Now! – einem weltweiten Bündnis von mehr als 160 Organisationen – waren im Dezember 2008 in Posen, um die Entwicklungen bei den UN Klimaverhandlungen aus nächster Nähe zu verfolgen.

Die Dringlichkeit von Klimagerechtigkeit

Die historische Verantwortung für den überwiegenden Anteil an Treibhausgasemissionen liegt bei den Industrieländern des Nordens. Die Hauptverantwortung des Nordens zur Verringerung von Emissionen wurde zwar in der Konvention anerkannt, jedoch bedrohen seine Produktions- und Konsummuster weiterhin das Überleben der Menschheit und der Biodiversität. Es ist zwingend notwendig, dass der Norden schnellstmöglich den Weg hin zu einer emissionsarmen Wirtschaft einschlägt. Gleichzeitig müssen den Ländern des Südens Ressourcen und Technologien zugänglich gemacht werden, damit diese das schädliche kohlenstoffintensive Modell der Industrialisierung vermeiden können.

Wir glauben, dass jede “gemeinsame Vision” angesichts der Klimakrise mit der Frage der Klimagerechtigkeit und mit einem radikalen Umdenken bezüglich des vorherrschenden Entwicklungsmodells beginnen muss.

Indigene Völker, bäuerliche Gemeinschaften, Fischer und vor allem Frauen in diesen Gemeinschaften lebten über Jahrhunderte im Einklang mit der Erde. Sie sind nicht nur vom Klimawandel am stärksten betroffen, sondern auch von den falschen Lösungsansätzen wie Agrotreibstoffe, Megadämme, Gentechnik, Baumplantagen und Mechanismen zum Kohlenstoffausgleich. Nicht die marktbasierten, sondern ihre nachhaltigen Modelle zeigen die wirklichen Lösungen angesichts des Klimawandels.

UNFCCC in der Krise

Regierungen und internationale Institutionen müssen zugeben, dass der Kyoto Mechanismus mit seinem Ziel, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, gescheitert ist.

Die Grundsätze der UN Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change - UNFCCC) – gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung, Gerechtigkeit zwischen den Generationen und Verursacherprinzip – wurden zugunsten von Marktmechanismen unterlaufen. Die drei wichtigsten Säulen der Kyoto-Vereinbarung – Clean Development Mechanism, Joint Implementation und Emissionshandel – sind gänzlich ineffektiv, um Emissionen zu reduzieren. Trotzdem stehen sie im Mittelpunkt der Verhandlungen.

Kyoto basiert auf dem Emissionshandel. Dieser erlaubt den Ländern des Nordens wie gewohnt fortzufahren, indem sie für Projekte einer “sauberen Entwicklung” in Entwicklungs- und Schwellenländern zahlen. Dieses Schema beinhaltet die Absicht, dass Verschmutzer in ihren Heimatländern weniger Emissionen reduzieren müssen.

Clean Development Mechanism-Projekte sollen eigentlich zu einer „nachhaltigen Entwicklung“ beitragen, gleichwohl umfassen sie Infrastrukturprojekte wie große Staudämme oder Kohlekraftwerke und Baumplantagen in Monokultur. Diese Projekte reduzieren keineswegs die CO2-Emissionen. Sie beschleunigen hingegen die Privatisierung und die Vereinnahmung

der Natur durch Konzerne zu Lasten der lokalen Gemeinschaften und indigenen Völker.
Die in Posen diskutierten Vorschläge gehen in die gleiche Richtung.
Bei den laufenden Verhandlungen agieren die Industrieländer weiterhin einzig in ihrem Eigeninteresse. Sie nutzen all ihre Verhandlungstaktiken, um Verpflichtungen zur Minderung von CO2-Emissionen, zur Finanzierung von Anpassungs- und Reduktionsmaßnahmen im Süden und zum Technologietransfer zu verhindern.
Viele Regierungen aus Ländern des Südens suchen ihrerseits Wachstum um jeden Preis und sind dafür bereit, die Rechte ihrer Bevölkerungen und ihre Ressourcen zu verscherbeln. Wir möchten sie daran erinnern, dass ein Klimaabkommen kein Handelsabkommen ist.

Die wichtigsten Protagonisten für eine Klimastabilität – indigene Völker, Frauen, Bauern, Fischer, Gemeinschaften in Wäldern, junge, ausgegrenzte und betroffene Menschen im Norden und im Süden – werden systematisch ausgeschlossen. Trotz wiederholter Anfragen werden indigene Völker nicht als offizielle Verhandlungspartei anerkannt. Genauso wenig werden die Stimmen der Frauen gehört, auch Geschlechterfragen spielen im Prozess keine Rolle.
Zur gleichen Zeit umkreisen private Investoren die Gespräche wie Geier, bereit jede Chance zu nutzen, die Gewinne verspricht. Unternehmen und Lobbyisten von Konzernen haben ihren Einfluss ausgeweitet und beanspruchten die Konferenzräume in Posen für sich. Mindestens 1500 Industrielobbyisten waren entweder als NGO oder als Teilnehmer von Regierungsdelegationen präsent.

Das **REDD Programm** (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) könnte das größte Schlupfloch seit Beginn der Klimaverhandlungen schaffen. Es würde den Verschmutzern aus den Ländern des Nordens eine weitere Möglichkeit bieten, sich von ihren Verpflichtungen zur Emissionsminderung frei zukaufen. Der Erhalt der Biodiversität und die Rechte indigener Völker werden nicht erwähnt. Das Programm würde jedoch große Anreize für Länder bieten, ihre Wälder zu verkaufen, indigene Völker und Bauern zu vertreiben und Wälder in Baumplantagen unter Konzernkontrolle zu verwandeln. Plantagen sind keine Wälder. Privatisierung oder Enteignung durch REDD oder andere Mechanismen müssen gestoppt werden.

Die **Weltbank** versucht sich innerhalb des internationalen Klimaregimes eine Nische zu schaffen. Dies kann nicht akzeptiert werden, da die Bank weiterhin verschmutzende Industrien finanziert und die Abholzung vorantreibt, indem sie die Holzindustrie und Agrotreibstoffe fördert.
Der kürzlich von der Bank aufgelegte Climate Investment Fonds widerspricht Regierungsinitiativen in der UN und fördert dreckige Industrien wie beispielsweise Kohle. Entwicklungsländer werden hingegen in grundlegend ungleiche Geber-Empfänger-Beziehungen gedrängt.
Die Forest Carbon Partnership Facility der Weltbank soll mit Hilfe eines Wald-Kohlenstoff-Mechanismus REDD finanzieren, was den Interessen von privaten Unternehmen dient und den Weg zu einer Kommerzialisierung von Waldflächen eröffnet.

Diese Entwicklungen waren zu erwarten. Die Klimaverhandlungen sind von der Marktideologie durchdrungen, und die UNFCCC Verhandlungen sind nun wie Handelsmessen, auf denen Anlagemöglichkeiten feilgeboten werden.

Die wirklichen Lösungen

Die Lösungen für die Klimakrise werden nicht von den Industrieländern oder großen Unternehmen kommen. Effektive und dauerhafte Lösungen werden von denjenigen kommen, die auch bisher die Umwelt geschützt haben – indigene Völker, Frauen, Bauern, Fischer, Gemeinschaften in Wäldern, junge, ausgegrenzte und betroffene Menschen aus Ländern des Südens und des Nordens.

Diese Lösungen beinhalten:

- ein emissionsarmes Wirtschaftssystem ohne Rückgriffe auf Ausgleichsmechanismen oder falsche Lösungen wie beispielsweise Atomenergie oder "saubere Kohle" und gleichzeitiger Schutz der Personen, die von den Umwandlungen betroffen sind, insbesondere der Arbeiter
- die Beendigung der Förderung fossiler Brennstoffe
- die Nahrungs- und Energiesouveränität der Völker
- eine gemeinschaftliche Kontrolle über die Naturressourcen
- die Relokalisierung der Produktion und des Konsums mit Schwerpunkt auf lokalen Märkten
- die vollständige Anerkennung der Rechte von indigenen Völkern, bäuerlichen und lokalen Gemeinschaften
- demokratisch kontrollierte, saubere erneuerbare Energien
- den Erhalt von Ressourcen auf Basis von Rechten, die indigene Landrechte stärken und die Souveränität von Völkern und Volkseigentum von Energie, Wäldern, Saatgut, Land und Wasser fördern
- die Bekämpfung der Abholzung und ihrer Gründe
- die Einschränkung des exzessiven Konsums der Eliten im Norden und im Süden
- massive Investitionen in öffentlichen Transport
- die Gewährleistung von Geschlechtergerechtigkeit, indem die existierenden Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern anerkannt und Frauen bei den Entscheidungsfindungen einbezogen werden
- die Annullierung illegitimer Schuldenforderungen durch Regierungen des Nordens und internationale Finanzinstitute. Die Illegitimität dieser Schulden wird durch die viel größere historische, soziale und ökologische Schuld gegenüber den Völkern des Südens begründet.

>
Wir stehen am Scheideweg. Wir rufen zu einem radikalen Richtungswechsel auf: Klimagerechtigkeit und Völkerrechte müssen im Mittelpunkt dieser Verhandlungen stehen.

In Vorbereitung auf die COP 15 2009 in Kopenhagen und die Zeit danach wird das Bündnis Climate Justice Now! weiterhin die Regierungen beobachten und soziale Kräfte im Süden und im Norden mobilisieren, damit das Ziel der Klimagerechtigkeit erreicht wird.

1. Dezember 2008

Für weitere Informationen über CJN kontaktieren Sie Nicola Bullard unter n.bullard@focusweb.org oder Juana Camacho unter deuda@censat.org

www.tni.org/detail_page.phtml?act_id=19013
Übersetzung: Annette Heiss, coorditrad

Hinweis der SiG-Redaktion:

Erklärung vom 28.9.2009 von Attac Togo und vieler Organisationen des Südens aber auch von Klimax Copenhagen, Denmark, die sich in Bangkok zu einem Klimakongreß getroffen haben:

http://focusweb.org/statement-finance-for-socioeconomic-and-climate-justice.html?Itemid=1
Bericht über den Kongreß : http://www.cadtm.org/Bangkok-derniere-etape-avant

Arundhati Roy

Kampf um das Land in Indien

Rede zur Eröffnung des Internationalen Literaturfestivals in Berlin

Ich habe mein ganzes Leben in Indien verbracht, dem Land, das sich als die größte Demokratie der Welt vermarktet. Bitte sehen Sie mir nach, dass ich meine Kritik an der Demokratie daher heute aus dieser Perspektive vorbringen möchte.

Militäroperation gegen die Bewohner der Wälder Zentralindiens

Vor ein paar Wochen verkündete die indische Regierung, sie wolle 26.000 paramilitärische Sicherheitskräfte in den Kampf gegen maoistische ‚Terroristen' in den dichten, an Bodenschätzen reichen Wäldern Zentralindiens schicken. Die Armee ist seit Jahrzehnten bereits in den Bundesstaaten Nagaland, Manipur, Assam und Kaschmir stationiert, wo die Menschen um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Die offene Ankündigung der Militarisierung des indischen Kernlandes durch die Regierung bedeutet die offizielle Anerkennung des Bürgerkriegs.

Die Operation - und so werden Kriege heute ja genannt - soll im Oktober beginnen, wenn der Monsunregen endet, die Flüsse weniger reißend und das Terrain besser zugänglich sind. Die Bewohner der Wälder, darunter die Maoisten, die sich als im Krieg gegen den Staat Indien begreifen, sind Stammesvölker, die Ärmsten der Armen im Land. Sie leben dort seit Jahrhunderten, ohne Schulen, Krankenhäuser, Straßen, fließendes Wasser. Sie leben, und das ist ihr ebenso so altes ‚Vergehen', auf Land, das reich an Eisenerz, Bauxit, Uran und Zinn ist. Diese Rohstoffe sind es, an denen die großen Bergbauunternehmen Tata, Vedanta, Essar, Sterlite und andere, hochinteressiert sind. Die Regierung stehe, so der Premierminister in einer Erklärung, in der Pflicht, den Mineralienreichtum Indiens auszubeuten, um die boomende Wirtschaft anzukurbeln. Die Maoisten nennt er die ‘*größte interne Sicherheitsbedrohung Indiens'*. ‚*Ausrotten*' und ‚*vernichten*' sind die Begriffe, mit denen die Wirtschaft in diesem Zusammenhang operiert. Wie die Sicherheitskräfte in den Wäldern zwischen Maoisten, Sympathisanten und Unbeteiligten unterscheiden sollen, weiß jedoch niemand.

Interessanterweise blockierte – unter anderem - Indien einen europäischen Antrag bei den Vereinten Nationen, die im Rahmen der jüngsten Offensive der Regierung Sri Lankas gegen die Tamil Tigers verübten Kriegsverbrechen zu untersuchen. Für die Regierungen Asiens ist Israels Blaupause in Gaza eine brauchbare Option im Umgang mit ‚Terroristen': Die Medien fernhalten, den Gegner umzingeln und töten. Zwischen ‚Terroristen' und ‚Unschuldigen' muss dann nicht länger differenziert werden und die Empörung der internationalen Gemeinschaft angesichts eines solchen Vorgehens wird sich schnell wieder legen.

Im nicht erklärten Bürgerkrieg niedriger Intensität [auf dem Subkontinent] mussten Hunderttausende in den vergangenen Jahren zusehen, wie ihre Dörfer zerstört und ihre Lebensmittelvorräte vernichtet wurden. Viele von ihnen flohen in die Städte, wo sie als ungelernte Arbeiter zu Hungerlöhnen ausgebeutet werden. Die übrigen leben versteckt in den Wäldern, ernähren sich von Gras und Wildfrüchten und hoffen, dem Hungertod zu entgehen.

Nun haben die Vorbereitungen für den richtigen, den offiziellen Krieg, begonnen, in dem Bodenstreitkräfte, Kampfhubschrauber und Satellitenkarten eingesetzt werden sollen. Das militärische Hauptquartier befindet sich in Raipur, der Hauptstadt von Chhattisgarh. Der Wald wurde abgeriegelt, Journalisten haben nur eingeschränkt Zugang in die Zone. Neue Gesetze kriminalisieren jegliche - auch friedliche - Opposition. Zahlreiche Menschen sind bereits in Haft. Die Freilassung gegen Kaution ist nicht möglich.

Wenn es uns nicht gelingt, ihn zu stoppen, werden im Oktoberkrieg zwei unterschiedliche Arten von Krieg konvergieren, die seit Jahrzehnten in Indien geführt werden: der ‘Antiterrorkrieg' der indischen Armee gegen die Völker von Kaschmir, Nagaland und Manipur und der Krieg um Rohstoffe und natürliche Ressourcen, ein Prozess, der auch gern als ‚Fortschritt' bezeichnet wird.

Genozid

(…) Die Geschichte des Genozids lehrt uns, dass dieser nicht Irrung, Anomalie oder Panne im menschlichen System ist. Er ist eine Gewohnheit und so alt und beständig Teil der conditio humana, wie Liebe, Kunst und Landwirtschaft. Die meisten Völkermorde seit dem 15. Jahrhundert waren Teil des europäischen Strebens nach dem, was der deutsche Geograph und Zoologe Friedrich Ratzel als Lebensraum bezeichnete. ‚Lebensraum' war das Wort, das er prägte, um den seiner Meinung nach dominanten natürlichen Impuls der Spezies Mensch nach Ausdehnung des eigenen Territoriums zu beschreiben. Bei diesem Streben ging es niemals nur um Land oder Raum sondern um Nahrung und Versorgung, kurz um Lebenserhalt. 1901 wurde das Wort Lebensraum zum ersten Mal in diesem Zusammenhang verwendet. Doch Europa begann die Suche nach Lebensraum bereits vierhundert Jahre zuvor, als Columbus Amerika erreichte.

Sven Lindqvist schreibt in seinem Buch *Exterminate All the Brutes*, dass Hitlers Streben nach Lebensraum in einer Welt, die andere europäische Länder bereits unter sich aufgeteilt hatten, die Nazis nach Osteuropa und weiter nach Russland trieb. Dabei standen die osteuropäischen und westrussischen Juden Hitlers kolonialem Ehrgeiz im Weg und mussten, wie zuvor die indigenen Völker Afrikas, Amerikas und Asiens, versklavt oder liquidiert werden. Die rassistische Enthumanisierung der Juden, erklärt der Autor, sei nicht als Ausbruch eines bösartigen Wahnsinns zu erklären. Sie ist vielmehr - und einmal mehr - das Produkt der uns vertrauten Kombination aus ökonomischem Determinismus und wohl konserviertem Rassismus, und steht damit ganz und gar in der europäischen Tradition jener Zeit.

Angesichts dieser Interpretation der Geschichte kann die besorgte Frage nicht ausbleiben, ob ein an der Schwelle des “Fortschritts” stehendes Land wie Indien sich nicht auch an der Schwelle des Genozids befindet. Ist die weltweit als Wunder des Fortschritts und der Demokratie gefeierte Nation gar in einem Prozess der Selbstkolonialisierung verhaftet und droht ihr in naher Zukunft vielleicht ein Genozid? Die Frage an sich mag exotisch klingen, und aktuell ist die Verwendung des Wortes Genozid tatsächlich nicht gerechtfertigt. Doch am Ende werden die Zaren der Entwicklung, wenn sie an ihre eigene Propaganda glauben und überzeugt sind, dass es zu dem von ihnen gewählten Modell des Fortschritts ‚keine Alternative' gibt, töten müssen. Und sie werden viele töten müssen, um ihre Ziele durchzusetzen.

Der Blick auf die Karte zeigt: Die indischen Waldgebiete, die mineralienreichen Zonen des Landes und die Heimat der Adivasi decken sich. Diejenigen, die wir arm nennen, sind die eigentlich Reichen im Land. Je fester globale Konzerne und die Wirtschaft unser Leben und unsere Fantasie im Griff haben, desto enger schließen sich die Profiteure zusammen. Aus kosmischer Höhe zeigen ihre Satellitenbilder die Wälder und Flusstäler, wo die Armen leben. Sie blicken herab und sehen ‚überflüssige' Menschen die auf wertvollen Ressourcen sitzen. Irritiert (und verärgert) fragen sie sich: Was macht unser Wasser in ihren Flüssen, was macht unser Bauxit in ihren Bergen, was macht unser Eisenerz in ihren Wäldern? Die

Nazis prägten einen Begriff dafür: Sie sprachen von überzähligen Essern.

„Der Kampf um den Lebensraum", schrieb Friedrich Ratzel mit Blick auf den Kampf zwischen den indigenen Völkern und ihren europäischen Kolonialherren in Nordamerika, *„ist ein Vernichtungskampf".*
Vernichtung meint dabei nicht notwendigerweise die physische Auslöschung von Menschen – durch Niederknüppeln, Schlagen, Verbrennen, Bajonette, Vergasung, Zerbomben oder Erschießen. (Wobei natürlich Menschen auch physisch bekämpft werden - insbesondere, wenn sie versuchen, Widerstand zu leisten. Dann aber nennt man sie ‚Terroristen'.)
Historisch betrachtet ist die effizienteste Form des Völkermords die Vertreibung von Menschen, die man in Lager sperrt und denen man den Zugang zu Nahrung und Wasser verweigert. Sie sterben ohne offensichtliche Gewalteinwirkung, oft in noch größerer Zahl als durch direkte Gewalt. Auf diese Weise löschte der deutsche General Adolf Leberecht von Trotha im Oktober 1904 die Herero in Südwestafrika aus. *„Die Nazis zwangen die Juden, sich einen Stern auf den Mantel zu nähen, und trieben sie in ‘Reservaten' zusammen",* schreibt Sven Lindqvist, *„nicht anders, als man es mit den indigenen Völkern, den Hereros, den Buschmännern, den Amandebele und allen anderen Kindern der Sterne gemacht hatte. Zusammengesperrt starben sie von allein, als man die Lebensmittelzufuhr der Reservate kappte."* Amartya Sen erinnert daran, dass Hungersnöte in einer Demokratie unwahrscheinlich sind. Die Große Hungersnot Chinas wurde durch die Große Unterernährung Indiens abgelöst. (In Indien leben 57 Millionen unterernährte Kinder. Das ist über ein Drittel aller unterernährten Kinder der Welt.)

Ein Teil des hochwertigsten Eisenerzes der Welt findet sich im Bezirk Dantewara im indischen Bundesstaat Chhattisgarh, wo 644 Dörfer evakuiert und 50.000 Menschen in Polizeilager gezwungen wurden. Die jüngeren unter ihnen versorgte man mit Waffen und bildete sie für eine Miliz namens Salwa Judum aus. Die übrigen 300.000 Dorfbewohner verschwanden vom Radar der Regierung. Keiner weiß, wo sie sind und wie sie überleben. Die Polizei bezeichnet alle, die nicht in den Lagern leben, als Maoisten oder maoistische Sympathisanten, womit sie zu legitimen Zielen der berüchtigten ‚Tötung im Gefecht' in Indien geworden sind. Die Sicherheitskräfte sind in Stellung gebracht. Sie warten nur noch, bis der Regen aufhört. Doch schon erreichen uns Tag für Tag Nachrichten, die zeigen, dass das Töten und Sterben und natürlich die Vergewaltigungen der Frauen als unvermeidlicher Aspekt der Militarisierung, bereits begonnen haben.

Wie konnte es dazu kommen?

(…) Nur wenige Monaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Mauerfall vollzog die indische Regierung, einst an der Spitze der Bewegung der Blockfreien, eine drastische Kehrtwende und verbündete sich mit den Vereinigten Staaten, dem Herrscher der neuen, unipolaren Welt. Über Nacht galten in Indien andere Spielregeln. Millionen Menschen in abgelegenen Dörfern und tief im Herzen unberührter Wälder, von denen manche noch nie von Berlin oder der Sowjetunion gehört hatten, hätten sich nie träumen lassen, wie sehr die Ereignisse in weiter Ferne ihr Leben beeinflussen würden. Die indische Wirtschaft öffnete sich dem internationalen Kapital. Gesetze zum Schutz der Arbeiter wurden abgeschafft. Die Ära der Privatisierung und der Strukturanpassung begann.

Heute stehen die Begriffe ‚Fortschritt' und ‚Entwicklung' für eine ‚Wirtschaftsreform', die Deregulierung und Privatisierung bedeutet. ‚Freiheit' meint ‚Auswahl', und es geht nicht mehr um den menschlichen Geist, sondern um verschiedene Deodorantmarken. Der ‚Markt' ist nicht länger ein Ort, den man aufsucht, um sich mit Vorräten zu versorgen, sondern ein entterritorialisierter Raum, in dem gesichtslose Unternehmen Geschäfte machen und, unter anderem, ‚Futures' kaufen und verkaufen. ‚Gerechtigkeit' meint ‚Menschenrechte' (von denen, so sagt man, ‚ein paar reichen').
Dieser Diebstahl der Sprache, diese Usurpation von Worten, die wie Waffen eingesetzt werden, um Absichten zu verschleiern und die jetzt genau das Gegenteil von dem bedeuten, was sie einst besagten, ist einer der brillantesten strategischen Siege in diesem neuen System. Die Kritiker werden marginalisiert, indem man ihnen die Sprache nimmt, mit der sie Zweifel vorbringen könnten. Man diskreditiert sie als ‚Feinde des Fortschritts', ‚Gegner der Entwicklung', ‚Anti-Reformer' und natürlich ‚Feinde der Nation'. Man erklärt sie zu Verweigerern der übelsten Sorte. Wer über die Rettung der Flüsse oder den Schutz der Wälder spricht, dem hält man entgegen: ‚Glaubst du denn nicht an den Fortschritt?' Menschen, deren Land durch Staudammbau geflutet oder deren Häuser von Bulldozern niedergewalzt werden, konfrontiert man mit der Frage: ‚Hast du denn ein alternatives Entwicklungsmodell?' Denjenigen, die glauben, dass eine Regierung Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit garantieren muss, müssen sich den Vorwurf anhören: ‚Du bist wohl gegen den Markt!' Und welcher vernünftige Mensch könnte wohl gegen den Markt sein?

Wir, die Schriftsteller, versuchen immer wieder, die Distanz zwischen Gedanken und Ausdruck zu verringern und unseren innersten, profundesten Überlegungen Form zu verleihen. In der neuen Sprache der Entwicklung geschieht genau das Gegenteil. Hier geht es um das Verschleiern, um das Verbergen der wahren Absichten.
Dieser Raub der Sprache erweist sich als Eckpfeiler des Versuchs, die Dinge auf den Kopf zu stellen.

Zwanzig Jahre dieser Art des ‚Fortschritts' in Indien haben zur Herausbildung einer **breiten Mittelschicht** geführt, die trunken ist vom raschen Wohlstand und vom Respekt, der ihr plötzlich entgegen gebracht wird. Gleichzeitig ist **eine wesentlich größere, verzweifelte Unterschicht entstanden.** Millionen Menschen wurden durch Überschwemmungen, Dürrekatastrophen und Verwüstung in Folge massiver Eingriffe in die Umwelt – riesige Infrastrukturprojekte, Staudämme, Minen und Sonderwirtschaftszonen – besitz- und obdachlos. Die angeblich im Interesse der Armen ergriffenen Maßnahmen dienen in Wirklichkeit nur den immer größer werdenden Bedürfnissen der neuen Aristokratie.

Im Zentrum der indischen Debatte über ‚Entwicklung' steht der **Kampf um das Land.** Der ehemalige Finanzminister P. Chidambaram stellt sich vor, dass 85 Prozent der Bevölkerung in Städten leben soll. Die Verwirklichung der ‚Vision', die er der Öffentlichkeit im vergangenen Jahr präsentierte, erfordert soziales Engineering in unvorstellbarem Ausmaß: Fünfhundert Millionen Menschen müssen überzeugt oder gezwungen werden, vom Land in die Städte zu migrieren. Diesen Prozess kann Indien nur als Polizeistaat umsetzen: Menschen, die sich weigern, ihr Land aufzugeben, werden mit Waffengewalt vertrieben. Chidambarams ‚Vision', die im Grunde ein Albtraum ist, impliziert die Räumung riesiger Landstriche und die Übergabe aller natürlichen Ressourcen Indiens an die Konzerne.

Schon jetzt verwüsten marodierende Multis die Wälder, Berge und Gewässer mit Hilfe eines Staates, der jegliche soziale Bindung aufgegeben und sich dem ‚Ökozid' verschrieben hat. Im Osten des Landes werden komplette Ökosysteme durch den Abbau von Bauxit und Eisenerz zerstört. Fruchtbarer Boden wird zur Wüste. Im Himalaya sind hunderte Mega-Staudämme geplant. Mit katastrophalen Konsequenzen. In den Ebenen werden unter dem Vorwand des Hochwasserschutzes die Flüsse kanalisiert. Dadurch heben sich die Flußbetten, die Flüsse führen mehr Wasser und treten wesentlich häufiger über die Ufer, als in der Vergangenheit. Der Salzgehalt der landwirtschaftlichen Böden steigt, und die Lebensgrundlage von Millionen Menschen wird vernichtet. Die meisten heiligen Ströme Indiens, darunter der Ganges und der Yamuna, sind zu ganz und gar nicht heiligen Senken geworden, in denen mehr Schmutz-

und industrielle Abwässer fließen, als Wasser. Kaum noch ein Fluss folgt seinem ursprünglichen Lauf und fließt ins Meer.

Nachhaltige Getreidesorten, die den lokalen Bodenbedingungen und dem jeweiligen Mikroklima angepasst sind, werden durch wasserzehrende Hybride und genetisch modifizierte Cash-Crops ersetzt. Diese steigern nicht nur extrem die Abhängigkeit von den Märkten, sondern benötigen auch riesige Mengen von chemischem Dünger, Pestizide, Bewässerungskanäle und Grundwasser.

Misshandlung und chemische Produkte laugen das Ackerland aus, bis dieses schließlich unfruchtbar wird. Die Kosten für die landwirtschaftliche Produktion steigen, und die Kleinbauern geraten in die Schuldenfalle. In den letzten Jahren haben über 180.000 indische Landwirte Selbstmord begangen. Während die mit langsam verrottenden Lebensmitteln gefüllten staatlichen Getreidesilos zu Bersten drohen, leidet das Land Hunger und Unterernährung. Die Lage ist mit der afrikanischen Subsahara-Region vergleichbar.

Eine alte Gesellschaft, die unter dem Gewicht von Feudalismus und Kastenwesen zu kollabieren begann, ist in den Strudel einer riesigen Maschinerie geraten. Angesichts der traditionellen, teils neu kalibrierten und zunehmenden Ungleichheit, droht die Gesellschaft auseinander zu brechen. Im Zerfallsprozess bildete sich eine dünne Schicht fetter Creme auf einer großen Menge dünnen Wassers. Die Creme sind die vielen Millionen Verbraucher auf dem indischen Markt, die Autos, Handys, Computer und Grußkarten zum Valentinstag kaufen und den Neid der internationalen Geschäftswelt hervorrufen. Das Wasser bleibt dagegen bedeutungslos. Gleichgültig, ob es herumschwappen darf oder in Rückhaltebecken gestaut wird: Am Ende wird es abfließen und zurück bleibt ausgetrockneter Boden.

Zumindest schien dies der Lauf der Dinge zu sein – bis der Krieg im indischen Kernland ausbrach und Chhattisgarh, Jharkhand, Orissa und Westbengalen erfasste.

Bharatya Janata Partei (BJP)

Doch kehren wir zurück ins Jahr 1989. Als wollte sie die Verbindung zwischen ‚Einheit' und ‚Fortschritt' illustrieren begann die rechtsgerichtete Bharatya Janata Partei (BJP) ihre massive Kampagne des **Hindu-Nationalismus (Hindutva)** just als die Regierung der Kongresspartei den indischen Markt für die internationale Finanzwelt öffnete.
Das Hindutva-Projekt ist weitgehend das Produkt der **Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS),** ideologischer Kern und Holding Company der BJP. Die RSS wurde 1925 gegründet und nach dem Muster des italienischen Faschismus gestaltet. Auch Hitler war, und ist, ihre Inspiration. So heißt es in M.S. Golwalkers RSS-‚Bibel' Wir, oder: Definition unserer Nation: „*Seit jenem schrecklichen Tag, als die Moslems Hindustan erreichten, bis heute, kämpfte die Hindu-Nation heldenhaft gegen diese Plünderer. Der Geist der Rasse ist erwacht.*"
Und weiter: „*Um die Reinheit der Rasse und Kultur zu wahren schockte Deutschland die Welt, indem es das Land von den semitischen Rassen säuberte – den Juden. Rassenstolz in höchstem Maß manifestierte sich hier ... eine gute Lektion für uns in Hindustan. Lernen und nutzen wir sie!*"
Die RSS hat heute über 45.000 *shakhas* (Abteilungen) und eine Armee von mehreren Millionen *swayamsevaks* (Freiwilligen), die ihre Lehre überall in Indien verbreiten. In ihren Reihen finden sich so prominente Mitglieder wie der ehemalige Premierminister Atal Bihari Vajpayee, der Oppositionsführer L. K. Advani und der dreimalige Ministerpräsident von Gujarat Narendra Modi. Zu ihren nicht offiziellen Anhängern zählen wichtige Vertreter der Medien, der Polizei, Armee, des Geheimdienstes, der Justiz und der Verwaltung.

Unterdrückung der Moslems

1990 reiste der Führer der BJP L.K. Advani durch das Land und schürte den Hass gegen Muslime. Er forderte den Abriss der Babri Masjid Moschee, die im 16. Jahrhundert an einer umstrittenen Stelle in Ayodhya gebaut worden war, und die Errichtung eines Ram Tempels am gleichen Standort. 1992 zerstörte ein von Advani angefeuerter Mob die Moschee. Anfang 1993 wütete ein weiterer Mob durch Mumbai, griff Muslime an und tötete fast eintausend Menschen. In einem Racheakt explodierten darauf mehrere Bomben in der Stadt. 250 Menschen starben. Die BJP profitierte von der Massenhysterie, die sie selbst provoziert hatte, und errang 1998 im Zentrum den Wahlsieg über die Kongresspartei.

Es ist kein Zufall, dass die Hindutva-Bewegung genau in dem historischen Augenblick stark wurde, in dem die USA ihren Erzfeind, den Kommunismus, durch den Islam ersetzte. Plötzlich waren die radikalen, islamistischen Mujaheddin, die Präsident Reagan noch im Weißen Haus empfangen und mit den Gründervätern Amerikas verglichen hatte, Terroristen. Im Ersten Golfkrieg 1990 wandelte sich die indische Regierung, einst treuer Freund der Palästinenser, zum ‚natürlichen Verbündeten' Israels. Mittlerweile führen Indien und Israel gemeinsame Militärmanöver durch, tauschen Geheimdiensterkenntnisse aus und korrespondieren vermutlich auch über die Frage, wie man besetzte Gebiete am besten verwaltet.

Natürlich stellte sich die frisch gewählte BJP loyal zum Freien Markt auf. Nur wenige Wochen nach der Regierungsübernahme praktizierte sie eine Reihe von Atomtests. Die nationalistische Triumphorgie, mit der diese begrüßt wurden, markiert den Beginn einer neuen, eiskalten Sprache der Aggression und des Hasses im öffentlichen Diskurs. Im Februar 2002, nach dem Brandanschlag auf einen Eisenbahnwaggon, in dem 58 von Ayodhya zurückkehrende hinduistische Pilger starben, setzte sich die BJP-Regierung in Gujarat unter der Führung von Ministerpräsident Narendra Modi an die Spitze eines sorgfältig geplanten Genozids an Muslimen im Bundesstaat. Die weltweit generierte Islamophobie nach dem 11. September 2001 beflügelte sie nachhaltig. Der Staatsapparat in Gujarat sah untätig zu, als mehr als zweitausend Menschen massakriert und über 150.000 Muslime aus ihren Häusern vertrieben wurden. Dies war ein Massaker - und ein Genozid. Und obwohl die Opferzahl im Vergleich zum Schrecken in Ruanda oder Kongo gering war, stellte das Gemetzel in Gujarat ein bewusstes, öffentliches Spektakel dar – mit unmissverständlicher Intention. Es war eine öffentliche Warnung der Regierung des demokratischen Lieblings der Welt an die muslimischen Landeskinder. Nach wie vor leben die Muslime in Gujarat in Ghettos, leiden unter dem sozialen und ökonomischen Boykott und haben keine Aussicht auf Gerechtigkeit. Die Mörder laufen weiter frei herum. Es sind angesehene Mitglieder der Gesellschaft.

Wahlkampf

Nach dem Blutbad drängte Narendra Modi in Gujarat zu Neuwahlen und wurde mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt. Fünf Jahre später konnte er seinen Erfolg wiederholen: Aktuell ist er in seiner dritten Legislaturperiode.
Im Januar 2009 lobten die Generaldirektoren zwei der größten indischen Unternehmen, Ratan Tata (als Teil der Tata Group) und Mukesh Ambani (Reliance Industries), in einem großen, öffentlichen Akt die Entwicklungspolitik Narendra Modis und empfahlen ihn nachdrücklich als künftigen Premierminister. Damit besiegelten sie das organische Bündnis zwischen 'Einheit' und ‚Fortschritt' bzw. zwischen Faschismus und dem freien Markt.

Die jüngsten Parlamentswahlen in Indien kosteten 2009 rund zwei Milliarden Dollar, weit mehr als die jüngste Präsidentschaftskampagne in den USA. Einige Medien berichteten sogar, es wären bis zu zehn Milliarden Dollar ausgegeben worden. Woher kommt dieses Geld, fragt man sich? Die Kongresspartei und ihr Bündnis der United Progressive Alliance (UPA) errangen eine komfortable Mehrheit, wogegen über neunzig Prozent der unabhängigen Kandidaten bei dieser Wahl zu den Verlie-

rern gehören. Kein Wunder: Sie können weder subventionierten Reis, noch freies Fernsehen oder Bargeld gegen Wählerstimmen versprechen oder die unwürdigen, vulgär-karitativen Akte vollziehen, zu denen Wahlen in unserer Zeit verkommen sind. Ein genauerer Blick auf das Wahlergebnis zeigt jedoch, dass Begriffe wie ‚komfortabel' oder ‚Mehrheit' täuschen bzw. schlichtweg falsch sind. So wurde die UPA beispielsweise von nur 10,3 Prozent der Bevölkerung des Landes gewählt. Ist es nicht interessant, wie die pfiffig gestaltete Arithmetik der Wahldemokratie eine winzige Minderheit zu einer haushohen Mehrheit machen kann?

Im Vorfeld der Wahlen herrschte weit über die Parteigrenzen hinaus Konsens über die Notwendigkeit von Wirtschafts'reformen'. Manch ein Beobachter empfahl gar sarkastisch, Kongress und BJP sollten doch eine Koalition eingehen. Ermutigt durch die 'konstruktive' Zusammenarbeit und den Parteienkonsens, engagierten sich die großen Konzerne begeistert für die Kampagne. Ihnen ist nicht entgangen, dass ein demokratisches Mandat die beste Chance für die Legitimierung ihrer Ausplünderung des Landes bietet. Zahlreiche Unternehmen sponserten massive Werbekampagnen im Fernsehen - teils unter Mitwirkung von Bollywood Filmstars - um die Inder - Alte wie Junge, Reiche und Arme - an die Wahlurnen zu locken.

(…) Zu Beginn des Wahlkampfes forderte der schreckliche neue Mann der BJP, Varun Gandhi (auch er aus dem Nehru-Klan), gegen den selbst Narendra Modi moderat erscheint, dass Muslime zwangssterilisiert werden sollten. *„Dies wird eine Bastion der Hindus sein. Kein **** Muslim soll es wagen, sich hier zu erheben*", sagte er, und wählte einen höchst diskriminierenden Begriff für eine beschnittene Person. *„Ich will keine einzige muslimische Stimme."* Varun Gandhi gewann die Wahl mit riesigem Vorsprung, was die Frage aufwirft, ‚ob das Volk immer Recht hat'.

Die ehrwürdigen Institutionen der indischen Demokratie - Justiz, Polizei, 'freie' Presse und, natürlich, Wahlen - sind längst kein System der gegenseitigen Kontrolle mehr. Ganz im Gegenteil. Die Gerichte stehen heute nahezu komplett im Dienst der Unternehmensinteressen. Die Medien finanzieren sich zu über neunzig Prozent aus Werbeeinnahmen. Die staatlichen Institutionen geben sich gegenseitig Deckung, um im ‚weiter reichenden' Interesse von Einheit und Fortschritt zu handeln. Dabei produzieren sie so viel Konfusion und Lärm, dass warnende Stimmen längst nicht mehr zu hören sind. Dies wiederum stärkt das Bild der toleranten, schwerfälligen, bunten und ein wenig chaotischen Demokratie. Das Chaos ist real. Ebenso wie der Konsens.

Kaschmir

Beim Stichwort Konsens kommt das ewige Thema Kaschmir in den Sinn. Hier ist der Konsens in Indien tief verankert und umfasst alle Teile des Establishments: Medien, Verwaltung, Intellektuelle und Bollywood. Meine Zeit reicht hier nicht, um die Geschichte der unendlichen Tragödie Kaschmirs zu erzählen. Doch kann ich nicht von Indien sprechen, ohne Kaschmir zu erwähnen. Dies wäre unverzeihlich und mir unmöglich.

Der Freiheitskampf Kaschmirs begann 1947, doch erst vor zwanzig Jahren, 1989, kam es zu einem bewaffneten Aufstand. Siebzigtausend Menschen ließen in diesem Konflikt bisher ihr Leben. Zehntausende wurden gefoltert, mehrere tausend Menschen 'verschwanden', Frauen wurden vergewaltigt, viele zu Witwen gemacht. Über eine halbe Million indische Soldaten sind im Kaschmir-Tal stationiert, womit die Region zur am stärksten militarisierten Zone der Welt geworden ist. (Die USA hatten zu Hochzeiten der Besatzung knapp 165.000 Soldaten im Irak.) Die indische Armee behauptet heute, sie habe den militärischen Widerstand in Kaschmir niedergeschlagen. Das mag stimmen. Bedeutet Militärherrschaft aber auch Sieg?

Kaschmir liegt, und hier stellt sich das Problem, an den Verwerfungslinien einer Region, die von Waffen überschwemmt wird und ins Chaos abzugleiten droht. Der Unabhängigkeitskrieg der Kaschmiri ist in den Strudel gefährlicher und miteinander im Konflikt stehender Ideologien geraten: indischer Nationalismus (ökonomischer und 'hinduistischer' Prägung mit imperialistischen Schattierungen), pakistanischer Nationalismus (der unter der Last der eigenen Widersprüche ächzt), (angesichts einer auftankenden Wirtschaft ungeduldig werdender) US-Imperialismus und die wiedererstarkenden, mittelalterlich-islamistischen Taliban (die trotz ihrer wahnsinnigen Brutalität schnell an Legitimität gewinnen, denn sie leisten, so versteht man es, Widerstand gegen die fremden Besatzer). Jede dieser Ideologien ist zu einer Skrupellosigkeit fähig, die von Genozid bis zum Atomkrieg reichen kann. Kombiniert mit den imperialistischen Ambitionen Chinas, der aggressiven Reinkarnation Russlands, den riesigen Erdgasvorkommen in der kaspischen Region und dem ständigen Verweis auf Erdgas-, Öl- und Uranreserven in Kaschmir und Ladakh ergibt dies das Rezept für einen neuen Kalten Krieg, der, wie schon der letzte, für manche durchaus ein heißer Krieg ist.

Kaschmir wird unvermeidlich der Kanal sein, durch den das sich in Afghanistan und Pakistan entwickelnde Chaos nach Indien hineinschwappen und in der Wut der jungen unter den 150 Millionen indischen Muslime niederschlagen wird, die unter Gewalt, Erniedrigung und Marginalisierung leiden. Ein Indiz dafür war die Anschlagsserie, die 2008 mit dem Terror von Mumbai ihren Höhepunkt erreichte.

Indiens - verzeihen Sie das Wortspiel - Schnellschuss, die mit Waffengewalt erzwungene Übergangslösung für Kaschmir, hat das Problem nachhaltig verschärft.

Vielleicht ist die Geschichte des Siachen Gletschers mit dem höchstgelegenen Schlachtfeld der Welt die passendste Metapher für den Wahnsinn unserer Zeit. Tausende von indischen und pakistanischen Soldaten sind hier stationiert und frieren bei eisigem Wind und Temperaturen von unter Minus vierzig Grad Celsius. Viele der Hunderte, die hier den Tod fanden, starben an der Kälte - an Erfrierungen und Sonnenbrand. Der Gletscher ist mittlerweile eine Müllkippe. Hier lagert Kriegsschrott: Tausende von leeren Giftgasgranaten, Brennstoffbehälter, Eispickel, alte Stiefel, Zelte und anderer Müll, generiert von Tausenden von Kämpfern. Der Abfall dort zerfällt nicht. Eisige Kälte lässt ihn intakt und macht ihn zu einem unverdorbenen Monument menschlichen Irrsinns. Während die Regierungen Indiens und Pakistans Milliarden Dollar für die Waffen und Logistik dieses Höhenkrieges ausgeben, beginnt das Schlachtfeld jedoch zu schmelzen. Heute ist es nur noch halb so groß, wie es einst war. Dies ist allerdings weniger die Folge der verfahrenen militärischen Lage, als Konsequenz des guten Lebens, das Menschen in großer Ferne, auf der anderen Seite der Erde, leben. Es sind gute Menschen, die an Frieden, freie Meinung und die Menschenrechte glauben. Sie leben in vitalen Demokratien. Ihre Regierungen sind im UN-Sicherheitsrat vertreten. Ihre Ökonomien sind vom Export von Kriegen und Waffenhandel mit Ländern wie Indien und Pakistan (und Ruanda, Sudan, Somalia, Republik Kongo, Irak, Afghanistan sowie anderen auf dieser langen Liste) abhängig. Die Gletscherschmelze wird auf dem Subkontinent zu massiven Überschwemmungen führen. Lange Dürrezeiten werden folgen und das Leben von Millionen Menschen beeinträchtigen. Für uns ist das ein weiterer Grund, zu kämpfen. (…)

Übersetzung aus dem Englischen: Lilian-Astrid Geese

http://www.zmag.de/nachrichten/das-schwindende-licht-der-demokratie-rede-zur-eroeffnung-des-internationalen-literaturfestivals-berlin-2009-von-arundhati-roy

Arundhati Roy zitiert das Buch von **Sven Lindqvist, Durch das Herz der Finsternis** – Ein Afrika-Reisender auf den Spuren des europäischen Völkermords, UT 227, 272 Seiten, EUR 9.90

Utsa Patnaik

Indien in der Globalisierungsfalle

Hunger und Armut: Die Auswirkungen neoliberaler Politik in Indien

Gekürzte Entwicklungsausgaben

Indien hat seit 1991 eine Wirtschaftspolitik betrieben, deren Auswirkung auf die Landwirtschaft besonders schwerwiegend war, da es eine einschneidende Kürzung staatlich geplanter Entwicklungsausgaben für ländliche Bereiche mit sich brachte, wozu traditionell Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Bewässerung und Hochwasserschutz gehören – unerlässlich für die Aufrechterhaltung der Produktion. Wir fügen noch die Aufwendungen für besondere Regionalprogramme sowie für die Dorf- und Kleinindustrie hinzu, um die gesamten »Ländlichen Entwicklungsausgaben« (LEA) zu definieren. Die Arbeitsplätze schaffenden Programme hatten seit der Dürre im Jahr 1987 besondere Bedeutung erlangt.

Während der siebten Planperiode von 1985 bis 1990, in der Zeit vor den Reformen, wurden 510 Milliarden Rupien (7,2 Milliarden Euro) bzw. beinahe vier Prozent des Nettosozialprodukts (NSP) für ländliche Entwicklung und 910 Milliarden (13 Milliarden Euro) oder mehr als sieben Prozent des NSP für die Infrastruktur ausgegeben. Mitte der 1990er Jahre waren die Ausgaben für ländliche Entwicklung auf 2,6 Prozent des NSP zurückgegangen, und zusammen mit der Infrastruktur waren es weniger als sieben Prozent im Vergleich zu elf Prozent während des siebten Planes. Weitere Kürzungen fanden statt, so daß im Zeitraum 2000/2001 der Anteil der Kosten unter diesen Rubriken auf 5,8 Prozent des NSP zurückgefahren und der Anteil der ländlichen Entwicklung halbiert worden war und nur noch 1,9 Prozent ausmachte.

Es gibt keine ökonomischen Gründe für den Glauben, daß »Kapitalinvestition der öffentlichen Hand die private Kapitalanlage verdrängt«, wie das übliche Argument für die Reduzierung der Rolle des Staates in der ländlichen Entwicklung lautet. Genau das Gegenteil hat sich bei bestimmten Anlageformen gezeigt, beispielsweise bei allen Arten von Bewässerungsprojekten, die für eine von Bewässerung abhängige Landwirtschaft wie die indische lebenswichtig sind. Eine private Investition in einen Rohrbrunnen lohnt nur, wo der Grundwasserspiegel wegen der Versickerung aus den vom Staat gebauten Kanalbewässerungssystemen hoch bleibt und wo mit staatlicher Hilfe die in die Gemeinde eingebundene Pflege und Erhaltung des Wassereinzugsgebietes (das Pflanzen von Bäumen und der Gebrauch von Rückhaltedämmen) gefördert wird. Der private Raubbau am Grundwasser hat in vielen Bundesstaaten Indiens einen kritischen Punkt erreicht, an dem der Grundwasserspiegel rapide sinkt und nicht einmal die reichsten Bauern an Wasser herankommen, nachdem sie massiv in Bohrbrunnen und Tauchpumpen investiert haben. (…).

Das Endergebnis dieser unklugen Kürzung öffentlicher Investitionen und der ländlichen Entwicklungsausgaben war eine Verlangsamung der Produktionssteigerung. Die Wachstumsraten sowohl des Nahrungsgetreides als auch anderer Kulturen haben sich in den 1990er Jahren verglichen mit den vor den Reformen liegenden 1980er Jahren fast halbiert, und beide sind unter die Wachstumsrate der Bevölkerung gesunken, obwohl sich diese auch verlangsamt hat.

Zunehmende Deindustrialisierung

Die Kürzung der staatlichen ländlichen Entwicklungsausgaben und die Beinahe-Halbierung der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung haben zusammen eine erhebliche Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Während der Periode der Wirtschaftsreformen wuchs die offene Arbeitslosigkeit rasch an, und zugleich sank die Zahl der Beschäftigungstage der Arbeiterschaft ab. Angesichts abnehmenden Wachstums der Ernteerträge war, selbst bei konstanten Arbeitskräftekoeffizienten (eingesetzte Arbeitstage pro Einheit des Ernteertrags), ein Abfallen des Beschäftigungswachstums um fast die Hälfte zu erwarten; aber die Verringerung von Arbeitsplätzen war noch größer, weil die Mechanisierung, insbesondere bei der Ernte, und die Anwendung chemischer Unkrautvernichtungsmittel, im Gegensatz zum Unkrautjäten von Hand, zu sinkenden Arbeitskräftekoeffizienten geführt hat. Zudem hat das Beschäftigungswachstum auf dem Lande außerhalb der Landwirtschaft, das durch die vergleichsweise hohen ländlichen Entwicklungsausgaben in den 1980er Jahren stabil war, in den 1990er Jahren abgenommen.

Niemand sollte annehmen, dass erwerbslose Landarbeiter fortziehen und in der Industrie Arbeit finden. Während der Reformzeit ist es auch in der verarbeitenden Industrie zu enormen Arbeitsplatzverlusten gekommen, und der Anteil des sekundären Sektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in den 1990er Jahren von 29 auf rund 22 Prozent zurückgegangen. Kurz gesagt, Indien hat eine Deindustrialisierung erlebt. Die landwirtschaftliche Depression hat den Anteil der Landwirtschaft am BIP von etwa einem Drittel zu Beginn der 1990er Jahre auf etwas über ein Fünftel ein Jahrzehnt später reduziert, aber die Arbeitskräfte und die von der Landwirtschaft abhängige Bevölkerung sind kaum geringer geworden, was sich im Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens widerspiegelt. Mithin sind die beiden materiell produktiven Sektoren geschrumpft, und der einzige Sektor, der sich in unnormaler Art und Weise aufgebläht hat, ist der tertiäre oder Dienstleistungssektor, der nun mehr als die Hälfte des BIP erbringt.

Mit Softwaretechnik verbundene, hohe Einkommen erbringende Dienste, das Auslagern von Geschäftsprozessen, Inlandstourismus und dergleichen stellen nur einen kleinen Teil des Dienstleistungssektors dar. Den größeren Teil der Arbeitsplätze machen noch immer Aktivitäten geringer Produktivität aus, bei denen verdrängte Landarbeiter auf einem niedrigen Einkommensniveau verbleiben, während sie die Bedürfnisse der gut verdienenden Elite erfüllen, die ihr Realeinkommen schnell verbessern konnte. Das verfügbare Einkommen hat für diese Schicht sogar schneller zugenommen, weil ein Teil der neoliberalen Reformen die Reduzierung der direkten Steuersätze einschloß. Die Industrieländer haben diese gut verdienende Minderheit im Auge, die in Indien zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung ausmacht, wenn sie für ihre Fabrik- und Landwirtschaftserzeugnisse den Zugang zum Markt fordern, und 100 bis 150 Millionen Menschen stellen zweifellos einen großen potentiellen Markt dar. Aber die Lage der gewaltigen Mehrheit der hauptsächlich ländlichen Bevölkerung, die nicht nur auf niedrigem Einkommensniveau verharrt, sondern deren Position heute beträchtlich schlechter ist als vor 15 Jahren, darf nicht unberücksichtigt bleiben. Da entwickelt sich eine potentiell höchst destabilisierende Situation. (…)

Ruinierte Bauern

Die Anbauflächen Indiens verfügen mehr als in den meisten Entwicklungsländern über die Möglichkeit, eine weitgefächerte Bandbreite von Produkten hervorzubringen – nicht nur die Feldfrüchte und Obstsorten, die im Sommer in gemäßigten Breiten gedeihen, sondern auch die typisch tropischen Kulturen, die in Industrieländern mit

einem gemäßigten Klima gar nicht wachsen. Nachfrage nach den Produkten unseres Landes bestand seit mehr als 300 Jahren überall in den Industrieländern, sowohl für den direkten Verbrauch als auch, um ihren Rohstoffbedarf zu befriedigen. Allerdings hat historisch das Wachstum von Exporten aus der tropischen Landwirtschaft unter Freihandelssystemen immer zu einer Verringerung der einheimischen Nahrungsgetreideproduktion und -verfügbarkeit geführt und die Masse der Bevölkerung in zunehmende Unterernährung und in Extremfällen in Hungersnot gestürzt. In dem halben Jahrhundert vor der indischen Unabhängigkeit fiel die Nahrungsgetreideproduktion pro Kopf um fast 30 Prozent, während die für den Export bestimmten Kulturen zehnmal schneller zunahmen als das Nahrungsgetreide.

Theoretisch könnten mehr Rohstoffexporte aus Entwicklungsländern mit einer höheren Lebensmittelproduktion für den Inlandsbedarf einhergehen. Aber das ist nur möglich, wenn erheblich mehr investiert wird, um die Produktivität zu steigern, denn Boden ist eine nicht produzierbare Ressource, deren »Angebot« nur über Investitionsmaßnahmen zunehmen kann, die erlauben, auf einem Hektar zu produzieren, wozu früher zwei notwendig waren. Es ist auch erforderlich, daß die einheimische Massennachfrage wächst und nicht durch Einkommen dämpfende Maßnahmen oder überhöhte Besteuerung gehemmt wird, wie es unter Kolonialsystemen der Fall war.

(…) Sobald seit 1991 der Handel freigegeben war, wurden innerhalb weniger Jahre acht Millionen Hektar Land von der Ernährung dienenden auf Exportkulturen umgestellt, was zu einem Rückgang der Pro-Kopf-Nahrungsgetreideproduktion führte. Aber die Bauern zogen keinen Nutzen daraus, weil sie seit der Mitte des Jahrzehnts dem Einbrechen der globalen Rohstoffpreise ausgesetzt waren und in zunehmende Verschuldung und Zahlungsunfähigkeit stürzten. Fast 9000 dokumentierte Selbstmorde von Bauern in Indien zwischen 1998 und 2005 sind nur die Spitze des Eisbergs. Es herrscht eine tief greifende Agrarkrise, und der Verbrauch von Nahrungsgetreide befindet sich in Indien wieder auf dem Niveau von vor 50 Jahren. (…)

Aufhebung der Schutzzölle

Als Unterzeichner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) schaffte Indien 1994 alle quantitativen Handelsbeschränkungen ab und stellte sich ab April 2001 auf Zölle um. Dabei wurde zur gleichen Zeit der durchschnittliche Zollsatz auf 35 Prozent gesenkt, oder deutlich unter den gebundenen Satz, der 100 Prozent für Feldfrüchte und 150 Prozent für verarbeitete landwirtschaftliche Produkte betrug. Indiens Handelsliberalisierungsdrang hätte zeitlich nicht ungelegener kommen können, denn die Märkte der Industrieländer befanden sich in der Rezession, und die Weltmarktpreise für Primärprodukte kamen mit einem Absturz von 40 bis 50 Prozent ihrer Dollarpreise pro Einheit aller Kulturen – Getreide, Baumwolle, Jute, Zucker, Tee, Kaffee – und bis zu 80 Prozent bei einigen Ölpflanzen zwischen 1995 und 2001 gewaltig ins Trudeln.

Abgesehen von einer kurzen Steigerung 2002 sind die Preise ständig gefallen, und einige sind heute niedriger als 1986. Der Preis, den die Produzenten erhalten, liegt sogar unter dem Weltmarktpreis, weil für viele Produkte die Tätigkeit der staatlichen Absatzbehörden durch private transnationale Gesellschaften ersetzt wurde.

Während die Preise für indische Erzeuger von Exportprodukten fielen, wurde durch die Reform des Finanzsektors ihr Zugang zu kostengünstigen Krediten eingeschränkt. Seit der Verstaatlichung der Banken 1969 waren die Landwirtschaft und die Kleinindustrie als vorrangige Sektoren behandelt worden, die Bankkredite zu einem niedrigeren als dem durchschnittlichen Zinssatz erhielten. Aber das war mit den Finanzreformen zu Ende, und die Bauern wurden in die Abhängigkeit von privaten Geldverleihern und teuren Krediten (zu Wucherzinssätzen von 36 bis 60 Prozent im Jahr) getrieben. Andere entscheidende Produktionskosten einschließlich der Energiepreise wurden im Zusammenhang mit den neoliberalen Phrasen über das Kürzen von Subventionen (die im Vergleich mit Industrieländern schon dürftig waren) erhöht. Reduzierter Zollschutz bedeutete, dass Erzeuger von Reis, frischem Obst und Molkereiprodukten infolge des Zustroms gewöhnlich stark subventionierter ausländischer Waren Einkommensverlusten ausgesetzt waren.

Mehr als 6000 verschuldete Landwirte, hauptsächlich Baumwollbauern, haben zwischen 1998 und 2005 allein im Bundesstaat Andhra Pradesh Selbstmord begangen, als ihre Regierung, die mit der Weltbank ein Programm zur strukturellen Anpassung auf Landesebene vereinbart hatte, die Energiepreise fünfmal erhöhte, auch als die Baumwollpreise um die Hälfte zurückgingen. Auch im Punjab gab es über 1000 Selbstmorde von Bauern hauptsächlich im Baumwollgürtel. Neue Selbstmordserien wurden in Karnataka und Vidarbha registriert, und von 2001 bis 2005 wurden über 1250 Selbstmorde in Wayanad (Kerala) verzeichnet, als die Preise für die einheimischen Erzeuger von Kaffee, Tee und Gewürzen noch steiler abstürzten als die Weltmarktpreise, sobald große Gesellschaften den Aufkauf und die Vermarktung übernommen hatten. Daher betrug der Kaffeepreis, den der Pflanzer erhielt, nur ein Viertel, und der Preis für Tee und Pfeffer nur ein Drittel dessen, was 1999 üblich war.

Zunehmender Hunger

Indien hat von 1999 bis 2005 Rekordmengen Weizen und Reis ausgeführt, und sein Anteil am globalen Reis- und Weizenexport hat recht deutlich zugenommen. Trotz der drastischen Verlangsamung des Produktionswachstums exportierte Indien im Verlauf der beiden Jahre 2002 und 2003 22 Millionen Tonnen Nahrungsgetreide, und der Anteil des Getreideexports an der Gesamtausfuhr wuchs von unter einem Fünftel auf fast ein Viertel an. Der gestiegene Anteil des Handels am BIP spiegelt eine höhere Integration in den Welthandel wider. Während des schweren Dürrejahres, das mit dem Monsun 2002 begann, und obwohl die Getreideproduktion um 30 Millionen Tonnen niedriger war als im vorangegangenen Jahr, wurde von Juni 2002 bis November 2003 von der damaligen Regierung eine Gesamtmenge von 17 Millionen Tonnen Nahrungsgetreide ausgeführt. Oberflächlich sieht es so aus, als ob die Strategie der Handelsliberalisierung »funktioniert« hätte.

Die entscheidende Tatsache jedoch, die in offiziellen Veröffentlichungen und in den Schriften der Pro-Reform-Wirtschaftswissenschaftler verdrängt wird, besteht darin, dass die enorm angewachsene Getreideausfuhr zustande kam, weil immer mehr Mägen leer geblieben sind, denn Millionen Landarbeiter und Bauern verloren ihre Arbeit und mussten Einkommenseinbußen erleiden. Der Verzehr von Nahrungsgetreide hat heute in Indien im Ergebnis eines massiven Rückgangs der Kaufkraft besonders in den Dörfern infolge einer Kombination von zunehmender Arbeitslosigkeit, steigenden Investitions- und Kreditkosten für Bauern sowie der Einwirkung des globalen Preisverfalls einen historischen Tiefpunkt erreicht.

- *Utsa Patnaik ist Professorin für Wirtschaftswissenschaften am Zentrum für Ökonomische Studien und Planung der Jawaharlal-Nehru-Universität in Neu-Delhi*

- *Erscheint in diesen Tagen: Utsa Patnaik: Unbequeme Wahrheiten. Hunger und Armut in Indien. Aus dem Englischen übertragen von Annemarie Hafner. Draupadi Verlag, Heidelberg, 240 S., 19,80 Euro*

http://www.jungewelt.de/2009/09-14/023.php?sstr=#

Ashlesha Khadse, Via Campesina Südasien

Von unseren Dörfern aus nach Delhi und Genf:

Die indischen Bauern demonstrieren gegen die Welthandelsorganisation (WTO)

Das indische Komitee zur Koordination der Bauernbewegungen, zu denen Organisationen wie Bhartiya Kisan Union und Karnataka Rajya Ryota Sanghe gehören, alle Mitglieder der Via Campesina, hat am 3. September in Neu Delhi eine Kundgebung mit über 50.000 Teilnehmern organisiert. Dieser Tag war auch der Eröffnungstag des kleinen informellen Ministertreffens der WTO, das die indische Regierung in Delhi organisiert hat. Indien verkündete, dass man endlich die Sackgasse der Doha-Runde verlassen habe und dass die Liberalisierung der Landwirtschaft im Rahmen der WTO endlich im Jahr 2010 abgeschlossen werden könne. Dies aber wird die Existenzgrundlage von mehr als zwei Drittel der 1 Milliarde Einwohner Indiens gefährden.

Die Demonstranten, Bauern und Bäuerinnen, sind mit dem Zug, dem Bus und zu Fuß aus allen Gegenden des Landes gekommen; auf ihren Schildern und Transparenten war zu lesen "Landwirtschaft - raus aus der WTO" - damit protestierten sie gegen die Initiative der indischen Regierung, die WTO-Verhandlungen wieder aufzunehmen. (...) Die indischen Bewegungen organisierten neben den Massenkundgebungen auch verschiedene Aktionen, um gegen die WTO zu kämpfen. (...) Sie brachten ihre Empörung darüber zum Ausdruck, dass die indische Regierung entgegen ihren demokratischen Verpflichtungen unter größter Geheimhaltung und ohne darüber Konsultationen oder Debatten zu eröffnen verschiedene Freihandelsabkommen angeschoben und Verhandlungen mit der WTO aufgenommen hat.

In den Verhandlungen über die einzigen Instrumente, die das Land vor der Zerstörung seines lebenswichtigen Landwirtschaftssektors schützen könnte - "Spezielle Produkte" (SP) und "Spezielle Schutzmechanismen" (SSM) – hat Indien gegenüber den entwickelten Ländern, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten, immer mehr an Boden verloren.
So kann Indien zum Beispiel nur acht oder neun seiner Feldfrüchte und nur 5% seiner landwirtschaftlichen Produkte vor einer Senkung des Zolltarifs schützen. Dies ist absurd für ein Land, das eine der 12 Mega-Regionen der Erde ist, mit einer landwirtschaftlichen Vielfalt von über 100 verschiedenen Feldfrüchten in über 15 unterschiedlichen agro-klimatischen Zonen und mit den kulturellen Traditionen der Menschen, die mit dieser Landwirtschaft verbunden sind.
Außerdem kann das Instrument "Spezielle Schutzmechanismen" (SSM), das eigentlich dafür da ist, eine Erhöhung der Importe zu vermeiden, überhaupt nicht greifen, da eine Reihe von "Begriffen und Bedingungen" angefügt wurden.
Diese als Schutzmaßnahmen gedachten Instrumente sind völlig unwirksam. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten Druck ausgeübt, um einen Zugang zum Markt für spezielle Feldfrüchte zu bekommen - Mais, Reis, Baumwolle und Soja - Feldfrüchte, die stark subventioniert sind und zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt geworfen werden, aber Einkommensquelle für Millionen von Bauern und Landarbeitern in Indien sind.

Es geht dabei nicht nur um einen Einkommensverlust für die Bauern, sondern auch um die Frage, welches Landwirtschaftsmodell zur Zeit von der WTO unterstützt wird - nämlich eine chemische und industrielle Intensiv-Landwirtschaft, die die Umwelt zerstört und in den Händen großer landwirtschaftlicher Unternehmen in den USA ist. Indien besitzt eine reiche Tradition bäuerlicher Landwirtschaft, die jetzt durch eine völlig absurde Freihandelspolitik zerstört wird. (...)
Die indischen Bauern von Via Campesina haben sich vorgenommen, gegen die Ungerechtigkeit des WTO-Systems zu kämpfen, wo auch immer sie zu Tage tritt. Sie planen bis zum WTO-Treffen im November in Genf eine Mobilisierungskette aufzubauen, die in den Dörfern ihren Ausgang hat und sich über ganz Indien erstrecken soll. Die indischen Bauern und die Bauern aus der übrigen Welt werden zusammen mit Via Campesina auf Genf hin mobilisieren, um dort ihre Vision einer alternativen Landwirtschaft, einer Welt des Friedens, der Vielfalt, der Gerechtigkeit und der Würde zu verteidigen. Ihr Kampf mit dem Ziel, die Landwirtschaft aus der WTO herauszuhalten, ist ein bedeutender Schritt nach vorne auf dem Weg, die Ernährung und die Vielfalt der Mehrheit der Bewohner unserer Erde, ihre Feldfrüchte und ihre Umwelt zu schützen.

http://www.viacampesina.org/main_fr/index.php?option=com_content&task=view&id=438&Itemid=26

(Neu Delhi, 8. September 2009)

Gegen die WTO, weil eine bessere Welt dringend nötig ist!
Demonstration in Genf, Samstag, 28 November

http://www.anti-omc2009.org/



Zu Spielorten und Programmdetails:
http://www.HungerMachtProfite.at, http://www.normale.at

Zum dritten Mal veranstalten normale.at, Attac, FIAN Österreich und ÖBV-Via Campesina Austria die Filmreihe mit dem Ziel, strukturelle Ursachen von Hunger sichtbar zu machen.

"Hunger und Wut" von Petra Schulz beschreibt, warum die Welternährungskrise kein Zufall ist http://www.normale.at/33031.html

"fronteira Brasil" von Thomas Marschall und Nikolaus Braunshör beschreibt die illegale Landnahme in Brasilien zugunsten des Soja-Exports für unsere Futtermittel. http://www.normale.at/33032.html

"Hühner für Afrika" von Joachim Vollenschier zeigt den Unsinn des globalen Handels durch industrielle Überproduktion auf, der lokale Märkte zerstört. http://www.normale.at/33033.html

"Milch, Macht und Märkte" von Mirko Tomic gibt Überblick über die europäische Agrarsubventionspolitik zum Nachteil der Kleinbauern und - bäuerinnen - in Europa und Afrika. http://www.normale.at/33034.html

In **"Tambogrande"** von Ernesto Cabello und Stephanie Boyd erleben wir den gewaltfreien Widerstand gegen Bergbaukonzerne - Mangos versus Gold - in Peru. http://www.normale.at/33035.html

Erklärung des General Councils des TUC*(Trade Union Congress) in Großbritannien

Aussetzung des Assoziationsabkommens EU - Israel!

Der TUC bekräftigt seine Überzeugung, dass es erst dann eine Chance auf Frieden und Stabilität im Nahen Osten geben kann, wenn ein souveräner, unabhängiger, demokratischer, territorial zusammenhängender und lebensfähiger Palästinenserstaat geschaffen wird, der Seite an Seite mit einem gesicherten Staat Israel lebt. Wir sind nach wie vor einer Zweistaatenlösung verpflichtet, um die Krise im Mittleren Osten zu lösen und wir unterstützen die Road Map.
Wir sind uns der immensen Leiden des palästinensischen Volkes bewusst und appellieren an die britische Regierung, bei der internationalen Gemeinschaft die nötigen Schritte zu unternehmen, um dauerhaften Frieden zu sichern durch eine auf dem Verhandlungswege erreichte Vereinbarung, die auf gegenseitigem Respekt, auf Selbstbestimmung, auf Gerechtigkeit für die Palästinenser und auf Sicherheit für Israel beruht.

Der TUC bekräftigt seine Verurteilung der Offensive der israelischen Regierung in Gaza, durch die 1 450 Palästinenser getötet und 5 000 verletzt wurden, wie auch der massiven, systematischen Zerstörung von Infrastruktur.
Wir bekräftigen unsere Verurteilung der von Gaza ausgehenden Raketenangriffe auf israelische Zivilisten.
Wir begrüßen die Ergebnisse der UNO-Ermittlungen, die auf mögliche Kriegsverbrechen auf beiden Seiten hingewiesen haben.

Der TUC ist weiterhin besorgt angesichts der Lage in Gaza und bekräftigt seine Ablehnung der israelischen Blockade, die gegen internationales Recht verstößt und verhindert, dass lebenswichtige Lieferungen die Menschen in Gaza erreichen. Wir begrüßen die Beiträge, die von den Mitgliedsgewerkschaften früher in diesem Jahr in Reaktion auf einen Hilfsaufruf von TUC Aid für Gaza aufgebracht wurden.

Als Folge der Gaza-Offensive ruft der TUC die britische Regierung auf,

a) die israelische Militäraggression und die fortgesetzte Blockade des Gazastreifens zu verurteilen;

b) die Waffenverkäufe an Israel, die 2008 einen Umfang von £ 18,8 Mio. erreichten (gegenüber £ 7,7 Mio. im Jahre 2007), einzustellen;

c) innerhalb der EU ein Importverbot für in den illegalen Siedlungen produzierte Erzeugnisse anzustreben;

d) Initiativen zur Aussetzung des Assoziierungsabkommens EU-Israel, das Israel Handelspräferenzen einräumt, zu unterstützen.

Der TUC bekräftigt seine Zusicherung, in Solidarität mit dem Palästinensischen Gewerkschaftsbund (Palestinian General Federation of Trade Unions PGFTU) zusammenzuarbeiten, und ruft die Gewerkschaften auf, gemeinsame TUC/PGFTU-Projekte, die über TUC Aid finanziert werden, genauso mit Mitteln zu unterstützen wie gemeinsame Projekte der Histadrut und des PGFTU, die unter der Schirmherrschaft globaler Gewerkschaftsföderationen in verschiedenen Branchen entwickelt werden.
Wir begrüßen die Beilegung des langjährigen Streits über die Überweisung von Mitgliedsbeiträgen von der Histadrut an den PGFTU, die im vergangenen Jahr unter Vermittlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) möglich wurde, und unterstützen die Histadrut und den PGFTU in all ihren Bestrebungen, die gegenseitigen Beziehungen zu stärken.

Der TUC verurteilt die Erklärung der Histadrut vom 13. Januar 2009, in der die Angriffe auf Gaza unterstützt wurden, und in der die Sorge über die hohe Zahl toter Zivilisten nicht hinreichend zum Ausdruck kam. Gleichzeitig anerkennen wir die kürzlich verabschiedete Resolution der Histadrut über Frieden und Zusammenarbeit, die auch der IGB begrüßt hat, und in welcher die israelische Regierung aufgefordert wird, *„Zugeständnisse zu machen und mutige und konkrete Schritte in Richtung Frieden zu unternehmen“.*
Wir werden die Histadrut weiterhin dazu drängen, in diesen Fragen deutlicher Position zu beziehen. Der General Council wird der Histadrut die diesbezüglichen Anliegen des Kongresses mitteilen und dem Kongress über die weiteren Beziehungen Bericht erstatten.

Um den Druck für eine Beendigung der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete sowie für einen Abbau der Trennmauer und der illegalen Siedlungen zu erhöhen, werden wir einen Boykott jener Produkte und landwirtschaftlichen Erzeugnisse unterstützen, die aus illegalen Siedlungen stammen (soweit Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Weigerung, mit solchen Produkten umzugehen, nicht ihren eigenen Arbeitsplatz gefährden). Dafür werden wir eine wirksame, gezielte, verbraucherorientierte Kampagne, in enger Zusammenarbeit mit der Solidaritätskampagne für Palästina, ausarbeiten – sowie eine Kampagne für den Abzug von Investitionen durch Unternehmen, die mit der Besatzung zu tun haben und/oder am Bau der Trennmauer beteiligt sind.
Bei diesen Aktionen wird jede Mitgliedsgewerkschaft im Rahmen ihrer eigenen Ziele und Aufgaben und nach Maßgabe des geltenden Rechts tätig werden.

Wir ermutigen die Einzelgewerkschaften hiermit erneut, sich der Solidaritätskampagne für Palästina anzuschließen und das Bewusstsein für die Problematik zu schärfen.

Protokoll vom 17. Sept. 2009

http://www.tuc.org.uk/congress/tuc-16991-f0.cfm
Übersetzerin: Dorothee Hofer Oldenbruch, coorditrad

**TUC ist der Dachverband der britischen Gewerkschaften und entspricht etwa dem deutschen DGB*

Zu den Beziehungen Israel-EU: Sand im Getriebe Nr. 27 und 71

Goldstone-Bericht - *United Nations Fact Finding Mission on the Gaza Conflict*
http://www.palaestina-portal.eu/texte/goldstone_bericht_united_nations_fact_finding_mission_on_the_gaza_bericht.htm
Gideon Levy: Alles ist persönlich – Israel und der Goldstone-Bericht
http://www.zmag.de/artikel/alles-ist-persoenlich-2013-israel-und-der-goldstone-bericht

Den Mut zu sozialen Protesten mit alternativen Konzepten kombinieren

Erklärung von Aktiven aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Wissenschaft und Kultur anlässlich der Bundestagswahl 2009

Die neue Bundesregierung wird es an Eindeutigkeit nicht fehlen lassen. Die bisherige Logik von Ökonomie und Politik wird bruchlos fortgesetzt, die Krisenverursacher werden geschützt und die Folgen der Krise werden brutal auf die Menschen abgewälzt. Nach dem wattebäuschigen Slogan „In schwierigen Zeiten in guten Merkel-Händen" wird jetzt die Rechnung für die Menschen auf der Schattenseite präsentiert. Aber Eindeutigkeit schafft Polarisierung, macht – so hoffen wir – auch Mut und Wut, sich dieser Form der Krisenbewältigung zu widersetzen. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, weil wir gemeinsam mit den Menschen Widerstand in unterschiedlichen Protestformen in Gang setzen wollen. Ein tragfähiges Bündnis von sozial orientierten Menschen aus allen gesellschaftlichen Zusammenhängen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften der neuen Beweglichkeit ist dringend angesagt.

In Deutschland sind insgesamt 13 Millionen Menschen – fast 30 % aller Erwerbspersonen – entweder arbeitslos, Hartz IV-Empfänger oder arbeiten unter prekären und menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen als Niedriglöhner, Minijobber und Leiharbeiter. Darauf beruhen auch die drastische Umverteilung von unten nach oben und die Umleitung der Gewinnüberschüsse in den internationalen Finanzsektor – allein 500 Mrd. € in den letzten 10 Jahren. Diese Politik führte zur schwersten Finanz- und Weltwirtschaftskrise nach dem zweiten Weltkrieg und Millionen neuer Arbeitsloser. Sie betreibt die systematische Schwächung der Gewerkschaften und nimmt die Erosion der Demokratie in Kauf. Sie ist nicht nur für Armut und Massenarbeitslosigkeit in Deutschland verantwortlich, sondern auch für die globalen Krisen: für die Hungerkrise u. a. auch als Folge von Finanzspekulationen; für die Klimakrise als Folge des fortgesetzten ökonomischen Wachstums; für Spannungen und Kriege um Ressourcen.

Eine Politik, die die Menschen ausblendet und die Interessen der Großkonzerne und Spekulanten im Blick hat, kann nur durch massive Proteste gestoppt werden. Dazu wollen wir beitragen und plädieren für eine alternative Politik im Interesse der Menschen, vor allem der Ausgegrenzten und Benachteiligten. Folgende Forderungen sind Bausteine der Alternative, für die wir uns kraftvoll einsetzen werden:

- Abschaffung des Hartz IV-Systems, weil es die Menschen durch den Schnüffelterror ihrer Würde beraubt und weil es auf der Lüge „wer keinen Job hat, der ist selber schuld" aufgebaut ist.
- Einführung einer armutsfesten und repressionsfreien Grundsicherung. Einrichtung eines Grundeinkommens für die Übernahme der von Insolvenz bedrohten Betriebe durch die Belegschaften als Alternative zu Konkurs und Massenentlassungen. Schaffung rechtlicher Grundlagen für ein Grundeinkommen für selbst gewählte und gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten. Dadurch würden nicht nur der Arbeitsmarkt entlastet, sondern auch kreative Tätigkeiten, vor allem in kulturellen, künstlerischen und sozialen Bereichen, wirkungsvoll angestoßen.
- Einführung einer elternunabhängigen Kindergrundsicherung in angemessener Höhe anstelle von Kindergeld, Ausbildungsförderung und anderen kinderbezogenen Förderungen.
- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde.
- Einführung einer Vermögensabgabe zur Finanzierung der Kosten der Finanzkrise. Die Verluste der Großkonzerne und Finanzspekulanten dürfen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.
- Ausbau des öffentlichen und am Gemeinwohl orientierten Sektors vor allem bei Gesundheitsversorgung und Bildung durch umfangreiche Investitionen und Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Ausbau eines umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrssektors. Dadurch wird Klimaschutz gefördert und die Autoindustrie zu einer langfristig angelegten ökologisch sinnvollen und gesamtgesellschaftlich nützlichen Konversions- und Mobilitätsstrategie angeregt.
- Abbau von Überkapazitäten in der Autoindustrie und anderen Branchen der Wirtschaft durch radikale Arbeitszeitverkürzung. So würden alle gewinnen: Abbau von Überkapazitäten, Überwindung von Massenarbeitslosigkeit und mehr Freizeit für Familie und ehrenamtliche Arbeit.

All diese Forderungen werden sich realisieren lassen, wenn die Menschen davon überzeugt werden, mit Gegenmacht und plausiblen Forderungen die Machtlogik von Politik und Ökonomie nachhaltig zu verändern.

3. Oktober 2009

attac AG Genug für alle
attac AG ArbeitFairTeilen
Erstunterzeichner:
Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup (Gelsenkirchen); Daniela Dahn (Schriftstellerin, Berlin); Prof. Dr. Frigga Haug (Esslingen); Prof. Dr. Peter Grottian (Berlin); Dr. Sabine Kebir (Schriftstellerin, Berlin); Roland Klautke (Bündnis Sozialproteste, Berlin); Anton Kobel (Gewerkschaftssekretär, Frankfurt/M); Prof. Dr. Michael R. Krätke (Großbritannien); Stephan Krull (ehem. Betriebsrat VW); Prof. Dr. Mohssen Massarrat (Osnabrück); Prof. Dr. Wolfgang Neef (Berlin); Dagmer Paternoga (Netzwerk Grundeinkommen); Werner Rätz (attac AG Genug für alle, Bonn); Prof. Dr. Roland Roth (Magdeburg-Stendal); Prof. Michael Schneider (Schriftsteller); Dr. Hans-Udo Schneider (Evangel. Kirche Westfalen, Datteln); Apl. Prof. Franz Segbers (Marburg); Margareta Steinrücke (Arbeitnehmerkammer, Bremen)



http://www.sozialforum2009.de/

Das Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise" lädt ein:

Bundesweite Aktionskonferenz und Ratschlag

13. bis 15. November 2009 in Stuttgart

Gewerkschaftshaus | Willi-Bleicher-Straße 20

http://www.kapitalismuskrise.org/aktionskonferenz-stuttgart/einladung-2/